

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Belastungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Erhöht für die sechsgeleitete Kolonette oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Breiten- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steigendruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengleich und Schließstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigebriefe für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Braunschweigischer Wahlrechtskampf.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Man sollte kaum glauben, daß die brossische Gewalt-herrschaft in einem deutschen Bundesstaate noch zu überbieten sei. Zwar gilt Mecklenburg als das rückständigste Glied des Reiches; aber die mecklenburgische Reaktion wird wenigstens durch eine gewisse patriarchalische Gemütslichkeit der Behörden gemildert, während das Herzogtum Braunschweig die preussische Barbarei nicht nur durch die Rücksichtslosigkeit der Verfassung, sondern auch durch die Rücksichtslosigkeit der ausübenden Gewalt in den Schatten stellt. Alles das, was in Preußen in einem großen Gebiete und unter großen Verhältnissen in die Erscheinung tritt, drängt sich in Braunschweig auf einen kleinen Raum und kleinliche Verhältnisse zusammen; das Gedröh der preussischen Reaktion wird im engen braunschweigischen Gefäß zum doppelt bitteren Extrakt, das häßliche Antlitz des preussischen Rückschritts, das in dem großen preussischen Spiegel durch die Ausdehnung verschwommen wird, kondensiert sich in dem kleinen aber scharfen braunschweigischen Hohlspiegel zur doppelt abstoßenden Skarlatur. Dazu kommt noch, daß in Braunschweig die Klassen-herrschaft all den augenblendenden Glitter, mit dem sie in Preußen das Volk noch immer über ihre egoistische Noheit hinwegzutäuschen sucht, abgeworfen hat und sich in völliger Nacktheit zeigt.

Ein solches Glitterbesetztes Mäntelchen ist in Preußen die monarchische Tradition, der Hohenzollernkultus. In Braunschweig kann man nicht mit den schillernden Welfen dynastischen Legenden Dumme angeln; denn die legitime welfische Dynastie lebt in der Verbannung. Das Ministerium nennt sich offiziell herzoglich-lüneburgisch; die Kirche betet allsonntäglich für den Herzog von Braunschweig-Lüneburg, den verbannten Krummländer; aber der Staatsminister, der geadelte Bureaufkat v. Otto, bedroht öffentlich im Landtage alle Beamten mit Dienstentlassung, die ihre monarchische Gesinnung durch Zugehörigkeit zu einem welfischen Verein an den Tag legen sollten.

Im Herzogtum Braunschweig gibt es kein Zentrum und der Adel ist machtlos. Er tritt politisch nicht hervor, sondern begnügt sich mit Hofposten und Offiziersstellen, oder er ist welfisch gesinnt und steht zur Regierung in Opposition. So entbehrt die regierende Bureaukratie ebenfalls jeder traditionellen Romantik. Sie rekrutiert sich aus einer bürgerlichen Beamten-familienclique, die sich gegenseitig protektioniert. Wer nicht zu der Clique gehört und die Nichtzugehörigkeit nicht durch einen schweren Geldsack aufwiegen kann, kommt nicht in die höhere Beamten-schicht hinein. Damit hat es die Bureaukratie schon von vornherein mit dem ausgeschlossenen Teil des Bürgertums verdorben, das eine Bevorzugung des Adels sich viel eher gefallen läßt als die Ausnahmestellung einer bürgerlichen Clique.

Und eben weil die regierende Bureaukratie weiß, daß sie nur auf der Gewalt fußt, daß es ihr ganz unmöglich ist, das Volk über ihr Gewaltwesen irgendwie hinwegzutäuschen, ist sie noch um ein gut Teil brutaler als die preussische. Der braunschweigische Beamtenstaat, wie er gegenwärtig besteht, hat keine Tradition, kann mit keinen Erfolgen renommieren und hat niemals Volksgunst besessen. Er hat also nichts zu verlieren. Mögen sie hoffen, wenn sie nur fürchten, kann offen sein Wahlspruch sein. Man würde ihn auslachen, wenn er sich einschmeicheln wollte, deshalb gehen Verwaltung und Justiz in Braunschweig mit einer noch viel grimmigeren Miene einher wie in Preußen, deshalb stützen sie sich einzig und allein auf den Terror. Ein Minister wie der jetzige heftige Finanzminister Dr. Braun, der es ausgezeichnet verstand, sich in ein liberales Mäntelchen zu wickeln, und der nach Popularität förmlich haschte, wäre in Braunschweig undenkbar.

Vollständig bar jeder volkstümlichen Wesensart ist auch der braunschweigische Landtag. Er besteht aus 48 Mitgliedern, von denen 18 von den Berufsständen, d. h. von der evangelischen Geistlichkeit, den reichsten Großindustriellen, der hohen Bureaukratie, dem Großgrundbesitz und den reichsten Rentnern ernannt werden, während 30 aus einem dem preussischen ähnlichen und ebenso ungerechten Dreiklassenwahlsystem hervorgehen. Der Arbeiterklasse ist es unmöglich, einen Vertreter in den Landtag zu bringen, sogar in dem Arbeiter-Bezirk der Residenz. Genosse Jasper wurde seinerzeit nur gewählt, weil er infolge einer Verstimmung zwischen den bürgerlichen Parteien Stimmen von den sonst zu unseren Gegnern zählenden Wahlmännern der zweiten Klasse erhielt.

Dieser Landtag hat aber nicht einmal beschließende, sondern nur beratende Stimme. Er kommt jedoch deshalb mit der Regierung nicht in Konflikt; denn die Regierung, diese illegitime, gegen die Reichsverfassung verstoßende, von Preußen dem Lande aufgewungene Regierung hütet sich selbstverständlich sehr, es mit dem Landtage zu verderben. Sie häßelt ihn förmlich. Da sich aber der Landtag vor allem aus den schwer reichen Bauern, eingelegten Agrariern, dann aus den Kommerzien-räten der Großindustrie und des Großhandels, einigen Beamten, Terrainspekulanten und Hausagrarern zusammensetzt, aber keinen Mittelständler, keinen Arbeitervertreter, ja überhaupt keinen einzigen Abgeordneten enthält, der auf die Forderungen

dritten Klasse Rücksicht zu nehmen hätte, wird das von der Bureaukratie geübte rücksichtslose Klassenregiment durch das Zusammengehen von Regierung und Landtag noch bedeutend verschärft. Ganz schamlos, ganz offen treibt man im Landtage unter steter Billigung der Regierung eine Interessen-politik, bei der sich Großgrundbesitzer und Großkapital in die Beute teilen und die Interessen des werktätigen Volkes noch dazu mit Ausdrücken der Verachtung und ohne alle bemäntelnden Phrasen mit Füßen treten.

Wie war eine solche Politik möglich? Nun, das mittlere Bürgertum, das mit dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft von jeder Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen war, führte in dem altertümlichen wohlhabenden Braunschweig mit seinem riesigen Burstzport und seinem weltbekannten Konfervenverstand ein pharisäisches Dasein. Man hätte in dieser Beziehung die Braunschweiger mit den Wienern in der Meternichschen vergleichen können. Wer opponieren wollte, schloß sich bestenfalls den Welfen an, deren Opposition jedoch bis auf den heutigen Tag lächerlich lau geblieben ist. Das Kleinbürgertum schwankte zwischen Sympathien für die Sozialdemokratie und kleinlicher Gehässigkeit gegen dieselbe hin und her, je nach der Situation des politischen Tages-kampfes. 1908 wählte es sozialdemokratisch, 1907 hottentotten-bloßig und gegenwärtig neigt es infolge der Finanzreform und des Wahlrechtskampfes wieder unserer Partei zu. Die Sozialdemokratie und mit ihr die ganze Arbeiterschaft hatte man lange Zeit zurückgedrängt. Wohl konnte man ihr bis 1907 bei den Reichstagswahlen den ersten braunschweigischen Wahlkreis nicht streitig machen, aber so lange sie ihre Betätigung in der Hauptsache auf die Reichspolitik beschränkte, glaubten die herrschenden Klassen der Arbeiterschaft gegenüber immer noch eine Haltung einnehmen zu können, wie sie Bismarck unter dem Sozialistengesetz in Uebung gebracht hatte. Man verfehnte jeden Sozialdemokraten gesellschaftlich. Proklamirte es als guten Ton, unbedingt sozialistenfeindlich zu sein, trieb der Sozialdemokratie die Säle ab, drängte die Arbeiter in die verkehrslosen Vorstadtstraßen und in die dunklen Gassen der Altstadt zurück, während sich dafür die herrschenden Klassen um so ärmlicher und auffälliger breit machten. Statt die Klassen-gegensätze nach süddeutscher Praxis wenigstens scheinbar zu überbrücken zu suchen, machte man sie gerade von seiten der herrschenden Klassen aus so schroff wie möglich. Man glaubte die Sozialdemokratie dadurch zu überwinden, daß man sie stellte, als ob man sie gar nicht sähe. Man behandelte die Arbeiterschaft en canaille. Dies ging so weit, daß der Staatsminister den sozialdemokratischen Arbeitern im Harz sogar das auf einem uralten Gewohnheitsrecht beruhende Jahrholz entziehen ließ und daß im Landtage unter dem Beifall der Mehrheit ein Hausagrarier und Terrainspekulant erklärten, alle von der Sozialdemokratie gestellten Anträge unberücksichtigt abzulehnen. Man verzichtete auf jede Gewinnung der Arbeiterschaft durch Scheinreformen oder andere Täuschungsmittel. Man stellte sich gegen sie, wie der Sklavenhalter gegen die Sklaven.

Das alles mußte vorausgeschickt werden, wenn dem außerbraunschweigischen Leser die Haltung der braunschweigischen Regierung im Wahlrechtskampf nicht unerklärlich, ja völlig verrückt erscheinen soll. Der Wahlrechtskampf brauchte die Regierung nicht zu überraschen. Schon am 22. Januar 1908 hatte eine Wahlrechtsdemonstration in den Straßen Braunschweigs stattgefunden und unter deren Eindruck hatte der Landtag der Regierung eine freilich ganz nichtslagende Wahlreform vorgeschlagen. Die Regierung glaubte jedoch, mit der brutalen Niederkämpfung der Arbeiterschaft und der hochmütigen Nichtbeachtung der Sozialdemokratie weiterkommen zu können. Sie tat in der Thronrede, mit der der Landtag am 26. Januar 1910 eröffnet wurde, einer Wahlreform mit keinem Wort Erwähnung, und der Landtag schwieg. Warum sollte er auch nicht schweigen? Es war ja derselbe Landtag, der am Tage vor der Eröffnung hinter verschlossenen Türen gegen die Verfassung den Genossen Jasper seines Mandates beraubt hatte. Als dann am Abend des 26. Januar die Arbeiter vor dem Ministerialgebäude demonstrierten, das gleiche Wahlrecht hoch leben ließen und die Marschläufe sangen, handelte die Polizei genau den Grundfähen und der Praxis der Regierung entsprechend, als sie sofort mit dem blanken Säbel auf die Demonstranten einhieb und in den Straßen Braunschweigs ein Blutbad veranstaltete.

Die alte Praxis versagte jedoch gänzlich. Die Bewegung nahm mit einer ungeahnten Schnelligkeit und in riesenhaftem Umfange zu. Trotz des Blutbades vom 26. Januar durchzog schon am 6. Februar wieder ein Demonstrantenzug von etwa 10 000 Teilnehmern die Stadt und am 6. März fanden sich unter freiem Himmel 30 000 Demonstranten zusammen. Die Regierung erklärte im Landtage ihre Dummheit, sie gab ihren Widerstand gegen jede Wahlreform auf, überließ aber die Vorschläge dem Landtage. Sie vertagte auch den Landtag nicht bis zum Herbst, wie sie beabsichtigt hatte, sondern nur bis Ende Mai, um die Wahlreform nicht länger aufzuhalten. Ja, sie sprach sogar vom Ernst der Zeiten. Sie maß also plötzlich der Arbeiterbewegung eine Bedeutung bei, die sie vorher, wo sie die Arbeiterschaft mit der denkbar größten Rücksichtslosigkeit behandelte, nie anerkannt hatte.

Dagegen ging sie mit ihrer altgewohnten Rücksichtslosigkeit jetzt gegen die Arbeiterpresse los. Der „Volk-freund“ hatte den Minister für das Blutbad vom 26. Januar verantwortlich gemacht. Gegen die sonst, auch in

Preußen, geübte Gepflogenheit, wegen Ministerbeleidigung in politisch nicht zu klagen, machte der Minister seine Klassenjustiz mobil und ließ wegen Ministerbeleidigung, weil es unerhört sei, die Polizeitalen dem Minister in die Schuhe zu schieben, den verantwortlichen Redakteur des „Volk-freund“ zu 9 Monaten Gefängnis verurteilen. Im Zeugenerhör gab jedoch der Minister selbst zu, dem Blutbad vom Fenster aus zugehört zu haben und das Vorgehen der Polizei zu billigen. Kurz es war eine Justizaktion, die den Minister nicht reinwusch, sondern ihn dem arbeitenden Volke nur noch verhaßter machte. Mit diesem ersten Säredensurteil hatte die herrschende Gewalt auch den letzten Rest von Vertrauen und Achtung beim werktätigen Volke Braunschweigs und bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein verloren.

Sie handelte aber noch unkluger. Sie ließ durch den Staatsanwalt einen von ihm erst gar nicht beachteten „Volk-freund“-Artikel gegen den Landtag ausgraben und außerdem wegen der Darstellung des Blutbades vom 26. Januar wegen Polizeibeleidigung klagen. An eine Reinvaschung der Polizei war gar nicht zu denken. Im Gegenteil, der „Volk-freund“ hatte die Vorgänge noch viel milder geschildert, als sie in Wirklichkeit sich zugetragen hatten. Es wurde mehr als der Wahrheitsbeweis erbracht. Der Staatsanwalt hatte dennoch den Mut, die Polizei als unschuldig und boshaft verkleumet hinzustellen und ein Jahr Gefängnis zu beantragen. Der Gerichtshof ging zwar um 3 Monate herunter, schloß sich aber ausdrücklich den Ausführungen des Staatsanwaltes an, ja er nannte sogar das Vorgehen derselben Polizisten, die grundlos und blind auf die fliehende Menge eingehauen, Greise und Kinder, schwangere Frauen und gebrechliche Mütterchen attackiert hatten, human!

Wenn man die Urteilsbegründung und die Zeugenaussagen einander gegenüberstellt, erscheint das Urteil ganz unglaubhaft und unmöglich. Daß sich die Justiz selbst so bloßstellt, die Polizeitalen an die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen zieht, sie durch die Zeugenaussagen noch viel schlimmer hinstellen lassen muß, als sie in der verflagten Zeitung hingestellt waren, dann in ihrem Urteil das Gegenteil von dem, was erwiesen worden ist, als erwiesen hinstellt, das ist so unstaatsmännisch, so unklug, daß man es selbst der arbeitserfeindlichsten Gewalt nicht zutrauen möchte. Tatsächlich hat das Urteil die Erbitterung des Volkes aufs neue bis zur Siebhöhe geschürt und die Polizei erst recht in Verzug gebracht. Auch der genialste Agitator könnte die braunschweigische Gewaltthäter nicht so dem Hasse des arbeitenden Volkes aussetzen, wie es die Regierung mit ihrem Anhang selbst tut.

Die Erklärung für dieses sonderbare Verhalten ist in der Einleitung gegeben; es ist eine Regierung, der keine Volkstüschungsmittel zur Verfügung stehen, eine usurpatorische Regierung, die sich nur auf die Gewalt stützt und die deshalb auch der Arbeiterbewegung gegenüber kein anderes Mittel hat als die Gewalt. Jedes Hineinreden des Volkes in ihre Mißwirtschaft würde sie stürzen. Daß eine solche Regierung sich aus eigener Kraft nicht lange halten kann, liegt auf der Hand. Nur Preußen kann die braunschweigische Regierung noch stützen. Geht es in Preußen vorwärts, dann bedarf es in Braunschweig nur noch eines letzten Anstoßes und die Gewalttherrschaft fliegt über Bord. Goffen wir, daß recht bald der Tag erscheint.

## Der Wahlrechts-Kuddel-Muddel.

Die Nationalliberalen wissen noch immer nicht, was sie in der Wahlrechtskrise anfangen sollen. Man sollte meinen, daß ihnen ihr Verhalten durch ihre liberalen Prinzipien diktiert wäre. Nachdem die Herren bei der Beratung der Vorlage im Abgeordnetenhaus die Neueinteilung der Wahlkreise gefordert hatten, desgleichen die direkte Wahl und die Minimierung, das heißt die Bestimmung, daß in der ersten Klasse mindestens ein Beiztel, in der zweiten Klasse mindestens zwei Beiztel wählen sollten, sollte man doch annehmen dürfen, daß sie die Herrenhausvorlage von vornherein mit aller Verachtung als etwas gänzlich Unannehmliches ablehnen würden. Denn diese Herrenhausbeschlüsse bieten ja nicht nur kein direktes Wahlrecht und keine Neueinteilung der Wahlkreise, sondern obendrein das Gegenteil der Minimierung dadurch, daß die Maximierung so gut wie völlig beseitigt und die Klasseneinteilung derartig gestaltet werden soll, daß der Geldsack wiederum in seine vollen ausschlaggebenden Rechte eingeseht wird.

Die Beschlüsse des Herrenhauses enthalten auch nicht die blasseste Spur des Liberalismus, und trotzdem gibt es eine Anzahl von nationalliberalen Abgeordneten, die bereits die größte Reizung zeigen, für die Herrenhausbeschlüsse zu stimmen. Der Abgeordnete Schiffer hat ja bereits erklärt, daß man ihm mit den Beschlüssen des Magdeburger Parteitag, auf dem als Mindestforderung die direkte Wahl und die Neueinteilung der Wahlkreise festgelegt waren, nicht kommen soll, und die christlich-welfischen Abgeordneten Haarmann, Hirsch und Konsorten haben sich auch bereits für die Herrenhausbeschlüsse ausgesprochen! Und jetzt kommt in der „National-Zeitung“ auch der ehemalige Abgeordnete Professor Wetger, der sich ganz auf den gleichen reaktionären Standpunkt stellt und meint, man könne für das Gesetz auch dann stimmen, wenn es keine direkte Wahl biete und keine Neueinteilung der Wahlkreise, wenn man nur die Aussicht habe, den schwarz-blauen Vöck zu sprengen.

Hinter den Schiffer, Haarmann, Hirsch, Wetger und Konsorten steht, wie wir bereits mehrfach betont haben, die Gruppe der schein-

nisch-westfälischen Scharfmacher. Diese Vertreter der Schwerindustrie gehören eigentlich vollständig zu den Freikonservativen. Ihre politischen Tendenzen unterscheiden sich in keiner Weise von denen der Freikonservativen und des Reichertums von Bedlich. Es fragt sich nur, ob der Einfluß der Arbeit und Konsortien auf die nationalliberale Partei mächtiger ist als der jener anderen industriellen Kreise, die sich im Hansabund und auch im Bunde der Industriellen zusammengeschlossen haben. Nicht nur der Hansabund, sondern auch der Bund der Industriellen hat sich ja gegen die Beschlüsse des Herrenhauses gewandt. Er hat als unbedingte Voraussetzung einer Zustimmung die direkte Wahl und die Neueinteilung der Wahlkreise gefordert. Allerdings hat sich sofort wiederum die niederheinisch-westfälische Bezirksgruppe des Hansabundes unter Führung des Herrn Kirsdorf und des nationalliberalen Abgeordneten Hirsch, des Kandidaten der Essener Handelskammer, gegen diese Erklärungen gewandt und die vom Herrenhause beschlossene Vergrößerung der Steuerbeitragsbezirke bereits als eine Möglichkeit für das Zustandekommen der Vorlage bezeichnet.

Ob die Nationalliberalen wirklich dem Drängen dieser reaktionären Scharfmacher nachgeben werden? Sie könnten der nationalliberalen Partei keinen schwereren Schlag bereiten und dem Zentrum keinen größeren Gefallen erweisen! Denn die Zentrumspresse jubelt ja gerade über die Zerrissenheit im nationalliberalen Lager. Wären die Nationalliberalen nur einigermaßen gut beraten, so würden sie alle Verantwortung dem Zentrum und dem schwarzblauen Blod überlassen. Treibt das Zentrum seine Volksverästelungen so weit, die Herrenhausbeschlüsse auch nur zum Teil zu schlucken, so hätte es damit geradezu Selbstmord verübt. Wie aber das Zentrum fest und viele damit die ganze diesjährige Wahlreform ins Wasser, so wäre damit einer künftigen Wahlreform im Lande vortrefflich vorgearbeitet. Und zwar einer Wahlreform, von der die Liberalen die größten Vorteile für sich erwarten könnten!

Aber überlassen wir die Entscheidung den Nationalliberalen selbst. Je mehr sich die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied ihrer politischen Konfession als die eine Antiwahlrechtsdemokratischen Wahlrechtskampf!

## Die Engländer in Ägypten.

Aus London wird uns geschrieben: Eines der erfreulichsten Zeichen unserer Zeit ist das durch die russische Revolution und den russisch-japanischen Krieg bewirkte Erwachen der orientalischen Völker aus dem geistigen Schlafe des Fatalismus. In Persien, Indien und selbst in China gart und kocht es, und in Ägypten scheint die freiheitliche Bewegung schon so weit fortgeschritten zu sein, daß sich nicht allein die Gebildeten, sondern auch die unteren Volksklassen lebhaft daran beteiligen.

Die Ermordung von Kros Paschas und das Todesurteil über seinen Mörder Wardani hat die Aufmerksamkeit Europas von Neuem auf die nationalistische Bewegung Ägyptens gelenkt. Kürzlich ist nun der Jahresbericht des englischen Agenten in Ägypten, des Sir Eldon Gorst, erschienen. Dieser Bericht wird nicht verfehlen, die Aufmerksamkeit dauernd auf die englische Gewalt Herrschaft in Ägypten zu lenken. Das Schriftstück ist in einer sehr gebissenen Weise abgefaßt, daß es einen großen Entrüstungsturm in Ägypten entfacht hat und daß sich die Führer der ägyptischen freiheitlichen Bewegung entschlossen haben, einen Appell an die Völker Europas zu richten. Ein echter Bureaucrat ist dieser Sir Eldon Gorst, der für die Bestrebungen des ägyptischen Volkes nicht das geringste Verständnis hat, der, durch die Kritik erbittert, das ganze ägyptische Volk beschimpft, die ägyptische Presse verunglimpft, die Vertreter des ägyptischen Volkes im Legislativen Rat Schwächer nennt und sich darüber aufhält, daß sich diese Vertreter von der Volksstimmung beeinflussen lassen. Nicht einen einzigen Freund hat das englische Regiment in Ägypten; von dem durch die Einführung des modernen Kapitalismus geschaffenen Proletariat bis zu den höchsten Schichten der ägyptischen Gesellschaft herrscht die Unzufriedenheit mit der Wirtschaft des Vorkaisers der europäischen Kapitalistencliquen, die Ägypten ausbeuten.

Wie in Indien, so versuchen die englischen Bureaucraten auch in Ägypten die Krankheit zu heilen, indem sie die Symptome unterdrücken. Die Presse wird gefnebelt.

Als am 2. Februar des Jahres 1909 der Abende die General Assembly eröffnete, petitionierte die Versammlung gleich, wie es der Legislative Rat im vorhergehenden Dezember getan, um eine Konstitution. Die Antwort darauf war, daß man das Verbot, das von der Zeit der Okkupation 1881 bis zum Jahre 1894 bestand, wieder in Kraft setzte und die Presse verfolgte. Zwei ägyptische Zeitungen erhielten eine Verwarnung, eine wurde unterdrückt. Scheit Shawish, der Redakteur der „Leva“, erhielt wegen eines gegen den Premierminister gerichteten Artikels drei Monate Gefängnis. Der Redakteur des unterdrückten Blattes wurde auf 12 Monate eingesperrt. Sir Eldon Gorst schmiedet über dieses Ereignis folgenden charakteristischen Satz in seinem Bericht: „Während des Jahres 1909 wurde das Verbot, das im ersten Teil des Jahres wieder in Kraft gesetzt worden war, mit großer, vielleicht zu großer Mäßigung angewendet.“ Augenscheinlich scheint der englische Agent diese „Mäßigung“ dafür verantwortlich zu machen, daß die bösen Ägypter über die paar administrativen Reformen, zu denen sich die fremden Herrscher unter dem Eindruck der Ereignisse in der Türkei und Persien entschlossen, die Nase rümpften; denn einige Absätze weiter droht er ganz in dem Tone eines verzweifelt preussischen Majors, daß er mit aller Schärfe vorgehen werde, wenn sich die Ägypter nicht besserten. Der Bericht ist übrigens nicht besser als der vom vorigen Jahre; er deutet auf eine vernagelte und verbohrt Bureaucratenseele.

Nach dem Bericht Sir Eldon Gorsts könnte es scheinen, als stehe Ägypten vor einer gewalttätigen Revolution, die alles Alte über den Haufen werfen und zu anarchischen Zuständen Anlaß geben würde. In der Tat dürfen wir uns nicht wundern, wenn die „Times“ in nächster Zeit nicht allein von indischen, sondern auch von ägyptischen „Anarchisten“ schreiben wird. Doch sehen wir uns nur einmal die Forderungen der Ägypter an, und wir werden erkennen, daß selbst ein halbwegs vernünftiger Konservativer die Hauptpunkte der ägyptischen Reformationen unterschreiben kann. Das Programm der „Konstitutionellen Reformliga“ enthält folgende Hauptpunkte: Die Aufrechterhaltung der Autorität des Scheichs; Vertretungskörperschaften mit voller politischer und administrativer Macht, insofern Ägypten und ägyptische Interessen allein in Betracht kommen; das allgemeine und freie Volkserziehungswesen; der Gebrauch der arabischen Sprache

in allen ägyptischen Regierungsschulen; Befreiung der Noffen in der ägyptischen Regierung mit Eingeborenen nach Fähigkeit und Verdienst, um dadurch so viel wie möglich die Zahl der Ausländer in Regierungsdiensten zu vermindern; Ausdehnung der Gerichtsbarkeit der gemischten Gerichtshöfe auf Kriminalfälle, in denen Ausländer verwickelt sind. Alles, was die englische Bureaucratie diesen Forderungen entgegenhalten kann, ist das fadenförmige Argument, daß die Ägypter für die Selbstregierung noch nicht reif seien. Als wenn ein Volk anders als durch die Ausübung der Selbstregierung sich selbst regieren lernen könnte!

Die europäischen Kapitalisten, denen Ägypten eine Goldgrube ist, tun sich nicht wenig darauf zugute, daß der Reichtum des Landes seit der Okkupation gewaltig zugenommen hat. Sie vergessen aber zu sagen, daß das ägyptische Volk von dieser wirtschaftlichen Entwicklung keinen Nutzen gehabt hat. Alle Reisenden, die das Land und seine Bevölkerung kennen und kein Interesse daran haben, das Werk Lord Cromers zu verherrlichen, stimmen darin überein, daß der Kapitalismus in Ägypten die Arbeiter mit ganz unmöglicher Brutalität ausbeutet. Die Lage der arbeitenden Klasse ist eher schlimmer als besser geworden; die Preise der Lebensmittel haben eine bisher unbekannte Höhe erreicht und die Arbeitslöhne sind nur ganz wenig gestiegen. Eine Besserung der Lage der arbeitenden Klasse Ägyptens bei den herrschenden unfreien politischen Zuständen scheint ganz ausgeschlossen. Die bürgerliche Presse Europas berichtet wenig oder nichts über die Anteilnahme des ägyptischen Volkes an der konstitutionellen Bewegung; aber aus ägyptischen Blättern ist zu entnehmen, daß das Proletariat der Städte die Bewegung des Bürgerturns — vielleicht jetzt erst nur instinktiv — energisch unterstützt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Mai 1910.

### Ein Herrenhäuser gegen das „Königswort“.

Unsere Junker im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus haben bekanntlich den famosen Geschmack beiseite, zu erklären, daß sie das preussische Wahlrecht für absolut nicht reformbedürftig hielten und daß sie nur deshalb in eine Abänderung des Wahlrechts willigten, weil der König durch eine Thronrede das Versprechen einer Wahlreform gegeben habe. Die Junker des Dreiklassenparlamentes so wohl wie des erblich belasteten Munizipalparlamentes erklärten also, daß sie ihre politische Ueberzeugung vollständig der Ansicht des Königs zu opfern bereit seien.

Mit dieser Erklärung kamen die Braven freilich erst heraus, als sie sahen, daß die „Reform“ nur die Parodie einer wirklichen Wahlreform bedeutete und den Junkerinteressen eher förderlich als schädlich sei. Vorher galt ihnen das Königswort nichts! Damals galt ihnen das Versprechen der Thronrede nur als die Zusage Bülow's, die man natürlich nicht zu respektieren brauchte!

Es macht sich nun sehr hübsch, daß es auch jetzt noch Herrenhauspolitiker gibt, die trotz der junkerlichen Büdinge vor dem Thron und dem Versprechen der Thronrede auf das gegebene Königswort pfeifen, weil es ihnen nicht gefällt! So veröffentlicht die „Kreuz-Ztg.“ in ihrer letzten Nummer den Artikel eines Mitgliedes des Herrenhauses, in dem es heißt:

„Und alle diese Gefahren sollen wir laufen, nur, weil es dem Fürsten Bülow gefallen hat, im Interesse eines doch von vornherein politisch und parlamentarisch unhaltbaren Blods dem Liberalismus diesen Beschlag auszustellen und sich dafür noch ein Allerhöchstes Akzept zu verschaffen. Nun, der Blod ist dahingegangen, Fürst Bülow mit ihm, und wir sollten den Ranen des Dahingegangenen noch dies Opfer bringen? — Dazu fehlt es doch an jedem sachlichen Bedürfnis.“

Das „Königswort“ ist hier auf einmal wieder zu der Unterwelt unter einem faulen Wechsel geworden, der von den „Königstreuen“ deshalb noch lange nicht akzeptiert zu werden braucht!

### Der deutsche Lehrertag.

Die deutsche Lehrerverammlung, die am Montagabend eröffnet wurde, ist Dienstag früh zu ihrer ersten Hauptversammlung zusammengetreten. Es waren gegen 4500 Lehrer anwesend. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung standen folgende Punkte: Der Deutsche Lehrerverein, seine Aufgaben und seine Ziele. Referent Oberlehrer Schubert-Augsburg. Jugendfürsorge. Referent Rektor Boehne-Berlin. Die Tagung wurde durch den Vorsitzenden Noehl-Berlin eröffnet, der namentlich den Einfluß des Staatstheoretikers Lehrerverbandes an den Deutschen Lehrerverein feierte. Danach wurden Ausbildungsprogramme an den Kaiser und den Staatstheoretiker abgefaßt. Die Versammlung wurde vom Ministerialdirektor Dr. Albrecht, vom Bürgermeister Dr. Schwander, vom Rektor der Universität und vom Vorsitzenden des Deutscheschulvereins begrüßt. Der erste Vortrag, den der bayerische Landtagsabgeordnete Oberlehrer Schubert-Augsburg über den Deutschen Lehrerverein hielt, war beherrschend von der Abwehr kirchlicher Angriffe. Er gab einen Ueberblick über den geschichtlichen Bestand des Vereins, der heute 120 000 von den 180 000 Lehrern umfaßt; trotz der Bekämpfung von ultramontaner und evangelisch-orthodoxer Seite. Der Lehrerverein sei eine Arbeitsgemeinschaft, die eine Hebung der Schule, des Lehrerstandes, eine bessere Schulorganisation, die Schulaufsicht durch Fachmänner und die Verbesserung der Rechte und der Stellung des Lehrers anstrebt. Der Redner wahrte dann die Angriffe ab, die gegen das Wirken des Vereins erhoben worden sind. Der Verein sei nicht religionsfeindlich, er sei weder der Sozialdemokratie, noch dem Liberalismus unterworfen, dagegen sei er für die völlige konfessionelle Parität. Im Anschluß daran erörtert der Redner ausführlich den Streit der reichsständischen Regierung mit den Bischöfen von Straßburg und Metz, der bekanntlich deshalb entbrannt war, weil die Bischöfe die katholischen Lehrer von dem Uebertreten zum Lehrerverein abhalten wollten. Er dankt der Regierung und dem Staatstheoretiker für ihre Energie. Man könne dem Lehrerverein keinen Mangel an Religiosität vorwerfen, aber die Ultramontanen und die Mindererzählten ihm nicht, daß in seiner Mitte die Mitglieder sich über die Konfessionen die Hand reichen. Der Redner schließt unter langem Beifall.

Nach einer Pause entwickelte Rektor Boehne-Berlin seine Leitgedanken zur Jugendfürsorge, die im wesentlichen die Bedeutung der Jugendfürsorge hervorheben, die als eine Aufgabe der Gesamtheit, in erster Linie des Staates und der Gemeinden, und als eine notwendige Ergänzung und Förderung der pädagogischen Tätigkeit bezeichnet werden müssen. Endlich empfiehlt der Referent den Lehrern, die Durchführung der zum Schutze der Jugend erlassenen Gesetze zu fördern, ihre Erweiterung anzustreben und sich an der Arbeit der Jugendfürsorgeorganisationen zu beteiligen. In der Diskussion wurde ein Antrag

Charlottenburg u. a. von dem Lehrer Eggold verteidigt, der eine besondere Organisation für die Jugendfürsorge verlangte. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von einer Stimme abgelehnt. Obenstehend finden die von den sächsischen Lehrervereinen zu den Leitgedanken des Referenten eingebrachten Abänderungsanträge, welche die pädagogische Beaufichtigung der Jugendfürsorge besonders unterstreichen, Aufnahme. Die Leitgedanke wurden unverändert angenommen.

Am Mittwoch kommt die Frage der Schulleitung und Schulaufsicht zur Verhandlung.

### Der frühere Gendarm Münter,

seit einer Reihe von Jahren Magistratsbureauassistent in Schöneberg, ist plötzlich an einer Gallensteinoperation gestorben. Gegen Münter schwebte beim Magistrat eine Disziplinaruntersuchung und gleichzeitig ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineide. Dies Verfahren war soweit gediehen, daß die Verhaftung Münters bevorstand.

Der Name Münter ist weiteren Kreisen dadurch bekannt geworden, daß Münter seinerzeit in dem Prozeß gegen den Bergmann Schröder und Genossen Aussagen gemacht hat, die zu der Verurteilung Schröders und seiner Mitangeklagten zu langjährigen Justhausstrafen führten. Gerade in der letzten Zeit war es Schröder gelungen, das Wiederaufnahmeverfahren in diesem Meineidsprozeß durchzuführen. — Wir halten es für selbstverständlich, daß auch der Tod Münters für das Wiederaufnahmeverfahren völlig belanglos ist. Dem die Unglaubwürdigkeit des verstorbenen Münter läßt sich durch Zeugnisaussagen auch jetzt noch ebenso einwandfrei feststellen!

### Die Reichsversicherungsordnung.

Zu den Kommissionsverhandlungen über die Reichsversicherungsordnung, die am 27. Mai begannen, haben unsere Genossen beantragt, den Reichsanwalt um Material über folgende Punkte zu ersuchen: 1. in welchen Kreisen und Gemeinden in Preußen die Krankenversicherung durch Statut auf Landarbeiter und Hausgewerbetreibende ausgedehnt ist; 2. wie oft von der Anwartschaftsberechtigten der Anspruch des Verletzten ganz oder teilweise in solchen Fällen abgelehnt worden ist, wo der Verletzte gegen die bergpolizeilichen Vorschriften verstoßen hatte; 3. wie oft die Seeberechtigten der Seefahrt die Rechte ganz oder teilweise aberkannt hat, die verunglückten, indem sie gegen die Seemannsordnung verstießen.

Auch das Zentrum, die Nationalliberalen und die Konservativen haben eine Reihe Anträge gestellt, um Auskunft über verschiedene mit der Materie zusammenhängende Verordnungen zu erhalten. Die Kommissionsverhandlungen werden durch die gestellten Anträge voraussichtlich keine Verzögerung erleiden.

### Demokratischer Parteitag.

Am Montag begann in Köln der zweite Parteitag der Demokratischen Vereinigung unter Beteiligung von 150 Delegierten. Der Jahresbericht des Geschäftsführers Dr. Glaser-Berlin gibt der Befriedigung mit den bisherigen Erfolgen der Bewegung Ausdruck. Die Vereinigung zählt gegenwärtig 7914 Mitglieder. Gestagt wird über die Volksschwierigkeiten im Osten, wo die Werte des Militärverbot fürchten. Der Bericht hebt sodann die Tätigkeit der Vereinigung in der Wahlrechtsbewegung in Preußen hervor, wo man teils selbständig, teils mit den Sozialdemokraten vorgegangen sei. An der Geburtstagsfeier Babels habe man sich durch Abwendung eines Glückwunsch an den großen Volksmann beteiligt. Auch der Bericht des Rassenführers befaßt sich im allgemeinen befriedigend aus.

Sodann gab Dr. Breitfeld einen politischen Ueberblick an die gegenwärtige Lage. Er gedachte einleitend des Hinscheidens von Dr. Barth, das einen Verlust nicht nur für die Demokratische Vereinigung, sondern auch für das politische Leben Deutschlands überhaupt bedeute. Bei seiner Schilderung der Bülow'schen Blodpolitik beruhte der Redner mit besonderem Nachdruck. Bei dem kurzfristigen und willkürlichen Verhalten der Liberalen, die von den Konservativen, als diese sie leid waren, wie ein räudiger Hund von der Schwelle gewiesen wurden. Der jetzige Blod, so reaktionär er auch sei, habe wenigstens das eine Verdienst, daß er die Massen aufrüttelte, wie sich das bei der Reichsfinanzreform gezeigt habe. Wenn die Liberalen noch etwas von wirklichem Liberalismus in sich hätten, müßten sie es als ihre Pflicht empfinden, der gegenwärtigen Regierung die schärfste Opposition zu machen, sich an die Seite der freiheitlichen Parteien zu stellen und die Verantwortung für das weitere dem Reichsanwalt und seiner blauschwarzen Schutztruppe zu überlassen. Die Geschichte der preussischen Wahlreform sei der Beweis vollendeter politischer Inkultur; ihr wechselvoller Verlauf zeige, daß eine wirksame Wahlreform nur durch das Volk gemacht werden könne. Wenn der Freisinn nicht nur in, sondern auch außer dem Parlamente seinen Mann gestanden hätte, stände es besser um die Dinge in Preußen. Die Demokratie werde die Weitsicht schwingen über den Rücken der Rüssigen, daß sie hineintreten in die schärfste Opposition, in die Reihen des um seine Rechte kämpfenden Volkes. Die Demokratische Vereinigung, die man als Störenfried im liberalen Lager hinstelle, leite ihre Existenzberechtigung her aus der Ueberzeugung, daß von den Freisinnigen nicht das Maß von politischer Entschiedenheit zu erwarten sei, das die Zeit erfordere. Deshalb werde die Demokratie den Freisinn auch bei Wahlen nicht schonen, sondern ihn überall bekämpfen, wo man es für gut halte.

Zu diesem Teil der Tagesordnung finden zwei Resolutionen Aufnahme, wovon die eine, eingebracht von Frau Theodor Warth, der Witwe des bekannten Politikers, den um ihre Selbständigkeit kämpfenden Finnländern Erfolg wünscht, die andere sich zugunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde für Männer und Frauen ausspricht, den Wahlrechtskämpfern in Preußen, Anhalt, Braunschweig und Bremen die Sympathie ausdrückt und auffordert, an denjenigen Parteien, die in diesem Kampfe verfallen, bei den nächsten Reichstagswahlen das Strafgericht des Volkes zu vollziehen.

Es folgt sodann die Veratung des Parteiprogramms. Die demokratische Vereinigung hatte bisher kein Programm mit einzelnen bestimmten Forderungen, sondern nur kurz und allgemein gehaltene Leitgedanke. Der erste Parteitag hat eine Kommission mit den Vorarbeiten zur Schaffung eines Programms beauftragt, deren Ergebnis dem jetzigen Parteitag in Gestalt eines ausgearbeiteten Entwurfs vorliegt. Außerdem haben Entwürfe eingereicht die Vereine von Schöneberg-Friedenan, Breslau und Leipzig, und weiter liegt eine ganze Anzahl Abänderungsanträge zu dem Kommissionsentwurf vor.

Der Kommissionsentwurf, der (nach Warth's Vorschlägen) einleitend die Grundzüge der Demokratie angibt und dann in zwölf Punkten die einzelnen Forderungen politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art folgen läßt, wird von v. Gerlach in längerer Rede begründet. Die Grundlage eines demokratischen Programms sei die Feststellung der Volkssouveränität und als Folgerung das parlamentarische Regime; die Frage, ob Republik oder Monarchie, bittet er als nicht bringlich anzusprechen. Er erläutert sodann die wesentlichen Einzelorderungen, von denen anerkannt werden muß, daß sie zu erfüllen streben, was eine nicht sozialistische Partei zu erfüllen vermag.

Es dauert geraume Zeit, bis die Generaldebatte vor lauter Geschäftsordnungsanträgen in Zuck kommt; sie ist reichlich zerfahren und wird vom Wesentlichen noch abgelenkt durch die weitläufig erörterte Frage, ob überhaupt ein Programm erforderlich sei und ob man es nicht bei wenigen Leitgedanken belassen sollte. Nachdem diese Frage zugunsten des Programms erledigt war, begann die Einzelberatung, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog.

## Kriegervereine und Bauernbund.

In der Versammlung des Kriegervereins in Weiskirchen (Westpreußen) wird der Vorsitzende Vorsitzende der Landwehr Weiskirchen darauf hin, daß die Kriegervereine auch den Kampf gegen den Bauernbund führen müssen, denn die Bestrebungen des Bauernbundes grenzen an die der Sozialdemokratie. Der Präsident des Bauernbundes, Abg. Bachhorst de Wente hat erst kürzlich im Reichstag bei den Wahlprüfungen mit dafür gestimmt, daß die Kriegervereinsorganisation bei Reichstagswahlen nicht als amtliche Wahlbeeinflussung anzusehen sei. Nachdem die Kriegervereine jetzt auch gegen den Bauernbund mobil gemacht werden, wäre Herr Bachhorst de Wente vielleicht bereit, seine Ansicht über die Kriegervereinsorganisation einer Revision zu unterziehen.

## Kultusetat.

München, 12. Mai. (Fig. Ber.) In der Kammer der Abgeordneten begann heute die Beratung des Kultusetats und zwar bei den Hochschulen.

Zum ersten Male seit einer Reihe von Wochen konnte Genosse v. Vollmar in längerer Rede auch im Plenum des Hauses aktiv an den parlamentarischen Arbeiten sich beteiligen. Er besprach zunächst die Affäre Salvisberg, die in Bayern seinerzeit deshalb Aufsehen erregte, weil der Kultusminister entgegen dem Beschlusse der Universität, das Vorlesungsverzeichnis in der Universitätszeitung des Herrn Salvisberg veröffentlichte, zweifellos um diesen Herrn finanziell zu unterstützen. Weiterhin kritisierte er die ganz unzulängliche Art des Disziplinarverfahrens gegen Angehörige des Lehrkörpers der Universität, auf welche die Öffentlichkeit durch den Prozeß eines Münchener Privatdozenten gegen die „Münchener Post“ aufmerksam wurde. Danach kann der Syndikus der Universität Zeugen vernehmen oder nicht vernehmen, wie's ihm paßt und auf diese Weise das Urteil des Senats nach der einen oder anderen Seite lenken. — Genosse v. Vollmar verlangt dann weiter, daß den Studenten ihre staatsbürgerlichen Rechte in keiner Weise verkümmert werden dürfen. Bestimmungen, welche dem neuen Vereinsgesetz widersprechen, müssen beseitigt werden. — Sodann tritt Genosse v. Vollmar noch für das unbeschränkte Recht der freien Meinungsäußerung der Universitätsprofessoren als Staatsbürger ein. Veranlaßt war er dazu durch die Heftigkeit, welche vor Monaten von der Zentrumspresse gegen den Professor Brentano getrieben wurde, weil er eine Kundgebung gegen den Justizmord an Ferrer unterzeichnet hatte.

Nach Genossen v. Vollmar sprach der freisinnige Professor Günther unter anderem auch über den Kirchenzwang, bei dem dem Staate die unwürdige Rolle eines Exekutors der Kirche zugewiesen sei. Er verlangt hier Aufhebung dieses Zwanges. Anderer Ansicht ist Dr. Fischer, der Zentrumsführer, und mit ihm der Kultusminister, der ausführt, daß es nicht genüge, daß die Schüler religiösen Wissensstoff in sich aufnehmen. Sie müßten auch die religiösen Übungen mitmachen, denn diese seien unbedingt notwendig zur Erreichung des Erziehungszieles: der Heranbildung von religiös-sittlichen Menschen.

## Italien.

### Luzzatti für den Kleingrundbesitz.

Rom, 14. Mai. (Fig. Ber.) Der Stich ins Kleinbürgerliche, den wir gleich an dem Ministerprogramm Luzzattis konstatieren hatten, zeigt sich jetzt in einem soeben eingebrachten Gesetz, das künstlich kleine Bauerntücker ins Leben rufen will. Landparzellen sollen verpachtet werden, die im Sinne der englischen „Homestead“ unüberäußerlich, unpfändbar und nicht mit Hypothek zu belasten sein sollen. Es ist der alte, seit den Bracken recht oft wiederholte und recht oft mißglückte Versuch. In Italien sind es die Steuerlasten, die den Kleingrundbesitz noch lebensunfähiger machen, als er ohnehin ist. Wenn die Regierung etwas tun will, so mag sie die Steuerlast verringern. Die unüberäußerlichen Parzellen werden sonst entweder trotz des Verbots verkauft werden oder der Pächter wird sie verlassen, wenn ihn der Mangel an Kapital und Kredit allzu sehr drückt. An diesen wirtschaftlichen Tatsachen wird Luzzatti auch nichts ändern können.

## Spanien.

### Republikanische Kundgebungen.

Valencia, 17. Mai. Bei der Rückkehr des Abgeordneten Soriano aus Madrid kam es gestern zu lebhaften Kundgebungen der Menge. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen und gab deshalb Feuer, wodurch mehrere Personen verwundet wurden. Andere wurden im Gedränge verletzt. Ein Polizeioffizier wurde durch einen Dolchstoß getötet. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Valencia, 17. Mai. Die Ruhe in den Straßen der Stadt ist wiederhergestellt. Bis in die späten Nachtstunden hinein wurden die Straßen von Wachtmannschaften durchzogen.

## England.

### Wahlreform in Großbritannien.

Man schreibt uns aus London:

Das unsinnige englische Wahlrecht mit all seinen Schnörkeln und anachronistischen Zutaten, das es zum Beispiel einer Partei ermöglicht, die Bügel der Regierung zu ergreifen, obwohl sie nur die Minderheit der Wähler hinter sich hat, wie es im Jahre 1886 vorfam, wird schon seit Jahren von Mitgliedern aller Parteien verurteilt. Der Premierminister Asquith versprach gleich bei seinem Antritt, eine Reform des ganzen Wahlsystems vorzunehmen, und ernannte im Dezember des Jahres 1908 eine Kommission, die die Frage untersuchen sollte. Diese Kommission hat eben Bericht abgefasst.

Sie war beauftragt worden, die verschiedenen bestehenden oder vorgeschlagenen Systeme zu prüfen, die den Zweck verfolgen, den vom Volk gewählten Vertretungskörpern einen vollständig repräsentativen Charakter zu verleihen und zu untersuchen, ob und inwiefern sie auf englische Verhältnisse bei der vorhandenen Wählerkraft in Anwendung gebracht werden können. Die Kommission hat ihre Befugnisse etwas enge ausgelegt. Sie ist den Fragen, die die Parteien scharf trennen, nämlich aus dem Wege gegangen und berichtet daher nicht über die Abhaltung aller Wahlen an einem Tage, Neueinteilung der Wahlkreise und die Befolgung der Parlamentsmitglieder und Zahlung der Wahlkosten aus öffentlichen Mitteln. Die Vorschläge, die sie macht, beschränken sich auf folgende zwei Punkte: Baldmöglichst Abschaffung der doppelten Wahlkreise, d. h. der Wahlkreise, in denen jeder Wähler für zwei zu wählende Kandidaten stimmen kann, und die Einführung der „alternativen Abstimmung“ in allen Wahlkreisen, wo sich mehr als zwei Kandidaten gegenüberfinden. Die alternative Abstimmung, die die Mitglieder der Kommission dem Stichwahlsystem vorziehen, wird in dem Bericht wie folgt beschrieben: „Der Wähler wird ersucht, die Kandidaten nach der Reihenfolge seiner Wahl anzuordnen, indem er die Zahlen 1, 2, 3 hinter ihren Namen setzt. Bei der ersten Zählung der Stimmen werden nur die ersten Stimmen gezählt. Wenn es sich dann ergibt, daß kein Kandidat die absolute Mehrheit erhalten hat, wird der Kandidat, der die geringste Anzahl der ersten Stimmen erhalten hat, als ausgeschieden betrachtet und seine Stimmzettel werden noch den mit 2 bezeichneten Namen verteilt. Die Stimmzettel, auf denen keinem zweiten Kandidaten der Vorzug gegeben worden ist, werden als „erschöpft“ betrachtet und ihre Zahl wird von der Gesamtsumme abgezogen, um die absolute Majorität bei der zweiten Zählung zu ermitteln. Wenn dann noch kein Kandidat

eine solche Mehrheit erzielt hat (was natürlich nur vorkommen kann, wenn ursprünglich mehr als drei Kandidaten vorhanden waren), so wird das Verfahren so oft wiederholt, als notwendig ist, um das gewünschte Resultat zu erhalten.“

Die Kommission tritt jedoch nicht dafür ein, daß dieses Verfahren für die Wahlen zum Unterhaus zur Anwendung gelangen soll. Dieses System der Proportionalwahl wird schon seit vielen Jahren von der „Proportional Representation Society“, der viele einflußreiche Politiker angehören, durch Wort und Schrift verbreitet. In Queensland und Westaustralien besteht es schon und soll sich gut bewähren. Ob die Vorschläge der Kommission aber Aussicht auf baldige Annahme haben, dürfte bei der Anzahl der Kommissionsberichte, die augenblicklich auf parlamentarische Bearbeitung harren, verneint werden. Dringend ist die Reform des Wahlverfahrens in England auf jeden Fall. Das Wahlrecht ist im letzten Jahrhundert durch die drei Reformbills der Jahre 1832, 1867 und 1884 gewaltig erweitert worden. Die erste Reformbill brachte das industrielle Bürgertum auf den politischen Kampfplatz, die zweite gab den großen Massen der städtischen Arbeiter das Wahlrecht und die dritte sollte die Landarbeiter politisch befreien. Trotz dieser Demokratisierung des Wahlrechts ist das Wahlverfahren aber noch mit einem solchen Mäntel altertümlicher Bestimmungen, die die feudalen und plutokratischen Elemente begünstigen, belastet, daß der Demokratie Großbritanniens die Segnungen dieser Reformen nur in beschränktem Maße zugute kommen. Die Verhältnisse liegen nun so, daß eine zeitgemäße Reform der Konventionen wie der liberalen Partei mehr schaden als nützen würde. Nur eine energische Agitation wird vermögen, die liberale Partei zu veranlassen, ihr seit langem gegebenes Versprechen, das Wahlrecht und das Wahlverfahren in demokratischem Sinne umzugestalten, einzulösen.

## Türkei.

### Der reaktionäre Senat.

Konstantinopel, 16. Mai. Der Senat hat die von der Kammer beschlossene Abänderung der Verfassung, wonach zwei Drittel der Senatoren gewählt werden sollen, verworfen und sich grundsätzlich dafür ausgesprochen, daß die Erneuerung aller Senatoren durch den Sultan zu erfolgen habe.

### Die Kretasfrage.

Konstantinopel, 16. Mai. In informierten Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß die Wofte bei der bisherigen entschieden Haltung in der Kretasfrage beharren werde. Die türkische Presse aller Richtungen fährt fort, die endgültige Lösung der Frage zu verlangen und führt aus, angesichts der letzten Vorgänge lange der ständige Hinweis auf den status quo an, lächerlich zu werden. Die Türkei verlangt Klarheit. Die Schuttmächte hätten jetzt Gelegenheit, die oft beteuerte Freundschaft gegenüber der Türkei durch die Tat zu beweisen.

### Der Aufstand in Albanien.

Saloniki, 17. Mai. Zwischen den von ihrer Geistlichkeit beeinflussten Arnauten und Torgutscheff Pascha ist mit Zustimmung des Kriegeministers vereinbart worden, daß die Bevölkerung nicht durch Truppen entworfen werden soll. Die albanischen Notabeln haben die Verpflichtung übernommen, die Waffen durch die Ortsvorsteher abzunehmen und an Torgutscheff Pascha auszuliefern zu lassen. Die Regierung hat versprochen, die Waffen dem Volke wieder auszuliefern, sobald ein dringender Anlaß dazu vorläge. Dreihundert Rebellenfürher sind bisher festgenommen und in Scutari vor das Kriegsgesicht gestellt worden.

Saloniki, 17. Mai. Bei Prepolac wurde eine türkische Patrouille von Serben beschossen. Ein türkischer Korporal wurde getötet und ein Soldat verwundet. Die Patrouille, die unter Führung eines Leutnants stand, begab sich nach der serbischen Grenze, um gegen den Vorfall zu protestieren.

## China.

### Neue Unruhen.

Peking, 17. Mai. Unter den Einwohnern der Provinzen Kiangsu, Tschiang und Hunan sind erneut Unruhen ausgebrochen, die sich gegen die Behörden richten und auf Mangel an Nahrungsmitteln zurückzuführen sind. Die Bewegungen stehen untereinander offenbar in keinem Zusammenhang und sind nicht sehr heftig, sie haben jedoch die Zentralregierung in große Unruhe versetzt.

## Amerika.

### Ein guter Anfang.

Aus New York wird uns geschrieben: Erst kurze Zeit ist verfloßen, seitdem der neugewählte Mayor (Oberbürgermeister) von Milwaukee, Genosse Emil Seidel, gestützt auf eine sozialistische Mehrheit im Stadtrat, die Leitung der städtischen Verwaltung übernommen, und schon ist eine Reihe von Reformen, die auch die Anerkennung selbst der verhassten Gegner finden, entweder in Angriff genommen oder bereits durchgeführt.

Im Staate wie in der Gemeinde bezeugen Demokraten wie Republikaner ihren Einfluß, um ihre eigenen Parteigänger ohne Rücksicht auf deren Fähigkeiten durch Uebertragung von Beamtenstellen zu belohnen. Man sucht nicht den Mann für das offene Amt, sondern man schafft neue Posten für die stellungshungrigen Politikler. In Milwaukee war es bisher nicht besser als anderwärts, aber seit dem Tage des Amtsantritts des Genossen Seidel hat sich schon manches geändert. Ein Universitätsprofessor namens Sommer, der als „Gasinsektor“ von der Stadt ein Jahresgehalt von 1500 Dollar dafür bezog, daß er sein Privatlaboratorium für chemische Untersuchungen leitete, verlor seine Einkünfte. Dem aus einem Kommissar und drei Ingenieuren bestehenden Vorstand des städtischen Baubureaus wurde bereits die Entlassung angelündigt. Ein einziger tüchtiger Sachmann genügt zur Bewältigung der Arbeit. Beamte, deren Befähigungsnahe nur in parteipolitischen Beziehungen bestand, sind entlassen und durch tüchtige Leute ersetzt worden. Nur diejenigen Posten, deren Inhaber auf die Richtung der städtischen Politik Einfluß haben, sind den Sozialisten vorbehalten; die übrigen wurden und werden ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit besetzt.

In den städtischen Bureau wurde, wenn es hoch kam, 83 Stunden in der Woche gearbeitet. Seidel erhöhte die Zahl der wöchentlichen Dienststunden auf 48 und räumte mit dem freien Sonnabend, nachmittags auf. „Denn“, so erklärte er, „viele Bürger sind für die Erledigung ihrer Geschäfte auf dem Rathaus auf den Sonnabendnachmittag angewiesen, weil sie zu anderer Zeit nicht von ihrer Arbeit loskommen können.“

„Die Arbeiter sind der wertvollste Bestandteil der Bevölkerung unserer Stadt.“ heißt es in der ersten amtlichen Kundgebung des Genossen Seidel an den Stadtrat. Und auf die Wahrung der Interessen der Arbeiter ist auch in erster Linie das Bemühen der in die Verwaltung Milwauekes eingetretenen Genossen gerichtet. Der Stadtmayor erteilt unentgeltlich Auskunft und Rat in Rechtsangelegenheiten. Eine städtische Werkstätte für Installationsarbeiten wird dem Wucher des Plumber-Trusts (Ring der selbständigen Installateure) ein Ende machen und die vom sanitären Standpunkt aus so notwendigen Arbeiten

zum Selbstkostenpreis ausführen. Die Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerks ist in Aussicht genommen. Aus städtischen Mitteln wird die Bekämpfung der Schwinducht unterbühnt. Bereitstellung öffentlicher Gelder für den Bau und die Einrichtung zeitgemäßer Krankenhäuser ist angelündigt. Bei Vergabe städtischer Arbeiten werden künftig nur solche Unternehmer berücksichtigt, die sich vertraglich zur Durchführung einer angemessenen Maximalarbeitszeit verpflichten, die weder Frauen noch Kinder beschäftigen und die Arbeiten unter guten sanitären Verhältnissen ausführen lassen. Und da der bisherige Sanitätskommissar sich fast nicht um die Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesundheitspolizeilichen Vorschriften kümmerte, wurde er durch eine geeignete Kraft ersetzt.

Auch indirekt zeitigte der Wechsel in der Stadtbewaltung schon seine guten Früchte. Die Straßenbahn-Gesellschaft, auf welche die Stadt recht wohl einen Druck ausüben vermag, zeigt ganz plötzlich ihrem Personal gegenüber betriebsmäßig gestellten Lohnforderungen, die sie bisher stets rundweg abgelehnt, ein freundliches Entgegenkommen. Und nun noch etwas echt „Amerikanisches“. Genosse Seidel gehört als erster sozialistischer Oberbürgermeister einer amerikanischen Großstadt zu den Persönlichkeiten, die ein besonderes Interesse erregen. Ein unternehmender Impresario hat ihm 250 Dollar für den Abend, wenn er sich zu einer Vortrags-tour bereitfinde. Dasselbe Honorar erhielten der unterlegene demokratische Präsidentschaftskandidat William F. Bryan und der republikanische Bundes Senator La Follette. Genosse Seidel hat natürlich abgelehnt. Er hält sich für verpflichtet, seine Zeit der Stadt Milwaukee zu widmen. Und dank der Unfähigkeit der bisherigen Leiter der Stadtbewaltung gibt es für ihn und die anderen Genossen ein reiches Arbeitsfeld.

## Uruguay in Südamerika.

Lima, 17. Mai. Man befürchtet hier den Ausbruch des Krieges zwischen Peru und Ecuador. Die man annimmt, rechnet Ecuador auf die Unterstützung von Chile und Kolumbien und wird die Feindseligkeiten eröffnen.

## Argentinien.

### Sozialistenhaft.

Buenos Aires, 15. Mai. Da die Anarchisten bei Gelegenheit der Hundertjahrfeier einen revolutionären Generalstreik in Szene zu setzen, hat die Regierung unter Zustimmung von Kammer und Senat unverzüglich über die ganze Republik den Ver-lagerungszustand auf unbestimmte Dauer verhängt.

### Patrioten.

Buenos Aires, 15. Mai. Eine Anzahl Studenten drang in die Geschäftsräume eines hiesigen anarchistischen und eines ebenfalls hier erscheinenden sozialdemokratischen Blattes, zerstörte die Maschinen und richtete auch sonstige Beschädigungen an. Nach ihrem Zerstörungswerk setzten die Studenten ihre Kundgebungen fort. Vor dem Hause der sozialistischen Syndikats und an anderen Punkten kam es zu Kravallen, bei denen mehrere Personen verletzt wurden. Die Demonstranten durchzogen die Straßen unter Abingen der argentinischen Hymne.

## Aus der Partei.

### Zur Frage der Budgetbewilligung.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags hat bei der Gesamtabstimmung beifällig das Budget abgelehnt. Dabei gab Genosse Frähdorf im Namen der Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Die Fraktion hat bei der Abstimmung über die einzelnen Kapitel des Etats ihren Willen zum Ausdruck gebracht. Sie hat allen Ausgaben für Kulturzwecke zugestimmt. Die Zustimmung zum Finanzgesetz aber bedeutet nicht nur eine formelle, sondern eine prinzipielle Anerkennung der Politik des bürgerlichen Klassenstaates. Die sozialdemokratische Fraktion stimmt aus diesem Grunde und fufend auf dem Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen das vorliegende Finanzgesetz.“

Der freisinnige Abgeordnete Günther erklärte daraufhin, daß durch die Ablehnung des Finanzgesetzes auch alle zustimmenden Beschlüsse zu den einzelnen Etatskapiteln wieder aufgehoben seien, worauf Genosse Frähdorf ihm entgegnete, daß dies keineswegs der Fall sei. Unser Wochener Parteiorgan ergreift nun selbstamerweise die Partei des freisinnigen Abgeordneten Günther. Es behauptet, der freisinnige Kritiker habe durch-aus recht gehabt, denn die einzelnen Etatskapitel würden erst Gesetz durch das Finanzgesetz. Werde dieses abgelehnt, dann seien auch damit die einzelnen Ausgaben abgelehnt. Dieser Sachverhalt werde nur dadurch verschleiert, daß unsere Genossen in der Minderheit seien und ihre Abstimmung keine unmittelbare Folgen habe. Wären sie in der Mehrheit, so läme die Wirkung der Ablehnung des Gesamtelats jedermann unmittelbar zu Bewußtsein.

Der Form nach hat unser Wochener Parteiorgan recht. Nach Ablehnung des Finanzgesetzes durch eine parlamentarische Mehrheit hätten selbstverständlich auch keine einzelnen Etatskapitel die Zustimmung der Mehrheit erhalten. Darüber natürlich sind sich auch die Genossen im sächsischen Landtage nicht im Unklaren. Was sie gegenüber dem freisinnigen Schulmeister Herrn Günther konstatieren wollten, war einzig, daß sie einzelnen Etatskapiteln ihre Zustimmung gegeben hätten, soweit sie das als Sozialdemokraten zu tun vermochten. Daß solche Zustimmung zu einzelnen Etatskapiteln ihre besondere Bedeutung hat und auch durch die Ablehnung des Gesamtelats keineswegs unter allen Umständen annulliert wird, ergibt sich schon aus der Möglichkeit, daß durch das Stimmen der Sozialdemokraten einzelne Positionen angenommen werden können, die sonst abgelehnt worden wären, und die trotz der Gesamtverneinung des Etats durch die Sozialdemokratie auch angenommen bleiben. Daß die Sozialdemokratie allerdings den Gesamtelat zu Fall gebracht haben würde, wenn sie in der Majorität gewesen wäre, ist unbestreitbar richtig. Aber die Sozialdemokratie lehnt doch auch den Gesamtelat gerade deshalb ab, weil der Gesamtelat so aussieht, daß sie ihn bei ihren prinzipiellen Anschauungen unmöglich zu bewilligen vermag! Ihre Ablehnung soll und will ein Protest gegen das herrschende System sein. In dem Augenblick, wo sie die ausschlaggebende Partei wäre, würde sie nur dann für das Finanzgesetz stimmen, wenn es ihren Forderungen gemäß gestaltet worden wäre. Wäre das nicht der Fall, so würde sie den Etat auch dann noch ablehnen müssen!

Auch das war ja nicht einmal für die bürgerliche Opposition etwas Ungeheuerliches. Will doch die Ablehnung des Etats auch bei bürgerlichen Parteien als parlamentarisches Kampfmittel. Es bedurfte also wirklich nicht der Belehrung des „Wochener Volksblattes“, um „Anarchisten aus dem politischen Wirken der Partei zu beseitigen“. Eher wäre zu befürchten, daß durch solche Belehrungen die politischen Unklarheiten bedauerlicherweise gefördert werden könnten.

# Gewerkschaftliches.

## Scharfmacher-Frechheit.

Die Münchener Behörde für Armenpflege hat in der Erwartung, daß die Aussperrung im Baugewerbe auch den einen oder anderen Bauarbeiter unterstützungsbedürftig machen könnte, den einzelnen Bezirkskommissionen ein Schreiben zugefandt, in welchem für diesen Fall Anweisungen gegeben werden.

Es heißt in dem Zirkular:

„Ob bei einem Arbeitsfähigen ein besonderer Notstand oder ein Fall dringender Not vorliegt, hat die Armenpflege mit Rücksicht auf das Ergebnis der Ermittlungen nach freier Überzeugung zu entscheiden. In die Prüfung der Frage, ob die Aussperrung oder der Streik berechtigt ist, darf sie sich nicht mischen. Die Aussperrung eines Bauarbeiters kann für diesen einen Notstand im Sinne des Armengesetzes begründen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, ob der Aussperrte Gelegenheit hat, eine andere, seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten entsprechende Arbeit zu finden, oder ob und inwieweit er von einer Klasse, z. B. einer Gewerkschaftskasse, unterstützt wird.“

Wir meinen, unparteiischer als in dieser Anweisung kann die Behörde nicht gut sein. Die „Arbeitgeber Zeitung“ aber fordert in fetter Schrift: „Mehr Unparteilichkeit.“

Was das Wort unter „Unparteilichkeit“ versteht, sagt es in folgenden Worten:

„Die eingangs zitierte Bekanntmachung der Münchener städtischen Behörde für Armenpflege ist durchaus geeignet, die um ihre wirtschaftliche Existenz nicht minder wie der Arbeiter ringenden Baugewerbetreibenden in belangreichster Weise zu schädigen. Denn sie stellt einen Akt der Unparteilichkeit dar, wie er krasser gar nicht gedacht werden kann. Wer für Koalitionsfreiheit, für Tarifvertragswesen usw. mit solchem heiligen Eifer eintritt, wie das erfahrungsgemäß gerade in Bayern behördlicherseits zu geschehen pflegt, der sollte sich sorgfältig davor hüten, auch nur im geringsten Maße aus der Reihe herauszutreten, die eine solche Stellungnahme auf sozialpolitischem Gebiet ihm aus Gründen der Logik und der Gerechtigkeit unter allen Umständen auferlegt. Wenn die arbeitslos gewordenen Gewerkschaftsmitglieder neben ihren Angehörigen unter der gegenwärtigen Aussperrung zu leiden haben, so mögen sie das zum Anlass nehmen, um mit ihren Führern einmal gründlich ins Gericht zu gehen, die den angebotenen Frieden ablehnten, weil sie daraus eine Abschwächung der für ihre politischen Lebenszwecke unumgänglich notwendigen Streikbewegung befürchteten. Nimmt man noch hinzu, daß die Gewerkschaftslisten obendrein über Millionen verfügen, zu deren Ansammlung die jetzt Notleidenden selbst beigetragen und auf deren Rückzahlung sie doch ganz gewiß einen begründeten Anspruch haben, so kann von einer „Notlage“ im Sinne der vorgenannten Ausführungen doch überhaupt gar keine Rede sein. Der Versuch, für die Armenpflege irgendeine Verpflichtung zur Unterstützung der beteiligten Arbeiterklasse herauszufinden, läuft also auf eine wenn nicht geradezu lächerliche, so doch zum mindesten höchst kurzfristige und unbefohlene Unterstützung des Widerstandes einer Partei hinaus, die der anderen Partei mit völlig gleichen Waffen und Rechten gegenübersteht.“

Das Scharfmacherblatt verlangt also nicht mehr und nicht weniger, als daß die Armenpflegebehörden ihre gesetzliche Pflicht unterlassen, für die Hungernden zu sorgen. Das wäre — falls der Fall an die Armenbehörden herantreten sollte — um so unverantwortlicher, als die Unternehmer alles getan haben, was in ihren Kräften steht, um zu verhindern, daß die Aussperrten an anderen Orten oder in anderen Berufen Lohn und Brot finden können. Daß sie ihre Absicht nicht völlig erreicht haben, steht ja auf einem anderen Blatt. Eine Lüge ist es, daß die Führer der Aussperrten den angebotenen Frieden abgelehnt hätten. Man hatte ihnen nicht den Frieden angeboten, sondern den Krieg. Die Arbeiterführer hätten ein Verbrechen an der Klasse ihrer Kollegen begangen, wenn sie sich dem Diktat der Unternehmer fügten.

Praktisch hat ja diese Scharfmacherei der Armenbehörden keine große Bedeutung. Die Arbeiter werden sich nur in ganz wenigen Ausnahmefällen um Armenunterstützung bemühen. Wenn sie es aber tun, muß ihnen natürlich diese auch werden. Die „Arbeitgeber-Ztg.“ sollte sich um so weniger gegen eine solche Unterstützung verwahren, als sie unter Umständen auch der anderen Seite zugute kommen. So mancher kleine Unternehmer dürfte durch den Zwang zur Untätigkeit, der durch die Materialsperrung und ähnliche PreSSIONen auf ihn ausgeübt wird, an den Rand des Ruins gebracht werden. Wenn auch die versprochenen Millionen der Scharfmacher ausbleiben, so dürfte es ihm nicht unangenehm sein, eventuell aus öffentlichen Mitteln vor dem Schlimmsten bewahrt zu werden. Wir hoffen, daß die Armenbehörden sich auch der von ihren Kollegen im Stich gelassenen Unternehmer pflichtgemäß annehmen. Das wäre wirklich eine Unparteilichkeit!

Der Kampf in Trier ist nicht, wie gemeldet wurde, beendet, sondern es handelt sich um einen hinterlistigen Treibbruch der katholischen Fachabteilungen, die hinter dem Rücken der anderen Organisationen mit den Bauunternehmern einen neuen Vertrag abgeschlossen haben, der die Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie verschlechtert und wonach eine Lohnerhöhung in diesem Jahre nicht stattfindet. Sämtliche anderen Organisationen der freien und der christlichen Gewerkschaften nahmen in einer zahlreich besuchten Versammlung eine Resolution an, worin aufs schärfste protestiert wird gegen das arbeitverräterische Treiben der katholischen Fachabteilungsführer.

In Südbayern, besonders im Wärmseegebiet veruchen die Arbeitgeber die Bauarbeiter zum Unterschreiben von Redereien zu veranlassen, durch die sie die Arbeiter verpflichten, aus der Organisation auszutreten, die Aussperrten nicht zu unterstützen und in keiner Form Beiträge an die Organisation zu leisten.

### Berlin und Umgegend.

#### Nochmals die Jesuitenmoral des christlichen Metallarbeiterverbandes.

In der Nr. 20 des Organs des christlichen Metallarbeiter-Verbandes antwortet Herr Winter auf unsere Veröffentlichung seines Briefes, den er gelegentlich des Streiks in der Kleinmotorenfabrik der A. G. Berlin geschrieben hatte. Herr Winter nennt den Brief belanglos. Das ist wohl die Höhe! Ein Brief, der in deutlicher Weise den Verrat empfiehlt, ist nach Herrn Winter belanglos. Weiter schreibt Herr Winter: „Den Namen des abgöttisch Uebergetretenen hat man trotz wiederholter Aufforderung nicht angeben können.“ Dieser Satz ist es, der zu einer Antwort Veranlassung gibt. Dieser Satz läßt nämlich den Schluß zu, daß Herr Winter schon häufig solche und ähnliche Briefe geschrieben hat, denn sonst brauchte er doch nicht zu fragen, wer der Empfänger des Briefes ist.

Wir dürfen deshalb wohl annehmen, daß die im Brief bezeichnete Taktik zur ständigen Kampfesweise des Herrn Bezirksleiters der Christlichen gehört. Dadurch erhält der Brief noch erhöhte Bedeutung und vervollständigt unsere Beurteilung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes.

## Deutsches Reich.

### Der Verband der Friseurgehilfen Deutschlands

hält in den Tagen vom 18. bis 19. Mai im „Gewerkschaftshaus“ zu Nürnberg seinen Verbandstag ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Reichsversicherungsordnung, gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Friseurgewerbe, gesetzliche Vertretung der Handwerksgehilfen, Lehrlingswesen, Tarifverträge. Außerdem hat sich der Verbandstag mit einer Reorganisation zu beschäftigen, die jedoch weniger auf verwaltungsmäßigem Gebiete liegt. Das Statut, an dem seit Bestehen des Verbandes abgeändert und korrigiert worden war, so daß von seiner ursprünglichen Fassung kaum noch etwas übrig ist, muß vollständig umgestaltet werden. Dabei ist auch eine Erweiterung des Organisationskreises vorgesehen. Außer den Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehilfen soll fortan auch jede als Gehilfen beschäftigte Friseurin sowie die mit der Anfertigung von Haararbeiten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Verband aufgenommen werden können. Von besonderer Bedeutung wird, wie der vorgelegte schriftliche Bericht bemerkt, diese Erweiterung in der Praxis der nächsten Jahre nicht sein, da es bei der fraglichen Kategorie noch sehr an Aufklärung mangelt, wozu sich auch noch ein sehr großer Ständesdünkel gesellt, der auf absehbare Zeit jede Selbsthelfung verhindert. Von größerem praktischen Wert wird die Stellungnahme des Verbandes zur Frage der Mitgliedschaft der Selbständigen sein. Es handelt sich darum, ob die Mitglieder mit dem Moment, in dem sie dem Zwange der Berufsverhältnisse folgend, sich selbständig gemacht haben, zu den wirtschaftlichen Gegnern gehören sollen und dann als solche zu behandeln sind, oder ob sie nach wie vor als vollberechtigte Mitglieder zu betrachten sind. Es wird auf den amerikanischen Gehilfenverband hingewiesen, der auf seinem letzten Verbandstag beschlossen hat, daß Selbständige, die keine Gehilfen beschäftigten, Mitglieder sein können.

Der Rechenschaftsbericht, der sonst immer eine zweijährige Zeitdauer umfaßt, erstreckt sich diesmal auf 2 1/2 Jahre, auf die Zeit vom 1. Juli 1907 bis Ende 1909, und sieht sich leider in die Notwendigkeit verkehrt, einen gewissen Mitgliederrückgang zu konstatieren. Während im 3. Quartal 1907 der Verband mit 20 267 Beitragsleistungen seinen bisher höchsten Stand erreichte, ging dieser dann ständig zurück, bis er im dritten Quartal 1909 auf 15 754 herabgesunken war. Erst mit dem 4. Quartal 1909 setzte wieder ein Aufschwung mit 19 962 Beitragsleistungen ein, und es ist zu hoffen, daß mit dem Jahre 1910 eine neue Etappe des Vorwärtsschreitens eingeleitet hat. Die Ursache des Rückganges sucht der Bericht darin, daß die Entwicklung unserer Organisation hauptsächlich an die beruflichen Verhältnisse gebunden ist. Durch die rückwärtige Betriebsweise unseres Gewerbes wird zu einem guten Teil die Denkwiese der Berufsgehilfen bestimmt, insbesondere das Verhalten der Gehilfen ihren besonderen Interessen gegenüber und deren Vertretung durch die Organisation. Der Friseurgehilfe kann noch nicht Gehilfe bleiben, sich als Gehilfe verhalten und eine dauernde Existenz begründen. Er wird „zu alt“, zu teuer, und muß „selbständig“ werden, wenn er seinen erlernten Beruf nicht aufgeben will oder kann. Seine Gehilfenseit betrachtet er als ein Uebergangsstadium zur Meisterschaft. Das in dem Kost- und Logiszwang zum Ausdruck kommende „patriarchalische“ Arbeitsverhältnis, das ständige Zusammensein und Zusammenarbeiten mit dem Meister, das Tringeld- und Prosentwesen, die völlige Isolierung von allem gesellschaftlichem Verkehr bewirken in Verbindung mit der Aussicht auf die spätere Selbständigkeit eine totale Gleichgültigkeit. Für die Organisation ergeben sich hieraus sehr große Hindernisse, wie sie für die Organisation der in die kapitalistische Produktions- und Betriebsweise einbezogenen Arbeitermassen längst nicht mehr bestehen.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß das Friseurgewerbe sich seit langem in einem Stadium des Niederganges und bereits in einer geradezu jämmerlichen Verfassung befindet. Das geht schon aus einer Gegenüberstellung der Berufszählungsergebnisse von 1895 und 1907 hervor. In diesen 12 Jahren hat sich die Zahl der Selbständigen von 64 843 auf 100 451, also um 55 Proz. vermehrt, während die allgemeine Bevölkerungszunahme nur 19,22 Proz. betrug. 1895 kam noch auf eine Kopfzahl von 801 ein selbständiger Berufsgehilfe, 1907 schon auf eine Kopfzahl von 614. Obwohl das Gewerbe längst überfüllt ist, werden ihm immer wieder neue Kräfte zugeführt; es herrscht eine geradezu wahnwitzige Lehrlingszuchterei, die den Zusammenbruch des Gewerbes in seiner heutigen Betriebsweise in rasendem Tempo beschleunigen muß. Dazu trägt auch die zünftlerische Handwerkszuchterei ihr gutes Teil bei. Bei einiger Anpassungsfähigkeit an die Entwicklung der Dinge, bei einer vernünftigen Berufspolitik ließe sich der unvermeidlich sich vollziehende Prozeß in seinen Folgen für die Berufsgehilfen weniger nachteilig gestalten, aber daran fehlt es; dagegen ist eine große Anpassungsfähigkeit der Meister an die schlechte Rentabilität des Betriebes zu beobachten. Das geht schon daraus hervor, daß mehr als ein Drittel der Selbständigen noch einen Nebenberuf ausüben, während nahezu 7000 Selbständige den Friseurberuf überhaupt nur nebenberuflich ausüben. Die Zersplitterung in eine Unzahl von Kleinbetrieben erhöht daraus, daß 44 900 im Hauptberuf tätige Selbständige 47 208 Gehilfen und Lehrlinge beschäftigen. Ueber das Verhältnis zwischen Lehrlingen und Gehilfen kann man sich nur ein ungefähres Bild machen, wenn man die vom Bunde der Innungen alljährlich veröffentlichten Zahlenangaben zusammenstellt. Es geht daraus hervor, daß die Zahl der auf 100 Selbständige entfallenden Gehilfen sich ständig mindert, während die Zahl der auf 100 Gehilfen entfallenden Lehrlinge fortgesetzt steigt. Von 1899 bis 1904 kamen auf 100 Selbständige noch durchschnittlich 64 Gehilfen, von 1904 bis 1909 jedoch nur noch 57. In den ersten fünf Jahren kamen auf je 100 Gehilfen 78, in den letzten fünf Jahren aber 81 Lehrlinge. In Wirklichkeit ist jedoch das Verhältnis noch viel ungünstiger.

Die wirtschaftliche Krise hat auch im Friseurberuf ihre Wirkungen geltend gemacht. Für die Gehilfenschaft scheint ein zwingender Anlaß zu Lohnbewegungen nur dann zu bestehen, wenn durch eine Preiserhöhung ein Tringeldberausfall droht. In der Zeit der wirtschaftlichen Depression gab es keine Preiserhöhungen, folglich auch nahezu keine Lohnbewegungen. Während 1907 noch an 20 Verbandsorten Lohnbewegungen stattfanden, waren es 1908 nur noch 5, im letzten Jahre 7.

Die Zahl der Mitgliedschaften betrug am Schlusse der Berichtsperiode 59, 12 mehr als bei deren Beginn. Neugegründet wurden 34, wiederbegründet 3 Jahrestellen, von den Neugegründungen sind 16 wieder eingegangen. In bezug auf die Stabilität der Mitgliedschaften hat der Verband einen schweren Stand. Die Jahrestellen werden begründet, lösen sich wieder auf, werden neugegründet usw. Immer wieder muß von vorn angefangen werden, weil die Organisation keinen festen Stützpunkt an den einzelnen Orten hat. Die Gehilfen kommen und gehen, und mit ihnen kommt selten, aber geht sehr häufig der Verband. Seit 1904 wird eine sogenannte Stammrolle für diejenigen Mitglieder geführt, die mindestens 52 Beiträge geleistet haben. Haben sie einmal diese 52 Beiträge geleistet und sind sie unterstützungsberberechtigt, so sind sie für den Verband so ziemlich gewonnen, wenigstens für die drei oder vier Jahre, die sie dann noch als Gehilfen tätig sind. Länger wahrhaft auch bei den Stammmitgliedern die durchschnittliche Mitgliederdauer nicht. Sie werden dann selbständig und sind für den Verband verloren.

Die Verbandsleitung führt fortlaufende statistische Erhebungen über die Arbeitslosigkeit. Das Ergebnis zeigt, daß durchschnittlich 13,2 Proz. der Mitglieder arbeitslos sind. Der Friseurberuf gehört zu denjenigen Berufen, die die höchsten Arbeitslosenziffern aufzuweisen haben.

#### Ein Erfolg des Friseurgehilfenverbandes.

Am Vorabend seines zehnten Verbandstages wurde dem Verband die offizielle Mitteilung, daß die beim Reichstage untern 15. Dezember 1909 aus 51 Orten eingereichte gleichlautende Resolution, betreffend die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

auf Antrag der Kommission in der Plenarsitzung des Reichstages dem Reichskanzler als Material überwiesen wurde.

Die Resolution wendet sich gegen den Verstoß des Innungsbundes, die gesetzgebenden Körperschaften zu veranlassen, daß erst nach länger als fünf Stunden dauernder Sonntagsbeschäftigung Ertragsruhezeit freigegeben werden dürfe, die jetzt schon nach drei Stunden Beschäftigung gewährt werden muß. Es wird vielmehr die Notwendigkeit betont, die Arbeitszeit der im Gewerbe Beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge gesetzlich zu regeln, und zwar wird verlangt, daß

1. der Beginn der Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens und ihre Beendigung nicht nach 8 Uhr abends, Sonnabends nicht nach 10 Uhr abends erfolgt, sowie daß eine mindestens einstündige Mittagspause festgelegt werde;
2. die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen im allgemeinen nach 12 Uhr mittags, gänzlich aber an allen auf Wochentage fallenden gesetzlichen Feiertagen, mit Ausnahme des ersten Weihnachtstages, verboten werde.

Die Kommission beschäftigte sich mit der Sache am 28. April; der Korreferent hatte beantragt, die Petition dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung, der Referent, sie ihm als Material zu überweisen. In den Erörterungen fand die Ansicht die stärkste Vertretung, daß die verlangte Festlegung der Arbeitszeit im Friseurgewerbe einerseits weitgehenden und mannigfaltigen Bedürfnissen des Publikums entschieden widerspreche, andererseits schließlich das Gewerbe und die in ihm Beschäftigten selbst nur wirtschaftlich schädigen würde. Diese Auffassung ist durch die Praxis widerlegt, da die Unternehmer selbst auf Grund § 41 b vielfach einen früheren Geschäftsschluß an Sonntagen wie den gänglichen Geschäftsschluß an Festtagen bereits eingeführt haben und trotz des Mangels einer gesetzlichen Handhabe auch an verschiedenen Orten den Schluß der Schutzhilfen würde sofort in einer großen Reihe von Städten eingeführt werden, sobald die Möglichkeit gegeben wäre, es auf gesetzlicher Grundlage zu tun. Die Zahl der Barbier- und Friseurgeschäfte hat sich binnen 12 Jahren beinahe verdoppelt, so daß den Bedürfnissen des Publikums auch bei der kürzeren Arbeitszeit vollauf genügt werden kann.

Die Malergehilfen in Scherz leben seit vier Wochen im Streik. Die Unternehmer sind dem Arbeitgeberverband nicht angeschlossen und weigern sich, den im Malergewerbe bestehenden Reichstarif anzuerkennen. Nachdem der erhoffte Zugang ausbleiben ist, hoffen sie jetzt um Pfingsten herum, wo die Arbeit meist allgemein etwas nachläßt, mehr Glück zu haben. Deshalb amonizieren sie in allen möglichen bürgerlichen Zeitungen nach Malergehilfen. Mögen dies die in Betracht kommenden Gehilfen beachten und Zugang streng fernhalten, zumal die Arbeitsverhältnisse die denkbar schlechtesten sind.

Die Bürstenmacher in Augsburg haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt, nachdem die Meister sich geweigert haben, mit der Gehilfenorganisation über den von diesen eingereichten Tarif zu verhandeln. Zugang von Bürstenmachern nach Augsburg und den Vororten ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

### Ausland.

Im Maurergewerbe zu Winterthur ist immer noch kein Ende abzusehen. In den letzten Wochen hat sich die Regierung des Kantons Zürich wieder einmal bemüht, eine Einigung anzubahnen. Es kamen aber nicht einmal Unterhandlungen zustande; die Baumeister fühlen sich stark genug, den Kampf weiterzuführen. Die Aussperrung in Deutschland hat ihnen ja einige „Arbeitswillige“ zugeführt, meistens solche Leute, die anderwärts durch tüchtige, organisierte Arbeitskräfte ersetzt worden sind. Trotzdem verfügen sie noch bei weitem nicht über die nötige Zahl von Arbeitern. Die Streikenden haben noch alle Aussicht auf einen Sieg. In naher Zeit ist freilich nicht mehr darauf zu rechnen. Es ist sogar möglich, daß der Kampf erst in der nächsten Baujahres entschieden wird. Die kampfes- und opferfreudige Schar, die dem Maurerstreik führt, besteht ausdauernd genug, um den Starrsinn und Probenübermut der Baumeister zu brechen. In letzter Zeit fanden häufige Zusammenkünfte mit „Arbeitswilligen“ statt. Die Erbitterung der Winterthurer Arbeiterchaft ist sehr groß. Am 9. d. Mis. wurde eine Baracke der Arbeitswilligen erstürmt und die „Arbeitswilligen“ wurden mitten in der Nacht in die Flucht geschlagen. Zugang von Bauarbeitern ist nach wie vor fernzuhalten. Doch die Solidarität!

### Streik der Chauffeure in Wien.

Unter den Chauffeuren der Wiener Autofahrerbetriebe war eine Lohnbewegung im Gange. Die Chauffeure stellten erhöhte Lohnforderungen und wollten im Falle der Nichterfüllung am Pfingstsonntag in den Ausfall treten. Der Streik der Taxameterchauffeure ist jedoch bereits beendet; den Chauffeuren wurde der größte Teil der Forderungen bewilligt.

### Rein Generalfreist in Rom.

Rom, 14. Mai 1910. (Fig. Ver.) In einer Generalversammlung von Vertretern sämtlicher Gewerkschaften und Genossenschaften Roms wurde am 14. d. mit 35 gegen 8 Stimmen der Vorschlag abgelehnt, aus Sympathie mit den seit 26 Tagen streikenden Maurern den Generalfreist zu proklamieren. Man beschloß dagegen, die Ausständigen durch Geldsammlungen wirksam zu unterstützen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eine freche Provokation.

London, 17. Mai. Wie eine Depesche meldet, ist die Abstimmung der Baumwollfabrikenbesitzer in Lancashire über eine 5prozentige Lohnreduktion heute beendet worden und hat die notwendige Mehrheit von 80 Proz. der Stimmen für die Herabsetzung ergeben.

Für die Arbeiterchaft von Lancashire dürfte es keinen anderen Ausweg geben, als diese freche Provokation der Unternehmer mit einem allgemeinen Ausfall zu beantworten.

### Zum Kanalbau Donau—Ägäisches Meer.

Belgrad, 17. Mai. (B. S.) Eine internationale Finanzgruppe wurde hier wegen einer Konzession vorstellig zum Bau eines Kanals, der die Donau, Morawa, Warbar mit dem Ägäischen Meer verbinden soll.

### Verhaftete Banknotenfälscher.

Sofia, 17. Mai. (B. S.) Hier und in ganz Bulgarien wurden zahlreiche Verhaftungen von Banknotenfälschern vorgenommen. Bisher konnten bereits bulgarische, rumänische und serbische Banknoten im Werte von 2 600 000 Frank beschlagnahmt werden.

### Großfeuer in Beirut.

Beirut (Syrien), 17. Mai. (B. T. V.) Eine Feuersbrunst hat mehrere Stadtviertel eingeschert; auch einige Bewohner haben dabei ihr Leben eingebüßt.

Jugendbewegung.

Einladung zur Internationalen Jugendkonferenz in Kopenhagen.

Das Internationale Bureau der sozialistischen Jugendorganisationen hat beschlossen, im Anschluß an den Internationalen Sozialistenkongreß, der vom 28. August bis 8. September 1910 in Kopenhagen stattfinden wird, die

Zweite Konferenz der Internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen abzuhalten, und ladet hierzu alle Jugendorganisationen und Zentralstellen der Jugendbewegungen ein, die mit Parteien in Verbindung stehen, welche das Recht der Teilnahme an dem Internationalen Sozialistenkongreß besitzen.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

- 1. Bericht des Internationalen Sekretariats und der Länder.
2. Die Bildungsarbeit der Jugendbewegungen.
3. Der Jugenddịch.
4. Der Militarismus.
5. Die Stellung der Jugendbewegung zu Partei und Gewerkschaft.
6. Die Internationale Organisation und Reorganisation.
7. Eventuelles.

Länder, die höchstens 1000 Mitglieder zählen, haben auf der Konferenz eine Stimme; solche bis 5000 Mitglieder haben zwei und solche mit mehr als 5000 Mitgliedern drei Stimmen. In Streitfragen bezüglich der Zulassung von Delegierten entscheidet endgültig die Konferenz selbst, deren Bureau die ordnungsmäßig ausgefüllten Mandate zu übergeben sind.

Die Organisationen werden ersucht, die Delegierten bis spätestens 15. Juni dem Sekretär Genossen Robert Danneberg, Wien, I. Wollzeile 19, bekanntzugeben.

Die Resolutionen werden Ende Juli veröffentlicht werden. Vorschläge zur Abänderung der Tagesordnung sind bis 15. Juni anzumelden.

Wir erwarten, daß aus allen Ländern, in denen eine sozialistische Jugendbewegung existiert, Delegierte erscheinen werden. Mit sozialistischem Gruß

Das Internationale Bureau der sozialistischen Jugendorganisationen.

Soziales.

Unfallrente muß gezahlt werden.

Das Reichsgericht bestätigt ein Urteil des Oberlandesgerichts Darmstadt, das sich für Zubilligung einer Unfallrente auch in dem Falle erklärt, wo der Berufungslade den früheren Lohn fortbezieht und diese Weiterzahlung aus Lokalität geschieht.

Es handelt sich hauptsächlich um Ansprüche eines Arbeiters R. in Mainz-Rombach gegen die Stadt Mainz. Der R. hat am 21. Juli 1906 im Betriebe der der Stadt gehörigen elektrischen Straßenbahn zu Rombach einen Unfall erlitten. Der von ihm erhobene Schadenerschanspruch ist zur Hälfte dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt worden. Dieses Urteil wurde rechtskräftig. In dem Verfahren über den Betrag hat das Oberlandesgericht Darmstadt die Beflagte verurteilt, dem Kläger täglich 1 M. bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres zu zahlen, und von da bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres täglich 1,20 M., dann bis zum 70. Lebensjahre wieder 1 M. täglich.

Das Urteil des Oberlandesgerichts hat die beklagte Stadtgemeinde im Wege der Revision besonders mit dem Hinweis angefochten, daß der Berufungsrichter die Tatsache nicht berücksichtigt habe, daß der Kläger nach Wiederaufnahme der Arbeit denselben Lohn weiter beziehe.

Das Reichsgericht erkannte auf Zurückweisung der Revision, indem es erklärt: Der Berufungsrichter hat die Tatsache, daß der Kläger jetzt denselben Lohn wie vor dem Unfall bezieht, nicht übersehen, sondern ausdrücklich in den Gründen seiner Entscheidung erwähnt. Auf Grund des Zeugnisses des Werkmeisters T., der bezeugt hat, daß der Kläger nur noch als Kolonnenarbeiter und zu ganz leichten Arbeiten brauchbar sei, daß er von einem anderen Werke gar nicht mehr als Arbeiter eingestellt werden würde, und daß der Wert seiner jetzigen Arbeitsleistung nur etwa täglich 2,80 M. betrage, während der Ueberbetrag des ihm gewährten Lohnes ein Schadenerschanspruch sei, und auf Grund des Gutachtens des Sachverständigen Dr. C., der den Kläger als zu 50 Proz. durch den Unfall in der Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt erachtet, ist es aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß dem Kläger ein

Schaden in Höhe ungefähr der Hälfte seines ohne den Unfall anzunehmenden Arbeitsverdienstes in der Tat erwachsen sei, dem nach Maßgabe des rechtskräftigen Urteils über den Grund des Schadens, daß ihm die Hälfte des entfallenden Schadens zugesprochen habe, die Zuerkennung einer Rente in Höhe von einem Viertel des vollen Arbeitsverdienstes entspreche. Das Berufungsgericht geht also davon aus, daß trotz der augenblicklichen günstigen Stellung des Klägers auf die Dauer die zukünftige Gestaltung seines Erwerbes dennoch um die angenommene Quote herabgemindert ist, und daß er das gegenwärtige Mehr nicht als Entgelt seiner Arbeit, sondern als Uebergehalt aus Wohlwollen der Fabrikarbeiter beziehe. So verstößt die Entscheidung des Berufungsgerichts weder gegen den materiellen Rechtsgrundsatz, daß der Schadenerschanspruch sich notwendigerweise in den Grenzen des wirklichen Schadens halten müsse („Juristische Wochenschrift“ 1908, Seite 451 Nr. 17), noch gegen prozessuale Rechtsnormen, von denen aber überhaupt nicht § 288, sondern § 287 der Zivilprozessordnung in Frage kommt, der den Richter freier stellt und die Schätzung der Höhe eines Schadens seinem Ermessen überläßt. (All.-Z. VI. 183/00.)

Eine Verlängerung des Universitätsstudiums für Juristen bis zu 8 1/2 Jahren und Einführung einer Zwischenprüfung, forderte der 2. Preussische Richtertag, der während der Pfingsttage in Berlin tagte.

Aus Industrie und Handel.

Steigerung der Grundrente.

Seit Inkrafttreten der neuen Handelsverträge sind die Preise für landwirtschaftliche Betriebe stark gestiegen. Der „Schuh der Landwirtschaft“ verwandelt sich in eine Erhöhung der Grundrente. Nach Angaben der „Voss. Ztg.“ machen wir über die Preissteigerung bei den in der jüngsten Zeit vollzogenen Verläufen verschiedener ostdeutscher Güter folgende Aufstellung:

Table with 6 columns: Gut, Kreis, Erwerbszeit, Erwerbspreis M., Verkaufspreis M. Rows include Bittergut Stalnik, Scharwonen, Bittergut Josephowo, Rodniz, Bittergut Szonowol, Bonno, Bielowies.

Bei dem Bittergut Josephowo ist die Erwerbszeit nicht angegeben; angeblich soll der Preis des Gutes im vergangenen Jahre auf 140 000 M. geschätzt worden sein. Jedenfalls handelt es sich hier durchweg um ganz enorme Gewinne, die von den nolleidenden Verkäufern erzielt worden sind. Die neuen Besitzer werden wohl — mit oder ohne doppelte Vorkaufsumme — alsbald in der Lage sein, nachzuweisen, daß sich ihr Anlagekapital aus dem landwirtschaftlichen Betriebe schlecht verzins. Das Argument für neue Liebesgaben ist damit gegeben. Angeblich um die Landwirtschaft zu schätzen, werden dem arbeitenden Volke immer mehr Lasten auferlegt. Sie dienen aber nicht dem Schutze der Landwirtschaft, sondern der Erhöhung der Grundrente. Und für diese Art Schutzpolitik tritt nicht nur das offizielle Zentrum ein, auch christliche Gewerkschaftsführer ziehen da mit den Lebensmittelparteikern an einem Strang. Sogar aus der Religion leiten sie für die Arbeiter die Pflicht her, sich zum „Schutze der Landwirtschaft“ auszuwählen zu lassen. Um die „gottgegebene Abhängigkeit“ der Arbeiter vor der Auswüchserpolitik nicht abschwächen zu lassen, verbündete sich die „Volkspartei“ Zentrum sogar mit der Agrarierliste, damit dieser bei der Finanzreform keine Lasten auferlegt werden konnten und die politische Herrschaft der Junker in Preußen nicht geschwächt werde.

Keine Ermäßigung der Produktionsbeschränkung. Die aus Offen gemeldet wird, beabsichtigt das Rh.-Westf. Kohlen Syndikat die bisherige Einschränkung von 15 Proz. für Kohle, 27 1/2 Proz. für Koks, 17 1/2 Proz. für Bricketts für den Monat Juni beizubehalten.

Kurssteigerung für Terrainspekulationen. Die Grundstückspekulationen haben ein erschreckliches Ramentos über die räumliche Wirkung der

Wertzuwachssteuer angestimmt. Die Spekulantentrust muß aber wohl zwei Seelen beherrbergen, denn während die Herren lamentieren, lassen sie die Kurse ihrer Papiere in die Höhe schnellen. Demnach stehen doch gute Geschäfte für sie in Aussicht. Die Aktial zu 240 Proz. eingeführten Aktien der Julius Berger Tiefbau-Akt.-Ges. haben in der vorigen Woche eine Steigerung von 13 Proz. erfahren. Die Aktien der Schöneberg-Friedenauer Terraingesellschaft zogen 11 Proz. an. Kursbesserungen von 8-4 1/2 Proz. stehen nicht vereinzelt da, und etwa ein Duzend Werte erzielte Avancen von 1 bis 2 Proz.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß die Terrainspekulationen trotz drohender Wertzuwachssteuer auf steigende Gewinne rechnen.

Eine Kotschrei der reinen Eisenwerke. Eine Reihe von Vereinigungen der weiterverarbeitenden Eisenindustrie hat an den Deutschen Stahlwerksverband und die ihm angeschlossenen Werke die Eingabe auf Erhöhung der Exportomissionen gerichtet, mit der Begründung, daß es angeht die stark gesunkenen Exportpreise infolge der Abschwächung der ausländischen Märkte nicht möglich sei, am Auslandsmarkt zu konkurrieren. Das gleiche Ersuchen richteten die Drahtwerke an den Stahlwerksverband, und auch an das Kohlen Syndikat ist eine entsprechende Eingabe beabsichtigt.

Fellen- und Gullkanne-Lesmesmerwerke Aktien-Gesellschaft zu Wülheim a. Rh. Der Rohüberschuß der Gesellschaft ernährte sich im Jahre 1909 von 14 618 886 auf 18 893 107 M. Der Reingewinn des Jahres 1909 hat sich von 5 127 519 auf 8 624 085 M. ernährte. Aus dem Ueberschuß sollen 6 Prozent Dividende gegen 8 Prozent im Vorjahre zur Ausschüttung gebracht werden.

Konzentration in der Industrie. Die Venrather Maschinenfabrik A.-G. in Venrath a. Rhein, die Märkische Maschinenfabrik Studenholz A.-G. in Wetter an der Ruhr und die Duisburger Maschinenbau-A.-G. vormalig Beckem u. S. Reetmann, in Duisburg, drei Kranfabriken, die bereits durch eine Interessengemeinschaft verbunden waren, wollen sich demnächst zu einer Gesellschaft mit 10 1/2 Millionen Mark Aktienkapital zusammenschließen. Dieser Zusammenschluß bedeutet eine Vergrößerung des Machtbereiches der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-A.-G., die mit der Stettiner Schamottefabrik über die Mehrheit der Aktien der Venrather Maschinenfabrik verfügt. — Die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft beruft eine Generalversammlung, die über die Interessengemeinschaft mit der Düsseldorf-Röhrenindustrie A.-G. beschließen soll.

Hohe Dividenden. Die Rheinisch-Westfälische Landgesellschaft A.-G. in Essen a. Ruhr wird pro 1909 15 1/2 Proz. Dividende verteilen bei 1/4 Millionen Mark Aktienkapital. — 18 1/2 Proz. Dividende verteilt die „Agrippina“, See-, Fluß- und Landtransport-Versicherungsgesellschaft in Köln (3 Millionen Mark Aktienkapital). Ebenfalls 18 1/2 Proz. bringt der „Röhrer Lloyd“, Allgemeine Versicherungsges.-Akt.-Ges. in Köln (1 1/2 Millionen Mark Aktienkapital) zur Verteilung. — Die Akumulatorenfabrik Akt.-Ges. in Berlin-Hagen erbringt ihren Aktionären 12 1/2 Proz., die Chemischen Fabriken vorm. Weiler-ter-Reer in Uerdingen am Niederrhein (5 Millionen Mark Aktienkapital) erbringen 12 Proz. Dividende. — Der Aufsichtsrat der 115er der Gatte bringt wieder die Verteilung einer Dividende von 33 1/2 Proz. in Vorschlag.

Gerichts-Zeitung.

Ein recht gefährlicher Jugendverderber

muhte sich in der Person des Barbiers Emil R. u. d. unter der Auflage des wiederholten Verbrechens gegen die Sittlichkeit vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Der Angeklagte war als Gehilfe beschäftigt. Wenn in dem Geschäfte, wo er tätig war, Schulfrauen erschienen, um sich das Haar schneiden zu lassen, mit dem Friseurmantel umgeben fast wehlos auf dem Stuhl saßen, verging sich der Angeklagte an ihnen in der schändlichsten Weise. Dieses gemeingefährliche Treiben konnte der Angeklagte längere Zeit fortsetzen, da die geschändeten Kinder aus Scham nicht wagten, ihren Eltern von dem Vorgefallenen Mitteilung zu machen. Erst durch einen Zufall kamen diese Schmutzereien an das Tageslicht. Der Staatsanwalt beantragte gegen R. ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis. — Mit einer ähnlichen Sache hatte sich auch eine andere Strafkammer zu beschäftigen. Wegen

Kleines feuilleton.

Der Tag des Kometen. In der Nacht vom 18. zum 19. Mai zwischen 3 Uhr 22 und 4 Uhr 22 früh wird unser Erdball seine lang erwartete Fahrt durch den Schweif des Kometen Halleys vollführen.

Seit der Halleys am 19. April sein Perihel (größte Sonnennähe) passiert hat, ist er in großen Bogen westlich von der Sonne herumgegangen und dabei der Erde entgegengelauten, die sich rechtsäufig, in umgekehrter Richtung wie der Komet, um die Sonne bewegt. Während der letzten vier Wochen befand sich der Komet, von der Erde aus gesehen, noch westlich, rechts von der Sonne; er ging vor dem Tagesgestirn auf und war am Morgenhimmel für kurze Zeit im Dämmerungsbogen sichtbar. Bekanntlich war seine Beobachtung während der letzten Wochen infolge der meist trüben Witterung ziemlich erschwert; immerhin gelang es, den Weltenbummler vor das Objektiv zu bekommen. Seit dem Beginn dieser Woche nähert sich der Komet dem Sonnenball anscheinend wieder sehr schnell; doch diese scheinbare Annäherung an das Zentralgestirn hängt mit der Drehung der Erde zusammen. Komet und Erde laufen eben in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag aneinander vorüber, was zur Folge hat, daß Sonne, Komet und Erde beinahe eine gerade Linie bilden. Die Entfernung vom Kopf des Halleys bis zu uns reduziert sich während dieser größten Annäherung bis auf 23,02 Millionen Kilometer, und so groß muß also der Kometenschweif sein, wenn die Erde ihn in der frühe des 19. Mai passieren soll. Nun wurde von der Sternwarte in Wamberg festgestellt, daß der Schweif eine Länge von 43 Millionen, nach neueren Messungen sogar von 63 Millionen Kilometer hat. Trifft diese Berechnung zu, so werden wir den Schweif nicht weit von seiner Mitte kreuzen und sein äußerer Teil würde noch 20 Millionen Kilometer über die Erde hinaus in den Weltraum ragen. Nun ist es auch noch nicht unumstößlich sicher, ob die für den Durchgang berechnete Zeit genau zutrifft. Bei dieser Berechnung ist man von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Schweif gradlinig von der Sonne abgewandt ist. Es wäre aber auch möglich, daß der Schweif nach rechts oder links, nach oben oder unten, wohlgemerkt, vom Erdstandpunkte aus, gebogen ist. Trifft das zu, so würden sich die Zeiten des Durchganges der Erde durch den Schweif verschieben, oder die Erde würde am Schweif nur vorübergehen. Andere Beobachtungen von Astronomen haben ergeben, daß der Schweif in der Breite rund eine Million Kilometer nicht, d. h. daß er an der Durchgangsstelle der Erde einen Durchmesser von der genannten Größe hat. Die Richtigkeit dieser Messung vorausgesetzt, würde die Erde beinahe die doppelte Zeit innerhalb der Schweifmaterie verweilen, als wie man nach der, unserer Zeitangabe zu Grunde gelegten, anscheinend genaueren und sichereren Berechnung annimmt. Unvergleichbar feste Fasern und Feinstimmungen lassen sich also für das kosmische Phänomen noch nicht angeben. Was werden wir Erdenbewohner nun von dem Phänomen mit unseren Augen wahrnehmen? Die Antwort auf diese Frage lautet

nicht gerade vielversprechend. Wir dürfen nicht glauben, daß wir etwa den Schweif vor dem Durchgang in seiner ganzen Länge und Breite am Himmel sehen werden. Der Schweif ist in dieser Nacht überhaupt nicht zu sehen; unsere Sehlinie fällt mit der Achse des Schweifes zusammen. Wir werden aber auch den Kometenkern nicht sehen; denn das grelle Sonnenlicht wird ihn aller Wahrnehmbarkeit nach völlig unsichtbar machen. Bei und im Abendlande erfolgt der Durchgang der Erde durch den Schweif, also auch der Vorbeigang des Kometenkerns vor der Sonne, schon zu einer Zeit, wo die Sonne noch unterhalb des Horizontes weilt. Nur auf der südlichen Halbkugel werden die Astronomen Gelegenheit haben, den Vorbeigang des Kometenkerns vor der Sonne zu verfolgen. Alle europäischen Sternwarten halten sich für die Kometennacht gerüstet, um atmosphärische, elektromagnetische und Meteorbeobachtungen anzustellen. Denn es ist zwar nicht sehr wahrscheinlich, aber doch immerhin möglich, daß der über die Erde hinausragende Teil des Kometenschweifes an dem der Sonne entgegengesetzten Ende des nächsten Firmaments in Gestalt eines schwachen Lichtschimmers wahrnehmbar wird; daß die Kathodenstrahlen, die von der Sonne ausgehen, den kosmischen Staub des Schweifes zum Leuchten bringen, mit unseren feinsten Meßinstrumenten nachgewiesen werden können, daß schließlich Sternschuppen auftreten, die vielleicht zu Lichtschwäch sind, um sich dem bloßen Auge zu präsentieren, deren teleskopischer Nachweis aber wissenschaftlich immerhin sehr wertvoll wäre.

Die Berliner königliche Sternwarte beobachtete den Halleyschen Kometen in der Nacht vom Sonntag zu Montag zwischen 8 und 4 Uhr etwa 10 Minuten lang als matten Punkt. — Die nach Teneriffa entsandte Expedition des Potsdamer Observatoriums hat den Kometen öfters beobachtet, er erschien ihr indes nicht als ein besonders glänzendes Phänomen.

Da der Durchgang der Erde durch den Kometenschweif so wenig sichtbar wird, werden alle, denen ihr Schlaf lieb und notwendig ist, gut tun, die Nacht zum Donnerstag im Bett zuzubringen. Vom 21. bis 26. Mai wird der Komet bequemer und sicherer am Abend nach Sonnenuntergang sichtbar sein.

Die internationale Kommission für wissenschaftliche Luftschiffahrt läßt am 18., 19. und 20. Mai eine Reihe von Registrierballons aufsteigen, um durch selbstregistrierende Instrumente Luftdruck und Temperatur messen zu lassen, für den Fall, daß durch den Kometenschweif hierauf überhaupt Einfluß geübt wird. Einige Observatorien werden sich auch Luftproben aus großer Höhe beschaffen mittels einer luftleeren Röhre, die sich in beliebiger Höhe automatisch öffnet und dann wieder schließt. Die Wissenschaft ist also gerüstet, die nähere Bekanntschaft des himmlischen Besuchers auf jede Weise zu bewirken.

Theater.

Hebbeltheater: „Der neue Paris“, Komödie von Alfons Cohn. Dieses Erstlingsdrama eines jungen Autors regte in den einleitenden Situationen zu starken Erwartungen an. Die Unwahrscheinlichkeiten, die da unterliefen, waren mehr außer-

licher Art, ließen sich wohl auch als bloße Abfärbungen auffassen, und dahinter öffnete sich der Ausblick auf einen bedeutsamen Konflikt. Archibald, der die englischen Kruppen zum Kriege führen soll — die Handlung spielt im London des achtzehnten Jahrhunderts —, sucht am Tage vor der Abfahrt seinen langjährigen Freund, der sich plötzlich von ihm und seiner Frau zurückgezogen hat, auf und zwingt dem Widerstrebenden eine offene Erklärung ab. Er weiß, daß der enthusiastische Jüngling, in dem die Freundschaft zu Charlotte leidenschaftlich begehrende Liebe wurde, vor der Verlobung flieht. Er dankt dem Freunde für seinen guten Willen und bringt trotzdem in ihn, den letzten Abend mit ihm und Charlotte in alter Weise zu verleben. Archibald liebt sein Weib von Herzen, ganz so, wie sie selbst an ihm hängt. Was ihn zu diesem seltsamen Begehren treibt, scheint eine tiefe, abgeklärte Reinheit des Gefühls, eine großartige Uneigennützigkeit. Er spricht davon, daß er vielleicht nicht lebend aus dem Feldzug wiederkehren wird, und wie die Sorge, was dann aus Charlotte werden soll, schwer auf ihm lastet. In dem Gedanken, daß nach ihm der Freund ihr am nächsten stehe, daß nur eine Verbindung mit diesem die Vereinfachte aufrechterhalten könne, scheint er, erhoben über jede eifersüchtige Regung, die Fäden zwischen beiden von neuem knüpfen zu wollen. Denkt man den Mann als einen, dem aus irgendwelchen Gründen sein Kopf gehob ist, so wäre ein solches Verhalten psychologisch doch durchaus verständlich; nur freilich bedürfte es zur Darstellung intimer dichterischer Charakterisierungskunst. — Indes, die Züge, die auf ein Seelengemälde deuteten, erwiesen sich im weiteren Verlaufe als bloße Einzelfüge eines erdachten, von jedem realen Untergrunde losgelösten Intrigenspiels. Archibald hat nämlich die Zusammenkunft, bei der er die beiden allein läßt, nur in der weisen Voraussicht arrangiert, daß ihn sein Freund bei seiner Frau auf einige Momente, er ihn dann aber mit um so größerem Applomb und endgültig austreten werde! Eine rabulistische Wendung, bei der die drei Personen an Ungereimtheit ihres Handelns sich wechselseitig übertrumpfen. Als Motivierung figurieren Sinnreden-Reflexionen. Von irgendwelcher Art Komödienkomik ist dabei nichts zu spüren, es sei denn, daß der dupierte junge Mann bei der Gelegenheit nicht nur Charlotte, sondern auch ein leichtes Fräulein, mit dem er sich gefühlvoll über seine große Liebe trösten wollte, einbüßt. Die Aufführung bot manches Gute. Vorzüglich war Kahlert, der dem Archibald, unbelümmert um die unzulässigen Widersprüche der Rolle, einen Schimmer echter Männlichkeit und überlegener Güte lieh. dt.

Notizen.

Björnsöns Drama „Der König“, das längst ins Deutsche überfetzt, aber wegen seines politischen Gehalts auf allen deutschen Bühnen außer in Bremen verboten ist, soll Ende August im Bremer Schauspielhaus, einem neugegründeten Theater, seine erste Aufführung erleben.

Der Schachwettkampf Rieses-Spielmann in Regensburg endigte mit dem vollständigen Siege Spielmanns, der von 8 Partien 6 gewann.

Verbrechens gegen den § 176.3 des Strafgesetzbuchs war der Gelegenheitsarbeiter Julius Müller angeklagt. Der Angeklagte, welcher sich arbeitslos herumtrieb, wurde eines Tages auf einem sogenannten Nimmelpfad im Norden Berlins beobachtet, wie er mit der elfjährigen Schülerin W. hinter einem Wohnungswagen verschwand, das Kind hier zur Erde warf, ihm den Mund zugehielt und sich eines unästhetischen Attentats schuldig machte. Der Angeklagte wurde auf frischer Tat abgefaßt und, nachdem er windelweich geprügelt war, der Polizei übergeben. — Mit Rücksicht darauf, daß die Tat des Angeklagten an einen Notzuchtversuch grenzte, erkannte das Gericht auf 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus.

## Aus der Frauenbewegung.

Der Ausgucktag der Dienstmädchen eine politische Frage.

Eine Frau Topfstedt in Braunschweig hatte als Vorsitzende des Verbandes der Hausangestellten eine Versammlung weiblicher Dienstmädchen ein Recht auf Ausgucktage? Die Versammlung war, da die Einkerkerung sie nicht als eine politische ansah, weder bei der Polizei angemeldet, noch öffentlich in den Zeitungen bekanntgemacht worden. Trotzdem entfiel die Polizeidirektion zwei Beamte zur Überwachung der Versammlung. Als Frau Topfstedt diesen Beamten erklärte, daß ihre Anwesenheit nicht gewünscht sei, lösten die Beamten die Versammlung auf, noch ehe sie überhaupt eröffnet war. Frau Topfstedt aber erhielt einen Strafbescheid wegen Veranstellung einer politischen Versammlung ohne vorherige Anmeldung oder Bekanntmachung. Das Schöffengericht, an dessen Entscheidung Frau Topfstedt appellierte, erkannte auf Freisprechung mit der Begründung, daß der politische Charakter der Versammlung nicht festgestellt werden könne.

Die Erste Strafkammer dagegen, als Berufungsinstanz, verurteilte Frau Topfstedt zu 30 M. Geldstrafe. Der politische Charakter der Versammlung wurde hergeleitet aus dem Inhalt des als Einladung verbreiteten Flugblattes, aus dem nach Ansicht der Strafkammer hervorgehe, daß eine gegenseitige Vergebung von Dienstboten und Herrschaften beabsichtigt war, und daß die Versammlung als Agitationsmittel für die Sozialdemokratie dienen sollte.

Frau Topfstedt legte Revision ein und erzielte damit den Erfolg, daß das Oberlandesgericht das Urteil der Strafkammer und die ihm zugrunde liegenden Feststellungen aufhob und die Sache an die Erste Strafkammer zurückerwies. Das Oberlandesgericht war der Ansicht, die Feststellung der Strafkammer, daß es sich um eine politische Versammlung handele, werde durch die Begründung des Urteils nicht getragen. Die Feststellung, daß in der Versammlung die eine Bevölkerungsklasse gegen die andere habe aufgebracht werden und daß die Versammlung zum Werben für die Sozialdemokratie habe dienen sollen, genüge nicht ohne weiteres, um den politischen Charakter der Versammlung darzutun. Da indes die Möglichkeit gegeben sei, daß dies durch eine andere, bessere Begründung des Urteils geschehen könnte, so habe nicht auf Freisprechung erkannt werden können, vielmehr die Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz erfolgen müssen.

### Die hoffnungsschwächeren liberalen Frauen.

„Wie nur den Köpfen nicht alle Hoffnung schwindet“, könnte man nach „Haus“ mit einer kleinen Variation von den bürgerlichen Frauen sagen, bei den vergeblichen fruchtlosesten Anstrengungen, ihre männlichen Klassenossen zu der Einsicht zu bringen, daß die Gleichberechtigung der Frau eine notwendige und unumgängliche Forderung der Zeit sei. Alle Vorstellungen, alle Bitten und Klagen der Frauenrechtlerinnen verhallen am Ohr der deutschen Männer und selbst die „liberalen Parteien“ sehen dieser Forderung offenen und verstehten Widerstand entgegen. Selbst die fürchterliche Drohung aus dem Munde der Militärärzlerin „zu Wasser und zu Lande“, Lidschneise, eventuell ins Lager der Sozialdemokratie überzugehen, hat es nicht vermocht, die liberalen Männerseelen umzustimmen. Weiter als bis zu platonischen Liebeserklärungen haben diese sich, abgesehen von dem Häufigsein aufrechter Demokraten, nicht bereisfinden lassen.

Auch ist für absehbare Zeit in dieser Hinsicht kein Umschlag zu erwarten. Mit schlagender Deutlichkeit hat sich das bei der am 6. März dieses Jahres erfolgten Einigung des Links-Liberalismus gezeigt.

Am Tage vor dem Einigungstage wurden die letzten Parteitage der Freisinnigen Vereinigung und der Freisinnigen Volkspartei abgehalten.

Auf beiden Tagungen hatten die liberalen Frauen in Form von Anträgen ihre Forderungen unterbreitet. Nach einem langen Hin und Her konnten sie zwei Resolutionen als Siegesbeute mit nach Hause nehmen, die auf den Ton gestimmt waren: wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß! In einem Aufruf: „An die liberalen Frauen!“, den der Ausschuss der liberalen Frauen versandte, wird denn auch resigniert zugelassen: „Die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung als Staatsbürger ist den Frauen im Programm der neuen Partei versagt.“ Und trotz allem: die Frauen — hoffen weiter! Hoffen und harren, macht manchen zum Narren!

### Die römischen Tabakarbeiterinnen im Streik.

Das Personal der staatlichen Tabakfabrik ist am 14. d. M. in den Ausstand getreten, um den Siebenstundentag und eine Erhöhung der Affordlöehne um ein Siebentel zu erlangen. Es streikten rund 500 Arbeiterinnen und das spärliche männliche Hilfspersonal. In den Tabakfabriken des italienischen Staates ist der Achtstundentag eingeführt. In Rom wurden aber in der letzten Zeit andauernd Ueberstunden verlangt, die allerdings extra und mit Lohnzuschlag bezahlt wurden. Der Tagelohn bei achtstündiger Arbeit beträgt heute 3 Lire für die im Stühlen Beschäftigten und 3,15 bis 3,30 Lire für die, die im Stehen arbeiten. Die Gehälter haben einen Tagelohn von 6 Lire; das Maschinenpersonal verdient 6,10 bis 6,40 Lire. Die Direktion hat die römische Manufaktur schließen lassen mit der Begründung, daß die Bewilligung der Forderungen an 500 Arbeiterinnen eine Mehrausgabe von 70 000 bis 80 000 Lire im Jahre beanspruche, was bei einem Gesamtpersonal von 18 000 Personen die Staatsfinanzen zu hoch in Anspruch nehmen würde.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Dr. Richterfeld. Freitag, den 20. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Wahrensdorf. Vortrag über: „Frauenleiden und überreicher Kindersegen“. Nur Frauen und Mädchen haben Zutritt.

## Vermischtes.

### Unwetter im Harz.

Aus Nordhausen meldet uns ein Privattelegramm: Heute Dienstag in der Mittagsstunde ging in der Südharzgegend ein ungeheures Gewitter mit wolkenbrüchlichem Regen nieder, das von schwerem Hagelschlag begleitet war. Die Wähe, die zur Folge haben und diese selbst bringen ungeheure Wassermassen aus dem Harz herab. Die Hagelkörner liegen einen halben bis dreiviertel Meter hoch an den Berglehnen und auf den Feldern. Die Wähe sind über die Ufer getreten und haben Kleider und Biesen unter Wasser gesetzt. Der Damm des Mühlgrabens oberhalb der Stadt ist durchbrochen, der Stadtgraben steht unter Wasser. Das Gewitter und der Hagelschlag dauerten von 1/2 bis 1 1/2 Uhr ununterbrochen. In Nordhausen stockte der Verkehr längere Zeit, da sämtliche Straßen längere Zeit 1/2 Meter hoch unter Wasser standen. Biesen, Kleider und Felder in der Südharzgegend und der Gegend der Goldenen Au-

ßen vollständig unter Wasser. Zwei auf einem Spaziergange befindliche Mädchen wurden von den Wassermassen mit fortgerissen. Eines derselben, Margarete Franke, fand hierbei ihren Tod. Sie wurde auf dem Wege zum Kurhaus von ihrem Bruder tot aufgefunden.

### Erdbeben in Columbia.

Von einem sehr heftigen Erdbeben ist in der Nacht zum Sonntag der südamerikanische Staat Columbia heimgesucht worden. Nach einer Meldung aus Bogota wiederholten sich Erdstöße von sekundenlanger Dauer in Intervallen von fünf bis zehn Minuten. Die einzelnen Erdstöße haben in ganz Columbia großen Schaden angerichtet. Genauere Einzelheiten liegen noch nicht vor; es wird jedoch beklagt, daß zahlreiche Menschenleben dem Erdbeben zum Opfer gefallen sind.

### Vom Pech verfolgt.

Der Pariser Aviatiker Henry Weis ist bei seinem Fliegen, das er während der Feiertage in München absolvierte, arg vom Pech verfolgt worden. Nachdem er bereits mehrere erfolgreiche Flüge unternommen hatte, versuchte er am Sonntag mit einem fremden Flugzeuge einen Probeflug. Nachdem er eine Höhe von 30 Meter erreicht hatte, stürzte er mit seinem Apparate ab. Bei dem Absturz kam Weis unverletzt davon. Der Apparat wurde vollständig zerstört. Bald darauf versuchte der Aviatiker einen neuen Aufstieg mit einem anderen Apparat. Er geriet aber gegen eine Barriere, sodaß auch dieser Apparat in Trümmer ging. Am zweiten Feiertage versuchte Weis wieder mit einem Flugzeuge aufzustehen. Nachdem er eine kurze Strecke durchgeflogen hatte, versagte der Apparat plötzlich, sodaß Weis aus beträchtlicher Höhe abstürzte. Der Apparat wurde stark beschädigt, während Weis wiederum mit dem Schreck davonkam.

### Eisenbahnunfälle.

Der gesteigerte Verkehr während der Pfingsttage hat auf den Eisenbahnlagen zu einer Anzahl mehr oder weniger schwerer Unfälle geführt. So wurde am Dienstag bei der Begegnung zweier Züge zwischen Keumünster und Einfeld der Dachdeck der Stadt aus Kiel dadurch getötet, daß eine Schladenschaukel mit langer Stange gegen ein Fenster des Wagens schlug, in dem er sich befand. Bei dem Unglück wurde ein anderer Reisender schwer verletzt. — Am Abend des zweiten Feiertages versuchte eine Frau mit einem einjährigen Kinde auf der Station Heizen (Rheinland) einen in der Abfahrt begriffenen Zug zu besteigen. Die Frau geriet dabei unter den Wagen und wurde getötet, das Kind schwer verletzt. — In Adorf im Vogtland fuhr am Montag ein Schnellzug infolge falscher Weichenstellung auf eine Wagengruppe auf, dabei wurde ein Weichensteller leicht verletzt. Keum Wagen wurden durch den Zusammenstoß zertrümmert. — Zwischen Eilsleben und Wipfle (Bezirk Magdeburg) entgleiste am Montag ein Güterzug mit 25 Wagen durch Unterpfähligung der Gleise infolge des niedergegangenen wolkenbruchartigen Regens. Personen wurden bei der Entgleisung nicht verletzt. — Ein schwerer Unfall passierte am Sonntag auf der Station Stefanau in Wöhlm. Dort stießen zwei Lokomotiven zusammen. Die beiden Lokomotivführer und ein Stationsarbeiter wurden schwer, die beiden Geiger und ein Bahnbeamter leicht verletzt. Einer der Schwerverletzten ist heute seinen Verletzungen erlegen.

### Handel mit Menschenfleisch.

Die wohlthätige bürgerliche Presse entwirft sich zwar sehr über die nach ihrer Ansicht zunehmende Unmenschlichkeit, entblödet sich aber andererseits nicht, Inzerate aufzunehmen, die geeignet sind, der Rumpelrei Vorschub zu leisten. Auch das im national-liberalen Sinne gehaltene „Neue Tagblatt“ in Stuttgart macht keine Ausnahme von dem Grundsatz, daß Geld nicht stinkt. Im Inzeratenteil konnten die Leser vor einigen Tagen folgende Blätter lesen:

Vornehmes Mädchenlogierhaus mit acht kompletten Mädchenzimmern, hochmodernem Salon, großem Bier- und Weinumzug, höchstem Reinheitsgrad, sogleich für den billigen Preis zu 15 000 M. bar zu verkaufen.

Das vornehme Mädchenlogierhaus ist ein Atonaer Vorbild. Das macht aber für das Blatt nichts aus, denn nach der bürgerlichen Moral ist es höchst gleichgültig, ob jemand mit Manufakturwaren oder Menschenfleisch handelt.

### Kleine Notizen.

Anscheinend von Wilderern erschossen wurde in der Nähe des Dorfes Buchberg im Spreewald der Förster Kurzweg aus Cammin. Mit einer Schußwunde im Unterleibe fand man den Förster, der ausgegangen war, Wilderern das Handwerk zu legen, betuschelt im Walde vor. Der Förster starb bald darauf, ohne noch einmal das Bewußtsein erlangt zu haben.

Nord einer Prostituierten. In Straßund wurde eine blühende Prostituierte in ihrer Wohnung mit durchschnittenen Kehle aufgefunden. Als Täterin wurde die Wirtin der Ermordeten verhaftet.

Bei einer Spaziersahrt auf dem Frischen Haff kenterte am Sonntag ein Segelboot, wobei die Frau des Kaufmanns Bloch aus Königsdorf ertrank. Bloch selbst wurde von herbeieilenden Fischern gerettet.

Paris in einer Menagerie. Während einer Vorstellung in einer Menagerie in Paris wurde ein Tierbändiger von einem wilden Tiger überfallen und äbel zugerichtet, vier andere Tierbändige und Wärter mußten in den Käfig eindringen, um die Bestie von ihrem Opfer abzubringen. Der Tierbändiger Joce, welcher schwere Verletzungen erlitt, wurde blutüberströmt aus dem Käfig herausgebracht. Die Zuschauer flüchteten, von einer Panik ergriffen, aus der Menagerie.

Explosion einer Bombe. Im Krankenhaus zu Bizotte (Frankreich) wurde der Wärter Martin bei dem in seinem Schlafzimmern unternommenen Versuch, eine Bombe mit einem angeblich von ihm erfundenen Sprengstoff zu laden, durch die Explosion des Geschosses getötet. Ein anderer Wärter namens Bouette, der ihm bei dem Experiment half, wurde lebensgefährlich verletzt. Beide Wärter sollen der anarchischen Partei angehört haben.

Abgestürzt ist am Sonntag bei der Besteigung des Oberalpstockes in der Schweiz der Kaufmann Heidecke aus Schönenbed an der Elbe. Die Leiche des Verunglückten wurde geborgen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die irrthümliche Ehrenrunde Adelt Lindenstraße Nr. 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends hat. Jeder Auftrag ist ein Buchstab und eine Post als Werbeschein beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

133 Warschauer Straße. 1. Wir können die Kaffe nicht empfehlen. 2. Sie können unter Einbildung der im Status festgelegten Kündigungskasse kündigen. — Pfingsten. 1. Die Weiterversicherung ist zulässig, weil der Beginn der Versicherung infolge einer versicherungspflichtigen Beschäftigung erfolgt ist. Das 40. Lebensjahr ist die Grenze für freiwillig in die Versicherung eintretende Personen. Der Anspruch auf Invalidenrente tritt ein bei 200 Beitragswochen, wenn mindestens 100 Beiträge aus Grund der Versicherungspflicht geleistet sind, sonst bei 500 Beitragswochen. 2. Ein Rückforderungsrecht besteht nicht. — W. S. 100. Rein reklamieren Sie. Für Großhandel müssen Sie aber die Ihrem Einkommen entsprechenden Steuern zahlen. — R. 12. Schwabacherstr. — Z. 44. Wenn kein Verhältnissen des Mietes vorliegt

und im Mietsvertrag nichts anderes vereinbart ist, der Vermieter in voller Höhe. — R. S. 1. Rein. — Südpol. 1. und 2. Ja. — O. W. Grüner. Über. Darüber können wir Ihnen keine Auskunft geben. — O. W. 31. Siehe die kommt die Drogenkassette Paradies für Sie in Frage. Sehen Sie sich mit Genossen B. in Verbindung. Forster Straße 57 in Verbindung. — I. G. Sch. Die Polizeibehörde hatten wir nicht für haltbar. Einen Antrag an dieselbe können Sie immerhin richten.

Zentralverband der freien Gäubler, Gaubler und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. Sitz, Verwaltungsstelle Berlin, Bezirk Norden I. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Böhm, Bismarckstr. 12: Versammlung. Gäste willkommen. Feie und Diskussionsklub „Süd-Ost“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, Bismarckstr. 58: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Schaller über „Genialität“. Diskussion. Gäste willkommen.

Wöchentlich Marktbericht der städtischen Marktallien-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Marktallien: Fleisch: Futur genügend, Geschäft fest, Preise nachgebend. Wild: Futur genügend, Geschäft ruhig, Preise nachgebend. Käse: Futur mäßig, Geschäft teilweise schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise un verändert. Gemüse, Obst und Salz: Futur meist genügend, in Spargel stark, Geschäft ziemlich rege, Preise wenig verändert.

### Witterungsübersicht vom 17. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb. man.	Wind- richtung	Wolkdecken	Wetter	Temp. in 6 u. 10 u.	Stationen	Barometer hohb. man.	Wind- richtung	Wolkdecken	Wetter	Temp. in 6 u. 10 u.
Eutinmende	759.0	NO	3	Heiter	12	Daprantha	770.65		2	möglig	7
Damburg	758.0	DRD	12	2 mäßig	14	Beterdberg	767.0	DRD	4	3 Heiter	4
Berlin	757.0	ND	17	2 mäßig	17	Beitzig	754.0		4	mäßig	13
Frankfurt a. M.	756.0	D	17	3 halbhd.	17	Ardeben	764.0	DRD	3	bedeckt	8
München	756.0	D	14	1 mäßig	14	Paris	765.0		2	bedeckt	14
Wien	757.0	D	1	1 Dunst	16						

Weiterprognose für Mittwoch, den 18. Mai 1910. Ein wenig kühler, vielfach heiter, aber noch veränderlich, bei ziemlich lebhaften nordöstlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
am	16. 5.	15. 5.	am	16. 5.	15. 5.
158	—	—	122	—	—
—30	—	—	60	0	0
176	+4	—	97	+2	—
304.9	0	—	106	0	—
355	+2	—	83	+5	—
350	+22	—	37	+12	—
78	—	—	96	—	—
66	—	—	—	—	—
88	—	—	296	—	—
220	+16	—	343	—	—
114	+8	—	105	—	—
335	—	—	—	—	—
376	—	—	113	—	—

+) + bedeutet Wunsch. — (a. l. \*) Unterpegel. \*) nach telegr. Meldung bis zum 14. früh auf 318 am gestiegen.

## Borussia-Säle 6/7 Ackerstraße 6/7

Telephon Amt III, 2674  
Inhaber: Georg Wolfram  
empfehlen seine vier Säle, 100 bis 800 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten.  
Prächtiger Naturgarten (mit Bühne), 600 Personen fassend, noch einige Sonnabende und Sonntage frei.

## Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Flecken auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)  
Dr. H. Unger in Würzburg.

In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 64. Groß-Apothek, Barnimstraße 83. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/5\*

## Fraack

Achtung, Grünau!

Empfehle allen Freunden und Bekannten zu den bevorstehenden Sommerausflügen mein (renoviertes) Lokal und Garten. Nur reelle Speisen und Getränke zu billigsten Preisen.

## Gustav Lindenhayn,

Telephon 17. Friedrichstr. 2.

## Gewinnlose der Königl. Preuss. Lotterie

zahlt während der Ziehung zu zufälligsten Bedingungen bar aus

Oskar Bräuer & Co. Nachf.,  
Andreassstr. 46a.

Planino, vorzügliches, tadelloes erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen Ranzschkestraße 15, I. geradegan.

## Leihhaus seit 27 Jahren

Gelegenheitskäufe verfallener Brillanten, Gold-, Silberwaren etc.  
Moritzplatz, Straße 61. I. im Hause der National-Bank. (früher Prinzessstr. 28)

## Kredit

Monatlich 10 M. Hebere eleg. Herrengarderobe n. Maß (billigste Preise) J. Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstr. 110. Kasse 10 Proz. Rabatt.

## Farbige Pappdächer

— weiß — grün — rot —

in leuchtenden, garantiert wetterbeständigen Farben, für Sommerhäuschen, Lauben, Restaurants usw.

Die Farben werden streichfertig geliefert und wie Oelfarbe auch auf gewöhnliche geteerte Dachpappe aufgetragen.

Sandfreie Pappen (Dachpiz-Pappen) für Wandbekleidung, Anstrichfarben für Zäune, Fenster, Türen usw. Sofort trocknend! — Hochglanz! — Billiger als Oelfarbe!

## Dachpiz-Gesellschaft, S. 61, Planufer 38

Prospekte, Muster usw. gratis.  
Tel. A. IV 1936.



Lenner, Hans, Lothringersstr. 55, Möbel-Gelegenheitskäufe...

Misch, Gr. Frkf. Str. 45/46, auch Teilzahlung...

Möbel-Gelegenheitskäufe, Willy Hasemanns Möbel-Haus...

Möbel-Krause Möbel, Nur Kastanien-Allee 40...

Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57...

Möbius, Rudolph, Ackerstr. 130...

J. Ostrowski Jr., Gr. Frkf. Str. 1, am Frkf. Tor...

Neukirch, Gebr., Langenstr. 3...

Herm. Podehl, N. Lych. St. 1...

Prüssing, Ludw., Gartenstr. 22...

Schmidt, Otto, Waldens. Str. 12...

Herm. Schulz, Rob. Schalk, Frenzlauer Allee 21...

Siebeky, W., Gieselerstr. 18...

Stargard, O., Geleg.-Käufe G...

C. F. A. Stiller & Co., Potsdamer Str. 7...

Stoye, Bernh., N.20, Prinz-Allee 29...

Wendland, Ernst, Möbelfabrik - Bar-u. Teilzahl.

Werthers, Möbelfabrik, Getzkowskystr. 27...

Molkereien, „Schweizerhof“...

Musikinstrumente, Braun, Emil...

Scholz, Paul, Frkf. Allee 75...

Schweizer Musikhaus, N., 58 Stargarder Str. 67...

Nähmaschinen, Bellmann, E., Gollnowstr. 26...

Ed. Bruda, Alle Systeme Teilzahl.

Pfaff-Nähmaschinen, G. Wendt, W. Sackstr. 35...

Phönix-Nähmaschinen, die besten der Gegenwart...

Dase, Paul, N. Müllerstr. 174...

Optiker, Dase, Paul, N. Müllerstr. 174...

Papier-u. Schreibw., Seidler, Louis, Rl. Bergstr. 42...

Putz-u. Modewaren, Bless, Paul...

Graff & Heyn, Haase, M., Hannach, Geschw., Hirsch, S., Kaufhaus f. Damenputz...

Adolf Cohn jr., Gr. Frkf.-Str. 114, part. u. I. Et.

Modehaus, Wilhelm Metzner, Große Frankfurterstraße 92...

Rosterhandlungen, Deleschal, H., Kolonnenstr. 180...

Schirma u. Stöcke, Graff & Heyn...

Schlesinger, Scholz, Osw., Rl., Bergstr. 141...

Schuhwaren, Bartel, E., Adalbertstr. 19...

Schuhhaus Böhm, Schubh. Max Koh., Belleislandstr. 95...

Schuhwarenhäuser des Westens, Schüller, Wilh., Schick-Allee 11-11...

Tugendreich, Wegner, R., Winter, H., Schönhauser Allee 51...

Hannes, Gust., Weidng. 1.

H. Hardtke, Tempelhof, Berl.-St. 116...

Klein, A., Brunnenstr. 379...

Littauer, S., am Ringbühnenhof...

Maatzenstr. 14.

Oderwald, F., Kottb. Damm 102...

Rasener, J., Hermannstr. 60...

Schreter, J., Kottbusdamm 40...

Schuhhaus Benedik, Potod. Str. 67 - Wilmackstr. 57...

Schuhhaus Böhm, Schubh. Max Koh., Belleislandstr. 95...

Schuhwarenhäuser des Westens, Schüller, Wilh., Schick-Allee 11-11...

Tugendreich, Wegner, R., Winter, H., Schönhauser Allee 51...

Hannes, Gust., Weidng. 1.

Seifen, Gustav Gamba, Kantstr. 64...

Hugo Joske, Seifen eig. Erz., Sais-Feinst., Bressnitz, Fatz, Lisf. I.

Topplche u. Gardinen, Frankenstein & Co., Rl., Bergstr. 140...

Trauer-Magazin, Mohrenstr. 27 a, Gr. Frkf. Str. 115...

Uhren u. Geldwaren, Abel, Goldstr. 30...

Ebert, Otto, Nr. 67...

Georg, Adolf, Badstr. 65...

Levin, Adolf, Lux, Carl, N., Chausseestr. 41...

Wachmittel, Verlangen Sie „Edelweiß“...

Weine u. Fruchtsäfte, Bottlinger, Eng., Wald-Ecke, Wölk...

Reins, Rieß, Fritz, Rl., Hermannstr. 56...

Wolff, W., Hermannstr. 150...

8. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. Mal, vormittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery results for 5th class, 222. Prussian Lottery, listing numbers and prizes.

8. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. Mal, nachmittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery results for 5th class, 222. Prussian Lottery, listing numbers and prizes.

8. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. Mal, nachmittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery results for 5th class, 222. Prussian Lottery, listing numbers and prizes.

8. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. Mal, nachmittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table of lottery results for 5th class, 222. Prussian Lottery, listing numbers and prizes.

Siebente Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.

Hamburg, den 16. Mai.

Am Morgen des zweiten Pfingsttages wurde in Hamburg der von einigen Verbandsbeamten und 33 Delegierten besuchte Verbandstag eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe wichtiger Punkte, wie: Die theoretische und praktische Ausbildung sowie die Gehaltsfrage der Handlungsgehilfen, die Stellenvermittlung im Handelsgewerbe und Reichsversicherungsordnung und Arbeitsamtergesetz.

Bericht über die letzte Geschäftsperiode.

umfassend die Jahre 1908/1909, entnehmen wir, daß der Verband einen erfreulichen Fortschritt gemacht hat. Zu Beginn des Jahres 1908 betrug die Mitgliederzahl 8194, Ende 1909 8870. Dementsprechend ist auch die Einnahme gestiegen von 84840 M. im Jahre 1907 auf 118665 M. im Jahre 1909. Das Vermögen stieg in diesem Zeitraum von 15522 M. auf 25995 M. Die Fluktuation unter den Mitgliedern ist erfreulicherweise geringer geworden, was auf die bessere Einfassung zurückgeführt wird. Obwohl das Reichsvereinsgesetz eine größere Bewegungsfreiheit gestattet, hat die Hamburger Polizei eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Der Reichstag und die Forderungen der Handlungsgehilfen“ für anmeldepflichtig erklärt, und die dortigen Gerichte haben dieser Auffassung zugestimmt. Die Geschäftsstelle Köln für Rheinland und Westfalen (mit einem festen Beamten) ist nach Frankfurt a. M. verlegt, von wo aus Süddeutschland bearbeitet wird. Gute Erfahrungen hinsichtlich der Festigung kleinerer Mitgliedschaften sind im Gau Sachsen-Thüringen mit der Abhaltung von Bezirksversammlungen gemacht worden. Die sogenannte „Reichsfinanzreform“ hat der Verband ausgenutzt, um den Handlungsgehilfen klarzumachen, durch wen sie geschädigt werden. Neben der mündlichen, auf die Erweckung des Klassenbewußtseins gerichteten Agitation kam die schriftliche nicht zu kurz. Für Agitation veranschlagte der Verband in den zwei Jahren 55 100 M.

Von den Flugblättern: Die Handlungsgehilfen und das Arbeitsamtergesetz, „Sonntagsruhe und Achtuhrladenschluß“ und „Reichsfinanzreform“ wurden etwa eine Viertelmillion, eine Agitationsnummer der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ in 300 000 Exemplaren verbreitet. Ferner gelangten noch viele andere Broschüren und Schriften zur Verbreitung. Bei der ungeheuren Verpflüchtung des kaufmännischen Arbeitsnachweises hat der Verband beachtliche Erfolge erzielt hinsichtlich der Befreiung von Stellen. Die Verbandskollegen möchten jede Befreiung sofort dem Vorstande mitteilen.

Nach eingehend wird das Kapitel „Sozialpolitische Angelegenheiten“ behandelt. Der Verband hat da eine recht rührige Tätigkeit entfaltet, die sämtlich aufzuführen aus räumlichen Gründen nicht möglich ist. In Denkschriften an die gesetzgebenden Instanzen usw. wurden verhandelt: „Zur Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten“, „Zur Einführung der Arbeitslosenversicherung“ und „Zur Stellenvermittlung für Handlungsgehilfen“. Ferner wurde Bedacht genommen auf die Einführung des Fortbildungsschulzwanges für weibliche Angestellte und viele örtliche Kämpfe wegen Einführung des Achtuhrladenschlusses, Verbesserung der Sonntagsruhe usw. geführt. Bei den Ortsparlamenten haben die Verbandsmitglieder in Berlin, Köln, Hamburg, Leipzig und München gute Erfolge erzielt. „Wenn trotz aller Arbeit die Sozialreform im Handelsgewerbe stille steht, so ist dies in erster Reihe der Ohnmacht der „großen“ Verbände zu danken. Deren Mitgliederzahlen vermögen keine Wirkung auszuüben, weil sie nicht für, sondern allzu oft gegen die hohen Interessen der Gehilfenchaft zugunsten einer reaktionären Wirtschaft und Sozialpolitik ausgespielt werden. Darüber an der Hand eines Berichtes Aufklärung unter den Berufsangehörigen zu verbreiten, sollte sich jedes Mitglied angelegen sein lassen.“

Auch auf dem Gebiete der Lohnbewegungen hat der Verband beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Im Kampfe gegen die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ in Berlin wegen Anerkennung der Organisation standen die organisierten Arbeiter den Handlungsgehilfen treu zur Seite. In Dresden wurde eine Bewegung der Sektoren Brauereiangestellten erfolgreich durchgeführt. In Hamburg endete ein Kampf mit dem Warenhaushaus „Dania“ mit vollem Erfolge. In München wurden mit mehreren Warenhäusern gute Verträge abgeschlossen für 105 Angestellte. In Straßburg i. E. und Stuttgart führte eine Bewegung der Warenhausangestellten auf Verlängerung der Mittagspause um eine halbe Stunde zum Ziele. Die betreffenden Firmen haben etwa 500 Angestellte. Auch in vielen anderen Orten wurden Verbesserungen der Mitglieder erzielt. So hat der „Heine“ Verband eine ebenso emsige wie erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt.

Für Stellenlosenunterstützung wurden 1908 7704,25 M., 1909 7157,50 M. verausgabt. Das Verbandsorgan erforderte 1908 12 387 M., 1909 17 898 M., die Verwaltung 1908 40 159 M., 1909 37 677 M.

Zu diesem Bericht gibt der Verbandsvorsitzende Josephson einige Erläuterungen und Ergänzungen. Geschäftsbericht und Verbandsprotokoll sollen fernerhin nur im Verbandsorgan veröffentlicht werden. Die Mitgliederzahl betrug am 1. April 1910 10 604 und ist in stetigem Wachsen begriffen, erfreulicherweise auch in kleineren Orten. Die immer noch nicht ganz befriedigenden Grenzstreitigkeiten wurden zumeist kurz und in Güte geregelt. Der Lösung bedarf noch die Differenz mit dem Verband der Bureauangestellten wegen der in Versicherungsanstalten Beschäftigten. Der Doppelorganisation steht der Vorstand ablehnend gegenüber. Das Verhältnis zu den Konsumvereinen ist ein wesentlich besseres geworden und wird auf dem Genossenschaftstage zu München noch eine weitere Verringerung erfahren. Da Tausende von Mitgliedern des Verbandes in Genossenschaftsbetrieben tätig seien, sei der Verband bestrebt, das Gegenseitigkeits- und Freundschaftsverhältnis noch fester zu gestalten, womit nicht der Friede um jeden Preis, der Michelsfriede gemeint sein sollte. Sein Recht müsse der Verband wahren. Trotz der Beschlüsse zweier Genossenschaftskongresse betreffend die Unterstützung der Genossenschaften sei von einem starken Zuwachs der letzteren aus Genossenschaftskreisen nicht viel zu hören. Zwischen Annahme einer Resolution und ihrer Durchführung sei ein etwas langer Weg. Man bemühe sich, den Genossenschaften viele tausende Mitglieder zuzuführen.

Den Kassenbericht erstattete Wucher, der hervorhebt, daß der Münchener Beschluß betreffend die Beitragserhöhung gute Früchte gezeitigt hat.

In seinem Bericht über die Verbandsstatistik warnte Schulze vor Ueberhöhung des Wertes öffentlicher Versammlungen für die Gewinnung von Mitgliedern.

Der Redakteur Lange klagte in seinem Bericht über die Presse, es fehle dieser an forschtenden, tatsächlichen Mitteilungen aus den einzelnen Orten.

Der Ausschuhvorsitzende Penn verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht, die Revisoren erklären, die Kassenbücher in bester Ordnung vorgefunden zu haben.

Diskussion

wurden viele interessante Verbandsangelegenheiten sowie die Haltung des Vorstandes und der Presse zur Sozialpolitik und das Verhältnis zu den Genossenschaften erörtert. Ueber den Wert der öffentlichen Versammlungen gingen die Meinungen auseinander, doch wurden sie als unentbehrlich bezeichnet. Einige Delegierte

meinten, daß hinsichtlich der sozialpolitischen Artikel und Beschlüssen des Gutes zu viel geübt. Daneben dürfe die Behandlung von Zeit- und Streitfragen nicht zu kurz kommen, das wirke mehr auf die Handlungsgehilfen als Resolutionen und Eingaben. Die Probleme der Gehaltsfrage, wie Mindestlohn, Tarife, Gewinnbeteiligung usw., die Frauenfrage, Berufsstatistik, Weltwirtschaft seien vernachlässigt worden. In der Polemik gegen andere Handlungsgehilfenverbände solle man Maß halten. Die Anerkennung der positiven Leistungen der Gegner mache die Hervorhebung des Negativen um so wirkungsvoller. Klagen werden laut über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in einzelnen, besonders süddeutschen Genossenschaften, gegen die ein anderer Ton angeschlagen werden müsse. Josephson warnt dringend vor Verallgemeinerungen; Einzelfälle mühten kritisiert werden, doch mühte die Kritik so gehalten sein, daß die Genossenschaften, zu deren Unterstützung die Kollegen moralisch verpflichtet seien, mit deren Leitung auch ein gutes Verhältnis bestünde, nicht allgemein darunter leiden. — Lange bemerkt noch, daß gerade das Hervorheben der Sozialpolitik dem Verbands gute Dienste geleistet habe, daß gerade seit dieser Zeit der Verband stark gewachsen sei. Im Parlament habe man sich anerkennend über die Eingaben des Verbandes geäußert. Im Kampfe gegen andere Organisationen müsse nach Zweckmäßigkeitsgründen verfahren werden und seien gelegentliche Schärpen unvermeidlich, vor allem in der Abwehr.

Ueber die „Theoretische und praktische Ausbildung der Handlungsgehilfen“ referiert Paul Lange. Das Referat soll als Flugschrift der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Ansichten des Redners sind in folgender Resolution niedergelegt:

„Die seit Jahrzehnten unaufhörlich laut gemordeten Klagen über die mangelhafte Ausbildung der Handlungslehrlinge beweisen, daß die Lehrzeit ihren eigentlichen Zweck nicht erfüllt. Rest steht auch, daß der Geschäftsinhaber den Lehrling unter Außerachtlassung des Zweckes der Lehrzeit in der Regel als billige Arbeitskraft betrachtet, der er es überläßt, sich selbst weiterzubilden. Die jahrzehntelange Erörterung dieser Tatsachen hat nicht zu einer Änderung geführt, und es haben auch bisher keine Vorschläge gemacht werden können, die geeignet wären, der Lehrzeit denjenigen Inhalt zu gewähren, den sie ihrem Namen entsprechend haben sollte.“

Da der Lehrling dem Geschäftsinhaber im allgemeinen nur ein jugendlicher Angestellter ist, so ergibt sich die Notwendigkeit, darauf hinzuwirken, daß diesem Umstande insofern Rechnung getragen wird, als diese jugendlichen Angestellten für ihre Tätigkeit angemessen bezahlt werden.

Da die weitgehende Arbeitsleistung im Handelsgewerbe es dem jugendlichen Angestellten erschwert oder gar unmöglich macht, sich praktische eine genügende Ausbildung anzueignen, so ist der theoretische Unterricht notwendig. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es aus verschiedenen Gründen nicht angängig ist, die Angestellten nur auf den freiwilligen Schulbesuch zu verweisen. Vielmehr ist der Fortbildungsschulzwang für alle Handlungsgehilfen beiderlei Geschlechts bis zum Alter von 18 Jahren ein dringendes Erfordernis; der Unterricht soll nicht Sonntags und abends, sondern in den Vormittagsstunden der Werkstage stattfinden.

Aber auch die allermeisten heute bestehenden Fortbildungsschulen bedürfen einer umfassenden Neuorganisation, deren Prinzip sein muß: Erteilung des Unterrichts durch geeignete, gut ausgebildete Fachlehrkräfte.

Dieser Fortbildungsschulunterricht darf nicht zugunsten der Handwerkschule, die von jungen Leuten vor Eintritt in das Erwerbsleben besucht wird, vernachlässigt oder verdrängt werden, denn die Handwerkschule wird von den Geschäftsinhabern in erster Linie deshalb erstrebt, um in der Ausübung der jugendlichen Angestellten nicht durch den Fortbildungsschulbesuch eingeschränkt zu sein.“

In der Debatte wird u. a. die Verbotzung der „Einfährigen“ kritisiert und die Notwendigkeit des Unterrichts durch Fachlehrkräfte betont.

Die Resolution findet einstimmige Annahme, worauf die Sitzung auf Dienstag vertagt wird.

Zehnter Verbandstag der Mühlenarbeiter Deutschlands.

München, 15. Mai 1910.

Der Verbandstag wurde am Pfingstsonntag im Gasthof zum Hoyer in München eröffnet. Es sind 32 Delegierte, 2 Mitglieder des Hauptvorstandes, 3 Gauleiter und ein Vertreter des Ausschusses anwesend; der schweizerische Nahrungs- und Genussmittelverband ist durch Heule, Jülich und die Generalkommission der Gewerkschaften durch Ulmbricht, Berlin vertreten. Nach den üblichen Begrüßungen belobte Käppler, Altenburg, daß die Delegierten wohl alle unter dem Eindrucke stehen, daß dies der letzte Verbandstag des Mühlenarbeiterverbandes sein werde. Nach 24jähriger Tätigkeit stehen wir vor der Frage, zu entscheiden, ob wir unsere eigene Organisation aufrecht halten, oder ob wir uns einem anderen Verband anschließen und mit diesem vereint für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für unsere Kollegen kämpfen wollen.

Allmann-Hamburg meinte, daß der Bäderverband an den Verhandlungen ein großes Interesse habe, wenn auch die Verschmelzung vorläufig nicht mit seiner Organisation komme, so dürfe nicht vergessen werden, daß man über kurz oder lang doch zu einem allgemeinen Verband der Nahrungsmittelindustrie kommen werde. Wir werden, wie der Beschluß beim, die Verschmelzung auch ausfallen möge, und nach wie vor in gleicher Weise gegenseitig unterstützen.

Der gedruckt vorliegende

Geschäftsbericht

wurde von Käppler in einigen Punkten ergänzt.

Die Erwartungen, die man auf dem letzten Verbandstage auf die Anstellung der besoldeten Beamten gestellt habe, haben sich nicht erfüllt, die Erfolge seien gleich Null. Den Rückgang der Mitgliederzahl schied Redner der wirtschaftlichen Krise zu. Aber trotzdem sei es dem Unternehmertum nicht gelungen uns Verschlechterungen aufzuwingen. Das Kassenwesen zeige, daß die Summen für Unterstützungen von Tag zu Tag steigen. Wenn es zu keiner Verschmelzung mit einer anderen Organisation kommen sollte, würden wir uns ernstlich die Frage vorzulegen haben, ob wir die Beiträge nicht erhöhen müssen. Der Vorstand sei mit der Großeinkaufsgesellschaft und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine in Verbindung getreten, damit sich diese verpflichten, Mühlenprodukte nur in solchen Mühlen zu kaufen, die mit dem Mühlenarbeiterverband einen Tarif abgeschlossen haben oder die Koalitionsfreiheit ihren Arbeitern schriftlich gewährleisten. Man habe bei diesen Körperschaften nicht immer die Unterstützung gefunden, die notwendig gewesen wäre. Insbesondere muß festgesetzt werden, daß eine ganze Reihe Mühlenlieferanten der Genossenschaften sind, die diese Verächtlung nicht verdienen. Es müsse beim Genossenschaftstag dahin gewirkt werden, daß dies anders wird.

Wolf-Leipzig erstattete den Bericht des Ausschusses. Die Revisionen ergaben, daß alles in bester Ordnung war. Der Kassenbestand betrage 71 568,11 M. und beantragte der Ausschuh dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

An die beiden Berichte knüpfte sich eine ausgedehnte Diskussion.

in die großen und ganzen die Zustände mit der Tätigkeit des Vorstandes belundete. Scharfe Kritik wurde an das persönliche

Verhalten der angestellten Gauleiter Ziegeler-Ludwigshafen und Schlan-Breslau geübt. Die von Käppler aufgeworfene Frage der Beitragserhöhung fand bei den Delegierten keine Gegenliebe. Einige Redner wären eher dafür, die Unterstützungsleistungen zu reduzieren, da der Verband zu viel Unterstützungs- und mehr Kampforganisation sein müsse. Verschiedene Redner sind mit der eingeschlagenen Tarifpolitik nicht zufrieden.

Schließlich wurde dem Hauptvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Zehnte ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Feizer Deutschlands.

Hamburg, 15. Mai 1910.

Am Abend vor Pfingsten trat im Generalkonferenzsaal zu Hamburg die aus allen Teilen Deutschlands besandte Generalversammlung zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Erschienen sind außer den Mitgliedern des Vorstandes und einigen Verbandsfunktionären 52 Delegierte. Als Vertreter der Generalkommission ist Genosse Bauer anwesend.

Die Sitzung am ersten Pfingsttage wurde durch den Geschäftsbericht

ausgeführt. Der gedruckt vorliegende Bericht wird vom Verbandsvorsitzenden Schaffel ergänzt und erläutert. Der Verband ist aus der Krise mit einem Plus an Mitgliedern und Einnahmen hervorgegangen. Wie aus der großen Anzahl Anträge erhellt, soll die bessere Konjunktur durch intensive Agitation zwecks Gewinnung neuer Mitglieder und Schaffung höherer Beitragsklassen ausgenutzt werden, um so den zu erwartenden größeren wirtschaftlichen Kämpfen gegenüber gerüstet dazustehen. Gewünscht wird außer dem Ausbau der Unterstützungsleistungen das öftere Erscheinen des jetzt vierzehntäglichen herausgegebenen Fachorgans. Am Schlusse des Vorjahres zählte der Verband in 252 Jahrestellen 18 516 Mitglieder gegen 16 450 Anfang 1908. Das erste Quartal 1910 hat abermals einen nennenswerten Mitgliederzuwachs gebracht, so daß der Verband jetzt über 19 000 Köpfe stark ist. Gut entwickelt haben sich die Filialen Bremen, Kiel, Dresden, Leipzig, Kall, Frankfurt am Main, Düsseldorf sowie die Gebiete der Elb- und Rheinschiffahrt. Die Zentralkasse verzeichnete 647 765 und verausgabte 518 042 M.; der Kassenbestand stieg von 74 292 auf 138 009 M. Die Lokalstellen besitzen beinahe 50 000 M. Die Unterstützungsleistungen erforderten bedeutende Mittel: Arbeitslosenunterstützung 203 307 M., Sterbegeld 24 475 M., Rechtschutz 9781 M., Umzugsgeld 2193 M., an Ausgeherte 12 038 M., an Gemahregelte 22 706 M., an Streikende 25 537 M.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussparungen, an denen 757 Mitglieder beteiligt waren, verliefen zum größten Teile mit gutem Erfolge. Auf gutlichem Wege wurden für 2180 Mitglieder nennenswerte Verbesserungen erzielt, in einigen Fällen bis 650 M. Lohnhöhung und Arbeitszeitverlängerung bis 14 Stunden wöchentlich. In mehreren Fällen wurden neue Tarifverträge abgeschlossen respektive alle erneuert.

Mit der Agitation im Elbe- und Obergerbiet und auf den märkischen Wasserstraßen ist ein besonderer Beamter betraut worden. Differenzen entstanden mit dem Agitationsleiter des Rheingebiets, der auf eigene Faust operierte. Als er abgesetzt war, gründete er eine „Internationale Maschinisten- und Feizervereingung“, deren Organ es sich zur Aufgabe machte, den Verband zu bekämpfen. Diese „Internationale“ war aber nur eine vorübergehende Erscheinung. Die düpierten rheinischen Kollegen sind bald wieder dem alten Verband beigetreten, der sich ihres Interesses warm angenommen und den Zeitpunkt zum Loslösen sich gewählt hat, daß binnen drei Wochen der Lohnkampf siegreich beendet war. Grenzstreitigkeiten lagen nur noch mit dem Brauereiarbeiterverband vor, der nicht im Sinne der Resolution des Hamburger Generalkongresses handle. Bezüglich dieser Streitigkeiten mühten festere Normen geschaffen werden. Der Vorschlag des Redners, entsprechend dem Beschluß des außerordentlichen Generalkongresses zu handeln, falls durch die neue Versicherungsordnung die Beiträge halbiert werden sollten, das heißt diese „Ersparnisse zur Stärkung der Gewerkschaftskassen zu verwerten“, wurde mit lebhaftem Bravo aufgenommen. Die Krise sei ein guter Prüfstein für die Agitationskraft des Verbandes gewesen, und diese Prüfung sei glänzend bestanden. (Lebhafte Beifall.)

Die Berichte der Revisoren, des Ausschusses, der Redaktion und der Preßkommission gaben zu Ausstellungen keinen Anlaß.

Die

Debatte

seht sehr lebhaft ein. Einige Redner treten für einen Antrag ein, der dem Vorstande das Recht der Anstellung von Lokalbeamten konzedierte. Ferner wird je ein Beamter für den Rhein und die Elbe gewünscht. Während ein Delegierter die weitere Ausdehnung der Unterstützungsleistungen befürwortet, meint Wiesel vom Zentralvorstande, man solle aus einer Kampforganisation nicht eine reine Versicherungsgesellschaft machen. Mit der Verschärfung der Unternehmerrisse der Gewerkschaften ist man einverstanden, doch wird gewünscht, daß auch Nichtangestellte einsetzt werden. Da der Vorsitzende der Einsetzung zur Parteischule das Wort geredet hat, wird von anderer Seite befürchtet, daß die Betreffenden in Parteistellungen abzuweichen werden. Demgegenüber wird bemerkt, man dürfe nicht zu egoistisch sein, da die ausgebildeten Kräfte der Arbeiterbewegung erhalten bleiben.

Durch Schlußantrag kommen 22 Delegierte um ihre Reden. Der Antrag, dem Zentralvorstande bezüglich der Anstellung von Agitationskräften freie Hand zu lassen, wird einstimmig angenommen, worauf dem Vorstande ohne Widerspruch Decharge erteilt wird.

Hamburg, 16. Mai.

Am zweiten Pfingsttage gelangten zunächst die zum Statut gestellten Anträge zur Beratung. Es liegen 171 solcher Anträge vor, von denen aber ein großer Teil nicht die nötige Unterstützung finden. Mehrere Anträge verlangen Verschmelzung bzw. Anbahnung einer solchen mit dem Metallarbeiterverband oder einer anderen starken Organisation. Eine genügend unterstützte Resolution steht der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband nicht unsympathisch gegenüber, hält den Zeitpunkt zur Verschmelzung aber für verfrüht, weil noch ein weites Gebiet zu bearbeiten ist. Um Abspaltungen und Sonderorganisationsbestrebungen nicht aufkommen zu lassen, empfehle es sich, zunächst die eigene Organisation zu stärken und den Fusionsgedanken ausreifen zu lassen.

Nach längerer Generaldebatte werden die zum Statut gestellten Anträge einer Kommission zur Beratung überwiesen.

Die Gruppe „Allgemeine Anträge“ ruft ebenfalls eine lange Debatte hervor. Die die weitere Anstellung von Gauleitern respektive eine andere Gaueinteilung fordernden Anträge werden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Angenommen wird der Antrag, einen zweiten Beamten für die Stromgebiete der Elbe, Oder, Saale, Warthe sowie der märkischen Wasserstraßen anzustellen und diesen Beamten aus Mitteln der Hauptkasse zu bezahlen. Ferner soll für das rheinische Stromgebiet ein besoldeter Agitationsleiter angestellt werden.

Von den weiteren zur Urnahme gelangten Anträgen seien folgende erwähnt:

Die Agitationskosten eines Gauslages sollen von der Hauptkasse getragen werden und je nach der Mitgliederzahl der einzelnen Zahlstellen gegenüber proportional von den Zahlstellen aus der Gesamtkasse eingezogen werden.

Der Hauptvorstand sowie die Gauleiter wollen sich mehr der kleinen Zahlstellen in Industriegebieten annähern, damit diese ihre Agitation besser entfalten können.

Hinsichtlich der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband bzw. Umbildung einer solchen

und so weiter wird die schon erwähnte Resolution angenommen und damit die hierzu vorliegenden Anträge dem Hauptvorstande als Material überwiesen.

Die Verwaltungskosten des neugeschaffenen Arbeitsnachweises für Rheinland und Westfalen sollen von der Verbandskasse getragen werden.

Der Vorstand wird beauftragt, eine Tabelle auszuarbeiten, worauf die diversen Unterstützungssätze pro Tag berechnet sind.

Der Vorstand soll behufs Vermeidung von Grenzstreitigkeiten, ähnlich der mit dem Bergarbeiterverband, sich zwecks gegenseitiger Verständigung mit den Hauptvorständen der Staats- und Gemeindearbeiter, der Brauereiarbeiter, überhaupt mit allen Verbänden, wo für uns Mitglieder bzw. Berufscollegen in Betracht kommen, betreffs Anerkennung unserer Organisation, unter Hinzuziehung der Generalkommission, die uns als Berufsorganisation anerkannt hat, in Verbindung treten.

Der Vorstand soll den Arbeitsnachweisen die größte Aufmerksamkeit widmen, eventuell die Zahlstellen zu einer geeigneten Arbeitsvermittlung finanziell unterstützen. Jede Zahlstelle hat eine Arbeitsnachweissstelle einzurichten, in der sowohl von den Arbeitgebern als auch den Mitgliedern in den Betrieben freigewordene Plätze durch Vermittlung der Gauleiter auch den Nachbargauleitern bekanntzugeben sind, um dieselben nach Möglichkeit mit arbeitslosen Verbandsmitgliedern zu besetzen.

Dem Vorstand als Material überwiesen wird der Antrag, der Verband möge sich mit der Lage der Maschinenisten und Heizer am Nordostsee-Kanal beschäftigen, ebenso der Antrag, der Vorstand möge darauf hinwirken, daß die Vorschriften zur Bedienung der Dampfkessel schärfer als bisher angewendet werden.

Das Anfangsgehalt der Gauleiter beträgt fortan 2000 M., steigend um 100 M. pro Jahr bis zum Höchstbetrage von 2400 M. Desgleichen das Gehalt des Sekretärs. Das Gehalt der Hilfsarbeiter beträgt 1800 M. und steigt pro Jahr um 100 M. bis zum Höchstbetrage von 2100 M.

Hamburg, 17. Mai.

Ueber den dritten Punkt:

Die Tarifverträge und ihre Bedeutung für unseren Beruf

häft der Verbandsvorsitzende Scheffel ein mehrstündiges, höchst instruktives Referat, in welchem er dieses weite Gebiet erschöpfend behandelte. Am Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen beauftragte er mit Nachdruck, daß dem Verband nicht daran gelegen sein könne, um jeden Preis Tarifverträge abzuschließen, sondern nur dann, wenn sie unseren Mitgliedern positive Vorteile bringen.

Um die Wirkung des Vortrages nicht abzuschwächen, wird von einer Debatte Abstand genommen.

Da am Dienstagmorgen eine Dampferfahrt stattfindet, werden noch einige geschäftliche Dinge sowie der Punkt 7, die Festsetzung des nächsten Verbandstages, erledigt.

Mit großer Mehrheit wird München als Ort des nächsten Verbandstages gewählt.

Sämtlichen Verbandsbeamten wird alljährlich ein vierzehntägiger Urlaub gewährt.

Alsdann wird der Verbandstag auf Mittwoch verlegt.

### Eingegangene Druckschriften.

„Polisson“ Nr. 11. Aus dem Anhalt ist herbeigekommen: Die Universal-Steuerpumpe. — Frühlingsbild. — Juna schwarzbäuerlicher Blof. — Bingsphantaft. — Lebensstation Dalkorf. — Blauschwarze Gipsfärmer. Aus dem Texten erwähnen wir: Frühlingsglaube. — Die Sturmflut. — Die ruhi der letzte Kapitalist. — Neue Kronprinzengedichte. — Schiffscher Frühlings. — Ausperrung. — Erstklassige Ehrenhandel. — Aus dem Normal-Leben für Volksgenossen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

# Theater und Vergnügungen

**Mittwoch, den 18. Mai.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Geschlossen.  
Neues königl. Operntheater.  
Ein Wintermärchen.  
Königl. Schauspielhaus. König  
Richard II.  
Deutsches. Sumurun.  
Kammertheater. Wiener Hölle:  
Häuberlein sein. Goethe. (Anfang  
8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Der  
Flegel.  
Kleines Lustspiel.  
Berliner. Laifun.  
Neues. Die goldene Ritterzeit.  
Leffing. Das Konzert.  
Neues Operetten. Der Graf von  
Luzemburg.  
Trianon. Theodora u. Cie.  
Residenz. Das Nachlicht. Der  
selbige Octave.  
Thalia. Bild der Frauen.  
Heibel. Der neue Paris. (Anfang  
8 1/2 Uhr.)  
Weiten. Amphibolen.  
Kommische Oper. Raft der Kabaletta.  
Salathe.  
Schiller O. (Waller-Deater.)  
Hans Lange.  
Schiller. Charlotteburg. Die  
Liche wach.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
Alt-Heidelberg.  
Holsoper. Helmleht. Der General-  
direktor. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Luffen. Die Welt ohne Männer.  
Weise. Die Schwungler.  
Luffspielhaus. Das Leutnants-  
mündel.  
Metropol. Hallo!! — Die große  
Revue.  
Folies Caprice. Ein verschwiegenes  
Atelier. Eine gründliche Kur.  
(Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Cafino. Familie August Knoche.  
Gehr. Herrnsfeld. Wenn zwei das-  
selbe tun. Das nackte Stüd.  
Apollo. Spezialitäten.  
Volksgarten. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichsbaden. Stettiner Sänger.  
Karl Haverland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Deater. Im Reich des Mars.  
Urania. Zauberhafte 48/49.  
Nachm. 4 Uhr: Im Firmenglanz  
des Ober-Engadin.  
Abends 8 Uhr: Der Galtische  
Komet.  
Sternwarte. Invaldenstr. 57—62.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Nachlicht.**  
Schwan in 3 Akten v. M. Ramacolis.  
Darauf: Der selbige Oktave.  
Grotteske in 1 Akt von Joes Mirande  
und Henry Gervais.  
Sommerpreise.  
Morgen und folgende Tage: Die-  
selbe Vorstellung.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Welt ohne Männer.**  
Donnerstag zum 50. Male: Was  
Zeit zusammenfügt.  
Freitag: Reueinstudierung: Ma-  
rianna, ein Weib aus dem Hölle.  
Sonntag: Die Welt ohne Männer.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Ehe  
vom Erdenhof. Abends: Marianna,  
das Weib aus dem Hölle.  
Montag: Die Ehe vom Erdenhof.

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Lessing-Theater.**  
8 Uhr: Das Konzert.  
Donnerstag, 8 Uhr: Hfensflut.  
10. Vorst.: Baumelster Soluch.  
Freitag, 8 Uhr: Das Konzert.

**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: **Taifun.**  
Morgen: **Taifun.**

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die goldene Ritterzeit.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Die goldene Ritterzeit.**  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Tanzbuhnen.  
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Die ge-  
schiedene Frau.  
**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luzemburg.  
Sonntag nachm. 3 Uhr, zu er-  
mäßig. Preisen: Die Dollarprinzessin.  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Leutnantsmündel**  
**Volkoper.**  
SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.  
Abends 1/9 Uhr: **Heimkehr.**  
Der Generaldirektor.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 Uhr:  
**Alt-Heidelberg.**  
Donnerstag, Freitag: Der Raub  
der Sabinerinnen.  
Sonntag: Alt-Heidelberg.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Waller-Deater.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Hans Lange.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Paul Heyse.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
Schiller-Theater (Charlottenburg).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Liebe wach.**  
Lustspiel in 4 Akten v. G. H. de Calvabert  
und Robert de Niers.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Goldfische.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Goldfische.**

**Brauerei Friedrichshain**  
Schönster Naturgarten. Am Königstor. Gr. Konzertsaal Berlin.  
Heute: **Großes Extra-Militär-Konzert**  
der Regiments-Jäger zu Pferde aus Graubünden.  
Kapelle der Halley, der menschliche Komet.  
Die größte Weltattraktion! — Phänomenale Sensation!  
Außerdem: Kinematograph-Allerwunders!  
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungünstiger Witterung  
Schiff für 8000 Personen. — Täglich:  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Aufstehen der  
**besten Turmfeilkünstler** der Welt Tho Liepelt,  
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise  
um die Erde in 1 Sekunde: **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**  
mit dem Fahrrad in den See.  
Heberfahren eines lebenden Menschen mit Motorrad  
im Hölleentfessel. — Wille. de Halliers bester Miniatur-  
hunde-Dressurakt der Welt.  
Victor Ritter mit seinem Sensations-Schlag: „Der Komet  
kommt“ und das beste Spezialitäten-Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Land- und Wasser-Feuer-  
werk.** — Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. — Gesamteintritt 20 Pf.  
Kinder frei. — Tanz.  
Um zahlreichen Zuspruch bitten Witwe Luise u. Waldemar Diez.

**Michael-Brücke**  
An d. Michaelkirchstraße. Billige Extrafahrten  
nach Woltersdorfer Schleuse, Neue Mühle und Krampenburg.  
9 Pf., u. 10 Uhr. Hin u. zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf. Ferner: Sonntag,  
den 22. Mai, nach Woltersdorfer Schleuse, Krampenburg, Schmückwitz und  
Rauchfangswerder. Preis Hin und zurück 75 Pf. Reederei Zachow.

**Neue Welt Park**  
Hasenheide 108/114.  
Heute Mittwoch:  
Großes Kinderfest.  
Gratis-Verlosung  
**I. Preis:**  
Für Mädchen:  
eine silberne  
Damenuhr;  
für Knaben:  
eine silberne  
Herrenuhr.  
Große Fackel-Polonaise  
mit bengalischer Beleuchtung.  
Der Park wird feenhaft  
beleuchtet.  
Entree 25 Pf. Kinder 15 Pf.

**Städtebau-Ausstellung**  
10—8 Uhr. Eintritt 1 M.  
Königl. Akademische Hochschule,  
Waldgärtel. Sport- u. Spielplatz.  
Kunst- u. d. Str. Verkehrssysteme.  
Innenstadt. Vororte. Gartenstädte.  
Arbeiterwohnungen. Groß-Berlin.  
18. Mai: Dr. Hegemann: „Be-  
strebungen des amerikanischen  
Städtebaus“ (Lichtbilder).

**Herrnfeld Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. H. 4, 5063.  
Schluß diesjähr. Spielfaison  
**31. Mai.**  
Bis dahin täglich abends 8 Uhr:  
**Wenn zwei  
dasselbe tun.**  
Eine Kontarrens-Komödie in 2 Akten  
mit den Hütoren I. d. Hauptrollen u.  
Das starke Stück.  
Schwan vor Julius Herz.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—9 Uhr.  
(Theaterkasse.)  
**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Theodore & Cie.**  
**Walhalla-  
Varieté-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.  
! Das neue Varieté-Programm !!  
Die Affen-Familie Mayer  
und die übrigen Spezialitäten.  
Theater, ununterbrochen geöffnet.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Nachmittags 4 Uhr:  
**Im Firmenglanz des  
Ober-Engadin.**  
Abends 8 Uhr:  
Direktor Dr. P. Schwan:  
**Der Halleysche Komet**

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Sterne  
des Humors**  
★ **Claire Waldoff**  
**Willi Prager** ★  
und das große  
Varieté-Programm!

**Passage-Panoptikum.**  
Heute  
Beginn der **Volkstage!**  
Jeder Erwachsene ein Kind  
frei! Jedes Kind erhält  
ein Geschenk!  
**Die heiligen Fakire.**  
!! Lebend !! **Atom**  
Prinz **Atom**  
der kleinste Mensch der je gelebt.  
Alles ohne Extra-Entrée!  
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Casino-Theater**  
Rothbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Auf allgemeinem Wunsch  
bis zum 31. Mai:  
Familie  
**August Knoche.**  
Knoche: Dr. Hans Berg.

**Volgt-Theater**  
Gesundbrunnen Badstr. 58.  
Mittwoch, den 18. Mai 1910  
Große Elite-Verstellung.  
**Ueberr großen Teich.**  
Gr. Solist mit Gesang und Tanz  
in 4 Abteilungen von Adolf Philipp.  
Erstklassige Spezialitäten.  
Anf. 4 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 2 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7—9.  
Täglich:  
**Im Reiche des Mars**  
Spezialitäten, Konzert u. Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Volksgarten-Theater**  
früher Wolmann.  
Badstr. 8, Besim u. Beßermannstraße.  
Täglich: Konzert-, Theater- und  
Spezialitäten-Verstellung. Das Riesen-  
programm. Zur Aufführung gelangt:  
**Der liegende Berliner.**  
Vollständig in 5 Bildern mit Gesang  
und Tanz.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9333.  
**Lebende Photographien.**  
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.  
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.  
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.  
25 Pf. auf allen Plätzen.  
Stets wechselndes Programm.  
Jeden Sonntag im Oberaal:  
**Künstler-Konzert.**  
Entree 15 Pf. Garberode 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.  
**Max Kleins Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: **Rudolph Krüger.**  
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-  
Vorstellung.**  
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,  
Kapellmeister: Max Wolfthelm.  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2, 8 Uhr.

**Wilhelm**  
**Hagenbecks**  
größte Raubtier-  
Dressur-Schau  
der Erde  
**Bülow-Platz**  
Kaiser-Wilhelm-Straße  
Ecke Linien-Straße  
Nähe Alexanderplatz.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Große Vorstellung.  
Wiederzutreten des Herrn Direktor  
Karl Hagenbeck jun. mit seinen  
70 Elstären.

**Elysium**  
Sandberger Allee 40—41  
Heute sowie täglich:  
**Spezialitäten**  
beste Schanummer.  
Kaffeekochen. X Ball.  
Anfang 7 Uhr. Entree frei.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Jeden Dienstag:  
**Gr. Kinder-Freuden-Fest.**  
Entr. 15 Pf. Mäße od. Scherpe grat.

**ZOO-  
LOGISCHER  
GARTEN**  
Täglich ab 4 Uhr:  
Großes  
**Militärkonzert.**  
Eintritt 1 Mark,  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.

**Karl Haverland**  
Anfang **Theater**, präz. 8 U.  
77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.  
Das number-**Mai-Program.**  
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch,  
Donnerstag: Ball.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Tenoristen-Vogel.  
Ein Künstlerbild v. Maysel  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., u. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntag 50 Pf. Dauer: 6 M.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., u. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntag 50 Pf. Dauer: 6 M.

**Passage-Panoptikum.**  
Heute  
Beginn der **Volkstage!**  
Jeder Erwachsene ein Kind  
frei! Jedes Kind erhält  
ein Geschenk!  
**Die heiligen Fakire.**  
!! Lebend !! **Atom**  
Prinz **Atom**  
der kleinste Mensch der je gelebt.  
Alles ohne Extra-Entrée!  
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Casino-Theater**  
Rothbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Auf allgemeinem Wunsch  
bis zum 31. Mai:  
Familie  
**August Knoche.**  
Knoche: Dr. Hans Berg.

**Volgt-Theater**  
Gesundbrunnen Badstr. 58.  
Mittwoch, den 18. Mai 1910  
Große Elite-Verstellung.  
**Ueberr großen Teich.**  
Gr. Solist mit Gesang und Tanz  
in 4 Abteilungen von Adolf Philipp.  
Erstklassige Spezialitäten.  
Anf. 4 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 2 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7—9.  
Täglich:  
**Im Reiche des Mars**  
Spezialitäten, Konzert u. Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Volksgarten-Theater**  
früher Wolmann.  
Badstr. 8, Besim u. Beßermannstraße.  
Täglich: Konzert-, Theater- und  
Spezialitäten-Verstellung. Das Riesen-  
programm. Zur Aufführung gelangt:  
**Der liegende Berliner.**  
Vollständig in 5 Bildern mit Gesang  
und Tanz.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9333.  
**Lebende Photographien.**  
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.  
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.  
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.  
25 Pf. auf allen Plätzen.  
Stets wechselndes Programm.  
Jeden Sonntag im Oberaal:  
**Künstler-Konzert.**  
Entree 15 Pf. Garberode 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.  
**Max Kleins Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: **Rudolph Krüger.**  
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-  
Vorstellung.**  
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,  
Kapellmeister: Max Wolfthelm.  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2, 8 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Tenoristen-Vogel.  
Ein Künstlerbild v. Maysel  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., u. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntag 50 Pf. Dauer: 6 M.

**Passage-Panoptikum.**  
Heute  
Beginn der **Volkstage!**  
Jeder Erwachsene ein Kind  
frei! Jedes Kind erhält  
ein Geschenk!  
**Die heiligen Fakire.**  
!! Lebend !! **Atom**  
Prinz **Atom**  
der kleinste Mensch der je gelebt.  
Alles ohne Extra-Entrée!  
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Casino-Theater**  
Rothbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Auf allgemeinem Wunsch  
bis zum 31. Mai:  
Familie  
**August Knoche.**  
Knoche: Dr. Hans Berg.

**Volgt-Theater**  
Gesundbrunnen Badstr. 58.  
Mittwoch, den 18. Mai 1910  
Große Elite-Verstellung.  
**Ueberr großen Teich.**  
Gr. Solist mit Gesang und Tanz  
in 4 Abteilungen von Adolf Philipp.  
Erstklassige Spezialitäten.  
Anf. 4 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 2 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7—9.  
Täglich:  
**Im Reiche des Mars**  
Spezialitäten, Konzert u. Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Volksgarten-Theater**  
früher Wolmann.  
Badstr. 8, Besim u. Beßermannstraße.  
Täglich: Konzert-, Theater- und  
Spezialitäten-Verstellung. Das Riesen-  
programm. Zur Aufführung gelangt:  
**Der liegende Berliner.**  
Vollständig in 5 Bildern mit Gesang  
und Tanz.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9333.  
**Lebende Photographien.**  
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.  
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.  
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.  
25 Pf. auf allen Plätzen.  
Stets wechselndes Programm.  
Jeden Sonntag im Oberaal:  
**Künstler-Konzert.**  
Entree 15 Pf. Garberode 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.  
**Max Kleins Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: **Rudolph Krüger.**  
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-  
Vorstellung.**  
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,  
Kapellmeister: Max Wolfthelm.  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2, 8 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Tenoristen-Vogel.  
Ein Künstlerbild v. Maysel  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., u. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntag 50 Pf. Dauer: 6 M.

Unserem Parteimitglied  
**Ernst Krieg**  
 senden die Genossen des 148a-  
 Bezirks die besten Glückwünsche  
 zu seinem Geburtstage. 21626

Sozialdemokratischer Wahlverein  
 für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Landsberger Viertel.  
 (Bezirk 373, Teil II.)  
**Nachruf.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Genosse, der Mitgl.  
**Adolf Kressin**  
 Doltger Str. 49  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung fand am 17. Mai  
 in Friedrichshagen statt.  
 218/15 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein  
 für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
 Landsberger Viertel.  
 (Bezirk 357, Teil III.)  
**Nachruf.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Genosse, der Galtwitz  
**August Goldbach**  
 Löwelstraße 14  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung fand am 17. Mai  
 in Friedrichshagen statt.  
 218/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein  
 für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
 Landsberger Viertel.  
 Bezirk Nr. 396. — Teil I.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Genosse, der Mitgl.  
**Julius Drenke**  
 Hornsdorfer Straße 15  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 19. Mai, nach-  
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle  
 des Georgen-Kirchhofes, Lands-  
 berger Wäse aus statt. 218/2  
**Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein  
 für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
 Frankfurter Viertel.  
 Bezirk 309.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unsere Genossin  
**Charlotte Altendorf** geb. Schlaachta  
 am 18. Mai im Alter von 42 Jahren  
 nach längerem Leiden in der Irren-  
 anstalt Buch verstorben ist.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 18. Mai, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
 halle der Anstalt aus nach dem  
 hiesigen Friedhof in Buch statt.  
 Leidtragende wollen den Zug  
 vom Stettiner Vorort-Bahnhof  
 um 8 1/2 Uhr benutzen.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 218/3 **Der Vorstand.**

Allen Freunden, Verwandten  
 und Bekannten die traurige Nach-  
 richt, daß meine liebe Frau und  
 gute Mutter 21648  
**Charlotte Altendorf** geb.  
 nach langen, schweren Leiden in  
 der Irrenanstalt Buch im Alter  
 von 42 Jahren verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet von der  
 Leichenhalle der Anstalt nach dem  
 hiesigen Friedhof in Buch heute  
 Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, statt.  
 Um stille Teilnahme bitten  
 O. Altendorf nebst Sohn.  
 Teilnehmer fahren ab 8 1/2 Uhr  
 Stettiner Vorort-Bahnhof.

**Dr. Schönemann**  
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,  
 Frauenkrankheiten,  
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
 Wochentags 10-2, 5-7.

**Westmanns Trauermagazin**  
 Extra-Abteilung  
 I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
 Straße 37a (2. Haus von der  
 Jerusalem Straße).  
 II. Gesch.: Berlin NO., Große  
 Frankfurter Str. 115 (2. Haus  
 von der Andreasstraße).  
 Sehr gr. Auswahl fert. Kleider,  
 Hüte, Handschuhe, Schleiher  
 etc. v. einfachsten bis zum  
 elegantesten Genre zu äußerst  
 niedrigen Preisen.  
 Sonder-Abteilung:  
**Maßanfertigung** in  
 10 bis 12 Stunden.

Sozialdemokrat. Wahlverein  
**Rixdorf.**  
 9. Bezirk.  
 Den Genossen zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Böttcher  
**Emil Golembiewski**  
 am 15. Mai an der Proletarier-  
 krankheit verstorben ist. 235/2  
 Derselbe war bis zu seiner  
 schweren Erkrankung Bezirksführer  
 des 9. Bezirks, als welcher er  
 stets eifrig seiner Tätigkeit oblag.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 19. Mai, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Rixdorfer Friedhofes am  
 Mariendorfer Weg aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Böttcher,  
 Weinküfer und Hilfsarbeiter  
 Deutschlands. — Filiale Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege  
**Emil Golembiewski**  
 am 15. Mai an der Proletarier-  
 krankheit im Alter von 42 Jahren  
 gestorben ist. (Vehle Beschäftigung  
 Vereinsbrauerei Rixdorf.)  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 19. Mai, nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Rixdorfer Gemeinbe-  
 Friedhofes am Mariendorfer Weg  
 aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 237/3 **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse  
 der  
**Mechaniker, Optiker**  
 u. verwandten Gewerbe zu Berlin.  
 Freitag, den 27. Mai 1910,  
 abends präzis 8 Uhr:  
**Ordentliche**  
**General-Versammlung**  
 sämtlicher Vertreter  
 in den „Arminshäusern“, Komman-  
 dantenstraße 58/59.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abnahme der Jahresrechnung für  
 1909, Bericht der Revisoren, De-  
 gorgerteilung.  
 2. Antrag des Vorstandes auf Ab-  
 änderung des § 49 Abs. 2 und 3  
 des Statuts.  
 3. Bericht und Neuwahl der Be-  
 schwerdekommision.  
 4. Definitive Entlassung von Beamten.  
 5. Anträge der Beamten auf Un-  
 rechnung der Dienstjahre und ander-  
 weitige Festsetzung der Steigerungs-  
 sätze uhm.  
 6. Eine Unterstufungsache.  
 Berlin, den 14. Mai 1910.  
**Der Vorstand.**  
 J. L. M. Gutsch, Vorsitzender.  
 Beschwerden, zu deren Erledigung  
 die Einsicht der Kassenaften erforderlich  
 ist, sind bis zum 23. Mai schriftlich im  
 Kassenslokal einzureichen. 275/16  
 Die Generalversammlung wird  
 pünktlich eröffnet.

Glumen- und Kranzbinderei  
 von **Robert Meyer,**  
 nur Mariannen-Straße 2.  
 + Hygienische Bedarfs-  
 artikel  
**Drogerie Zaremba,**  
 Weinbergweg 1. dir. a. Rosenthaler  
 Tor. Billigste Bezugsquelle  
 Verkauf f. zur dauernden Kundschafft

**Ungewitter.**

**Pappel-Allee 11** 1 Minute Schön-  
 hausen Allee:  
 Großer Saal mit Zimmer u. Küche.  
 3-Zimmerwohnung mit Mädchen-  
 zimmer, Küche, Speisekammer, Bad,  
 elektr. Licht; Restaurant: 2 Zäden,  
 große Küche, Speisekammer, Zimmer,  
 großer Saal per sofort.

**H. Pfau, Bandagist**  
 Berlin Direksenstraße 20  
 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und  
 Volksparkstr. — Amt VII. 13799.  
 Für Damen Frauen-Bedienung. \*  
 Spezialist für alle Krankheitsfälle.

**Syphilis-Nachweis**  
 in allen frischen u. veralteten zweifelhaft.  
 Fall durch wissenschaftl. Untersuchung  
 sofort; desgl. Garm- (pog. auf  
 Gonorrhoe-Fäden) u. Spuhm-Analysen.  
 Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,  
 Friedrichstr. 189, im Kronen- und  
 Nohrenstr. 1, 6734. Pers. Nachspr.  
 blatt. u. telefon. Geschäft von 8-8  
 Sonntags von 12-1.

Haben Sie Stoff?  
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
 nach Maß, schnell, dänisch, Latzeln,  
 von 20 Mark an. Moritz Laband,  
 Neue Promenade 11 (Stadt-Börse).

**Verein für Frauen u. Mädchen  
 der Arbeiterklasse.**  
 Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Kommandantenstr. 72:  
**Versammlung.**  
 Vortrag von Frau Dr. Julie Zadek über die Dichter der Welt:  
 Winifrid Nixis und Theodor Fontane. Zahlreiches Erscheinen not-  
 wendig. Gölle herzlich willkommen. 55/10 **Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse Reinickendorf.**  
 Rechnungsabschluss für das Jahr 1909.

a) Einnahmen:		b) Ausgaben:	
1. Kassenbestand für den Anfang des Rechnungsjahres	2 593 25	1. Für ärztliche Behand- lung	28 613 00
2. Einlagen von Kapitalisten	1 450 74	2. Für Arznei und Heil- mittel	23 902 93
3. Eintrittsgelder	8 584 00	3. Krankengelder:	
4. Gesamtbeiträge (Anteil der Arbeitgeber und Arbeitnehmer)	178 764 66	a) an Mitglieder	75 861 15
5. Erstattungen für ge- währte Krankenunter- stützung	1 332 10	b) an Angehörige	2 893 13
6. Erstattungen von Berufslosen an Kran- kenanstalten	2 976 95	4. Wöchnerinnenunter- stützung	3 231 88
7. Entnahme aus dem Reservefonds	7 000 —	5. Sterbegelder	2 657 50
8. Sonstige Einnahmen	1 050 83	6. Kur- und Verpfle- gungskosten an Kran- kenanstalten	30 302 01
a) im ganzen	1 050 83	7. Erstattungen für ge- währte Kranken- unterstützung	6 050 81
		8. Zurückgezählte Bei- träge und Eintritts- gelder	432 90
		9. Für Kapitalanlagen, Zuführungen zum Reservefonds	1 456 74
		10. Verwaltungsausgaben	19 827 68
		a) persönliche	2 364 97
		b) sachliche	908 01
		11. Sonstige Ausgaben	
<b>Summa</b>	<b>198 760 89</b>	<b>Summa</b>	<b>190 908 61</b>

c) Abfluß:  
 Summe der Einnahmen . . . . . 198 760,89 M.  
 Summe der Ausgaben . . . . . 190 908,61  
 Kassenbestand . . . . . 7 852,28 M.

Reinickendorf, im Mai 1910.  
 275/17 **Der Vorstand. J. Senf.**

**Ausschneiden! Restaurateure! Aufbewahren!**  
**Universal-Wasser-Turbine**  
 mit automatischer Ein- und Ausschaltung  
 D. R. G. M. 308752  
**zum Antrieb für Musikwerke.**  
 Beste u. billigste Ersatz für Akkumulatoren.  
 Keine Betriebsstörung, keine Reparaturen.  
 Ruhiger Gang! Geringer Wasserverbrauch!  
 Alleiniger Fabrikant: **Carl Sieber,**  
 Berlin N. 65, Liebenwalder Straße 55.  
 Amt. Mb. 4302.

**Phänomen**  
 Cigaretten  
**Qualitätsmarke**  
 mit und ohne, auch mit  
**Goldmundstück, St. 2, 3, 4 und 5 Pf.**  
**Cigarettenfabrik NAMKORI**  
 Bei Wagenkatalogen der Erwachsenen muß eine leicht ver-  
 dauliche Raucher gegeben werden, welche dem Körper außerdem recht viele  
 Nährstoffe zuführt. Als solche Raucher ist „Ruseka“, welches sehr zu-  
 träglich ist und durch seinen Gehalt an Eiweiß und Mineralstoffen eine  
 fröhliche Raucher darstellt, zu empfehlen.

**S. WESTMANN**  
 Westmann  
 Mohrenstr. 37a  
 und  
 Großer Frankfurter  
 Str. 115.

**Gestürmt**  
 wird der Reise- und Saison-Räumungsverkauf bei  
**WESTMANN**  
 Mohrenstraße 37a Grosse Frankfurterstr. 115  
 nahe Jerusalemstr. nahe Andreasstrasse  
 weil jetzt die Lager, die einen Wert von ca. M. 400 000 reprä-  
 sentieren, zu jedem nur irgend annehmbaren Preise verkauft  
 werden.  
**Dauer nur ganz kurze Zeit! Daher grosse Elle geboten!**  
**Kostüme, Mäntel, Kleider**  
**Pelerinen, Umhänge, Wetter-Capes**  
**Kimonos, Röcke, Beduinen**  
 sowohl in leichten luftigen, wie  
 winterfesten, dicken Stoffen, also  
 Leinen, Seide, Gambia, Tüll,  
 Tuch, Loden, Cheviot etc.  
**Auswahl unbegrenzt!!**  
 auch für starke Figuren  
 Eleg. Genre f. Sommerfrisch u. Land  
 Hochparade Fasces für Bad u. Strand  
 Pr. Uv. 100: 12 1/2, 15, 22 1/2, 25, 32 1/2, 35  
 1/2, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100  
 Pr. Uv. 100: 45, 48, 50 usw. b. M. 400  
 1/2, 20, 22 1/2, 27 usw. b. M. 100

**Gratis 2 1/2 m Stoff zu einem Rock**  
 auf Wunsch bei Einkauf v. nur M. 12 an.

**Trauer-Magazin** ges.  
 Extra-Abteilung für fert. Trauer-  
 kleider, Blusen, Hüte, Schleiher etc.

**Beim Einkauf**  
 eines  
**modernen Waschmittels**  
 überzeugen Sie sich  
 davon, dass man  
 Ihnen das Richtige  
 für die Wäsche gibt:

**„Ozonit“**  
 (Prof. Giessler's Patent)  
**das moderne  
 Waschmittel.**  
 Ges. gesch.

**Reingefallen**  
 sind Sie, wenn Sie  
 beim Einkauf von  
 Velichauspulver  
 nicht auf den Namen  
**„Goldperle“**  
 und Schutzmarke Kammerer achten.  
 Jedes Paket enthält eine entzückende Ge-  
 schenkebeilage. — Alleiniger Fabrikant:  
**Carl Fentner, Pöppingen.**

**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**  
 Alkoholarmes  
 Spezialbräu.  
 Ärztlich empfohlen für  
 Nerven, Blutsüchtige,  
 nährnde Mütter etc.  
 Preis pro Flasche 10 Pfg.  
 Gebirgskäse.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.**  
 BERLIN - PANKOW.  
 Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

**Warnung!**  
 Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit  
 Nachahmungen meines **Kapitän-Kautabak** in  
 Umlauf.  
 Der **Kapitän-Kautabak** ist nur  
 echt mit Zettelaufgabe und Etikette mit der Aufschrift:  
**Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak**  
 (ges. gesch. 75 658).  
 Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kau-  
 tabake ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzu-  
 weisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, da-  
 mit ich dagegen einschreiten kann.  
**Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,**  
 Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

Seit Jahren ist ich an lästigen  
 Gesichtsausschlag und  
**Bartflechte.**  
 Nach Anwendung von Jucker's  
 Patent-Weißseife bin ich  
 seit 7 Jahren geheilt. J. R. in D.  
 a. 80 Pf. (15 1/2) und 1,50 M.  
 (35 1/2) (stärkte Form). Dargest.  
 Jucker-Creme 75 Pf. u. 2 M.  
 fern. Jucker-Weife (mild) 50 Pf.  
 u. 1,50 M. In Berlin in Schreie  
 Drogerie (Apoth. d. Strafe), Frankf.  
 Allee 120, C. Sauter, Gausler-  
 Straße 87, Hugo Schick, Wälder-  
 drogerie, Müllerstr. 160a, Otto Binder,  
 Bringenallee 29; in Rixdorf,  
 Drogenhaus Vincent, sowie in  
 (Apoth. d. Strafe), Drogerie u. Parfüm.  
 Nichts anderes aufreden lassen. Es  
 gibt dafür keinen Ersatz!

**Große Firma**  
 vergibt durch Privatband Bettmöbel  
 und Decken jeder Art, Korsetts,  
 Teppiche, Gardinen und Stores.  
 Ohne Anzahlung, bei kleinen Raten,  
 keine Rasterei.  
 Zuschriften unter U. W. 100,  
 Fortwärts-Expedition, Auguststr. 50.

**Parzelle M. 1100,**  
 100 M. u. verl. Kolonie  
 Dohm Biedorf, Marzahner  
 Str. 3, part. Tel. 24. 676.



Partei-Angelegenheiten.

Boisdam. Heute Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet für die Wahlvereinsmitglieder in allen Bezirken Wahl- abend statt.

Berliner Nachrichten.

Pfingsten mit Donnerwetter.

Das war die Signatur der Feiertage. Es schien beinahe, als ob Allmutter Natur uns die Feiertagsfreude mißgönnte und uns nasführen wollte. Der mächtige „Gof“ um den Mond am Pfingstabend ließ schon für Wetterkundige nicht das Allerbeste ahnen. Aber beide Hauptfeiertage brachen so wunderherrlich an, daß man Mut bekam und in aller Herrgottsfürbe mit Kind und Kegel auswärmt. Die Frühkonzerte waren nicht so gut wie in früheren Jahren besucht. Viele Großstädter sind in unserer nach Erwerb hastenden Zeit fünf Minuten vor dem Feiertag vollständig abgearbeitet und wollen erst mal tüchtig auschlafen, ehe sie an das Vergnügen denken können. Andere ziehen es vor, anstatt sich in Biergärten bei immer denselben Darbietungen festzusetzen und sich vielleicht den Nachmittag zu verderben, frühzeitig die weite freie Natur aufzusuchen. So waren denn die von kleinen Gruppen und in Scharen unternommenen Pfingstpartien, wie man auf allen Bahnhöfen beobachten konnte, überraschend groß. Das Gewitter, welches am ersten Feiertag mit anhaltendem Regen schon in der vierten Nachmittagsstunde niederging, machte ungezählten Tausenden den ersten dicken Strich durch das Feiertagsprogramm. Selbst als der Himmel endlich ein Einsehen hatte, traute man dem Frieden nicht mehr und blieb lieber zu Hause oder doch innerhalb der Stadt. Deito reichlicher sollte die Pfingstfreude am Montag nachgeholt werden. Das war bis zum Spätnachmittag ein Pfingsttag, so prächtig, wie man sich ihn nur wünschen konnte. Nicht zu warm und nicht zu kühl, das echte Berliner Landpartiewetter. Halb Berlin wanderte aus. Die Straßenbahnen und Omnibusse taten ihr möglichstes, um sich für die fette Einnahme durch geordneten Verkehr zu reorganisieren, während es im königlich preussischen Eisenbahnreich wieder die fahrbekannteren Maderien gab, mit Eisenbahnabteilen voll wie Heringsbüschel. Und dann kam das zweite, noch dickere Feiertagsende nach, ein wolkenbruchartiges Unwetter, das sich namentlich über dem Grunewald und über den westlichen Vororten mit elementarer Gewalt länger als eine Stunde entlud. Von allen Seiten zogen die Gewitter heran und prallten aufeinander, ein schaurig-schönes Schauspiel. Aber mit dem Aufenthalt im Freien war es infolge der niedergegangenen kolossalen Wassermengen vorbei. Zehntausende hatten in dem starken Hagelschlag nicht rechtzeitig unter Dach und Fach kommen können, wurden durchnäßt bis auf die Haut. Kinder schrien vor Angst, Frauen wurden ohnmächtig. Die Verkehrsinstitute zeigten sich dem nun verfrühten Ansturm zur Rückbeförderung nicht gewachsen. Fast auf allen von dem Wolkenbruch berührten Strecken gab es Störungen.

Wolkenbruch im Grunewald.

Am schwersten entlud sich das Unwetter am zweiten Feiertag im Grunewald. Wolkenbruchartig gingen die Wasser Massen nieder und brachten damit viele Tausende Berliner Ausflügler in schwere Verdrängnis. Tausende wurden total durchnäßt; die Garderobe von den Damen war kaum wieder zu erkennen. An vielen Stellen standen die aufgeschwemmten Bächen, Familien mit zahlreichen Kindern zu Hunderten zusammengedrängt unter den wenig Schutz bietenden Mäxern, unbekümmert um die große Gefahr, die durch die Ansammlung so vieler Menschen entstand. Die Wege waren in kurzer Zeit vollständig überflutet. Es wurde immer ungemütlicher, der Regen mit Hagel vermischte wurde von Stunde zu Stunde heftiger, so daß schließlich der Heimweg im strömenden Regen angetreten werden mußte. Die Verkehrsmittel reichten natürlich für den plötzlichen großen Verkehrsandrang bei weitem nicht aus. Unbeschreibliche Szenen spielten sich besonders an den Dampferanlegestellen an der Havel, am Wannsee usw. ab. Trotz der höchst ungemütlichen Lage der meisten Ausflügler kam der unverwundliche Berliner Humor jedesmal wieder zum Durchbruch, wenn Hunderte von durchwässerten, pudelnaßten Männlein und Weiblein in nicht zu beschreibenden Aufzügen, zerknickten Hüten, durchweichten Stiefeln, triefend, schimpend, ungeniert und mit über den Kopf gezogenen Unterleibern in den Treffpunkten, Bahnhöfen, großen Etablissements anlangen und dort kein Unterkommen mehr finden konnten, weil schon alles besetzt war. Den Fuhrwerksbesitzern ging es nicht besser als den Fußgängern, besonders die in offenen Wagen Sitzenden waren naß wie die Katzen.

Die Lokale im Grunewald wurden von den Schutz suchenden Ausflüglern förmlich gestürmt, aber nur ein kleiner Teil fand Unterkommen. Dabei erhielten sorgfältige Blitze die Nacht. Frauen und Kinder stießen Schreidreie aus. In dem etwas tiefergelegenen Lokal Weidpark schlüpfeten vor den eindringenden Wassermassen zahlreiche Personen in die Kaffeeküche; aber auch hier drang das Wasser ein, und beherzte Männer mußten sich an die Rettung der Frauen und Kinder machen. Die nach den Bahnhöfen führenden Tunneln mußten durchwassert werden, da auch hier große Wassermengen sich angeammelt hatten. Von allen Seiten wurden die Feuerwehren alarmiert, um in zahlreichen Fällen auch als Samariter helfend einzugreifen. Bei Lichtlamp war ein Dammmusch erfolglos, der zu einer erheblichen Einschränkung des Eisenbahnverkehrs führte. Die Eisenbahnverwaltung gibt folgende amtliche Meldung heraus: „Berlin, 18. Mai. Amtliche Meldung. Infolge eines heute abend zwischen 8 und 9 Uhr westlich von Berlin niedergegangenen wolkenbruchartigen Gewitterregens wurden die Gleise Charlottenburg-Grunewald, Grunewald-Westend und das Gleis Charlottenburg-Spandau an mehreren Stellen durch Sand überspült und unfahrbar. Das Gleis Charlottenburg-Spandau und die Strecke Grunewald-Westend konnten nach kurzer Zeit, die Gleise der Strecke Charlottenburg bis Grunewald dagegen erst gegen 12 Uhr nachts geräumt werden. Die Stadtring- und Vorortzüge erlitten Verspätungen bis zu 85 Minuten, die Fernzüge von und nach dem Westen bis zu 70 Minuten. Der Verkehr Grunewald-Charlottenburg wurde auf den Ferngleisen aufrecht erhalten.“

Auf der Tegeler sogenannten Sechserbrücke, die vom Oststrand des Tegeler Sees über den Tegeler Hafen nach dem Walde führt, spielten sich, wie man uns schreibt, am zweiten Pfingstfeiertag während des großen Gewitters und nach demselben empörende Szenen ab. Da fast alles um 7 Uhr nach Hause strömte, stauten sich plötzlich auf der Brücke und ihrem nördlichen Zugange

gegen dreitausend Menschen. Die Brückenbeamten, in der Zahl reichlich genug, erwiesen sich gegenüber dem Andrang, wie auch sonst an Verkehrsfontagen, vollständig unfähig. Sie ließen, um eine peinlich genaue Viszitenkontrolle durchzuführen zu können, die förmlich eingeleitete, mit Regenschirmen bewaffnete, unter Blig und Donner ängstlich schreiende Menge durch einen noch nicht einen vollen Meter breiten Durchgang passieren, während das dreimal so breite eiserne Gitter dicht daneben erst nach 20 Minuten geöffnet wurde, als die Erregung des Publikums auf den Höhepunkt wuchs und die Beamten endlich zur Bestimmung kamen. Sofort wickelte sich der Verkehr einigermaßen glatt ab, während vorher durch das Ungeheuer der Brückenwärter das schwerste Massenunglück leicht hätte passieren können. Ließ man doch auf die nach Berlin zurückströmende Menge auch von der anderen Seite ohne Ueberlegung Passanten, die nach den Tanzsälen der Waldloale wollten, durch! Empörend war, wie uns Augen- und Ohrenzeugen berichten, das Betragen des Brückenpersonals, das sich ohne zwingenden Grund gegenüber durchaus anständigen Damen sogar zu rohen Tätlichkeiten hinreißt ließ. Man wurde gestoßen, angepöckelt und angefahren wie von Berliner Schuppleuten bei Straßendemonstrationen.

Die Klagen über diese Hofenbrücke sind so alt wie ihr Bestehen. Eigentümer sind je zur Hälfte das Gut und die Gemeinde Tegel. Wenn die Brückenverwaltung die Brücke nicht zur unentgeltlichen Benutzung freigeben will, so läßt sich vorherhand nichts dagegen tun. Dann muß aber energisch verlangt werden, daß die Verwaltung dem Publikum gegenüber voll und ganz ihre Pflichten als Verkehrs-gesellschaft erfüllt. Das ist jetzt in keiner Weise der Fall. Auch bei gutem Wetter und Massenandrang bleibt fast immer der Hauptdurchgang, das breite Gittertor, zur bequemeren Viszitenkontrolle gesperrt, was jeden Sonntag zu Sturmigen Anläß gibt. Schon im öffentlichen Sicherheitsinteresse hat die stetige Desinnung dieses Haupt-einganges zu geschehen. Verhält sich die Brückenverwaltung noch wie vor, so muß das Publikum ein Nachtwort sprechen. So wie bisher geht es nicht mehr weiter. Oder die Brücke muß p l a n m ä ß i g von den Ausflüglern mit einem kleinen Umweg um Schloßpark Tegel gemieden werden.

Auf den Gewässern der Umgebung Berlins

hatte sich an den beiden Pfingstfeiertagen ein lebhafter Ruder- und Segelverkehr entwickelt, wie er bisher wohl noch nicht beobachtet wurde. So konnte man beispielsweise auf dem Müggelsee, auf dem Wannsee und auf dem Tegeler See Hunderte und Aberhunderte von Booten beobachten, und so manches der Fahrzeuge wurde von recht unsicherer Hand geleitet. Dies war wohl die Hauptschuld an den Unfällen, die sich besonders am Nachmittag des ersten Feiertages ereigneten. Auf dem Müggelsee und auf der Obersee kenterten nicht weniger als neun Boote. Zwei davon waren mit je sechs Personen besetzt, die aber alle gerettet werden konnten. Bei einem Bootunfall, der sich auf der unteren Havel ereignete, fand ein junger Mensch den Tod in den Fluten. Das Fahrzeug war durch die hochgehenden Wellen eines vorüberkommenden Dampfers ins Schwanken gekommen und durch den Führer infolge falschen Ruderns zum Kentern gebracht worden. Es gelang leider nicht, den Ruderer zu retten. — Vom Lobe des Ertrinkens wurden auf dem Tegeler See drei junge Leute gerettet. Sie waren ebenfalls des Ruderns nicht kundig und gerieten mit ihrem Fahrzeug in die Wellen eines Dampfers, wodurch das Boot umstürzte und alle drei ins Wasser stürzten. Die Mannschaften eines hinzukommenden Motorbootes retteten die Gefährdeten.

Ein Dampferunfall, der zum Glück ohne schwere Folgen blieb, ereignete sich am Abend des zweiten Feiertages auf der Havel kurz vor Spandau, aber den wie folgt berichtet wird: Gestern abend um 9 1/2 Uhr kam der vollbesetzte Dampfer „Leopold von Ranke“ von Potsdam die Havel herauf und versuchte die geschlossene Drehbrücke an der Lehrter Eisenbahn zu passieren. Dabei rammte er sich fest und der Schornstein mit dem Dampfrohr wurde eingedrückt. Infolge des Geräusches, das der ausströmende Dampf verursachte, entstand eine furchtbare Panik. Männer und Frauen schrien um Hilfe, so daß von allen Seiten Polizei und andere Leute hinzuliefen, die die verzweifelt Menschen aus dem Dampfer herausholten. Einzelne Personen, namentlich Männer, waren bereits über Bord gesprungen und wurden von den in der Nähe liegenden Dampfern aufgelesen. Anscheinend sind weder Verletzungen schwerer Art noch Menschenleben zu beklagen. Einige Frauen haben einen Nervenschoc erlitten. Nach ungefähr zweistündiger Arbeit waren sämtliche Personen durch Boote oder über die Eisenbahnbrücke aus dem Dampfer herausgeholt, der dann mit Wasser gefüllt werden mußte, damit er unter der Brücke fortgebracht werden konnte. Gegen 1 Uhr nachts war die Passage wieder frei.

Die Dampfer-Gesellschaft „Stern“ teilt hierzu mit: Gestern abend gegen 9 1/2 Uhr kam der besetzte Dampfer „Leopold von Ranke“ vor die Lehrter Eisenbahnbrücke in Spandau. Durch das Unwetter waren wahrscheinlich die Signallampen der Brücke nicht in Ordnung; in dem Glauben, daß die Brücke offen sei, steuerte der Steuermann das Schiff in langsamer Fahrt durch die Brücke. In demselben Moment bemerkte er, daß diese geschlossen war. Infolgedessen wurde der Schornstein heruntergeschlagen und das Rohr der Dampfseife beschädigt. Aus diesem Rohr strömte Dampf heraus. Dadurch entstand eine Panik auf dem Schiff, da das Publikum glaubte, es habe eine Kesselexplosion stattgefunden. Das Sonnenzelt wurde teilweise herabgerissen. Menschen sind aber nicht verletzt. Der Schiffsführer versuchte das Publikum zu beruhigen und brachte dasselbe zum Teil über die anwesenden Schleppdampfer ans Land, zum Teil wurden die Passagiere durch zwei Motorboote der Gesellschaft nach Spandau gebracht, so daß sie von dort aus die Rückfahrt mit der Bahn antreten konnten.“

In schwerer Gefahr gebracht wurden am zweiten Feiertag abends zwischen 9—10 Uhr Personen, die sich in Tegelort einem der Motor-gesellschaft Pieper gehörigen Motorboote zur Beförderung nach Tegel anvertrauten. Das Boot faßt nur 40 Personen, es waren aber mindestens die doppelte Zahl auf demselben. Es stellte sich heraus, daß das Boot defekt war und gänzlich fahrtunfähig. Die Maschine versagte und so trieb sich das Boot lange Zeit willenlos auf dem See umher. Beleuchtung fehlte, nur der Blig erhellte auf einen Augenblick die Situation. Es entstand eine Panik; Frauen und Kinder schrien jämmerlich; Frauen versuchten in Schreitimpfen und es bedurfte erheblicher Anstrengungen entschlossener Männer, die Gemüter zu beruhigen und Schlimmeres abzuwenden. Dampfer der Stern-Gesellschaft und ein zweites Motorboot des Herrn Pieper fuhren vorüber, ohne das in Gefahr befindliche Boot in der Dunkelheit zu bemerken. Später nahm ein kleiner Dampfer das Boot ins Schlepptau und brachte es nach Tegel.

Passagiere haben den Vorfall der Polizei zur Kenntnis gegeben. Das Motorboot soll schon vor dieser Fahrt nicht mehr funktioniert haben.

Gewitter verbunden mit Hagelschlag ging auch gestern wieder über Berlin nieder. Die Hagelkörner hatten zuweilen die Größe von Taubeneyern

Der Fluchtlinienplan für die Durchlegung der Lindenstraße durch das sie vom Spittelmarkt trennende Bauviertel hat die königliche Genehmigung erhalten und wird jetzt vom Magistrat endgültig öffentlich ausgelegt werden. Der neue zur Entlastung des südlichen Teils der Leipziger Straße bestimmte Verkehrsweg wird in einer Breite von 24 Meter bei einer Fahrdammbreite von 15 Meter die Lindenstraße gradlinig durch die Grundstücke Kommandantenstraße 81 und 82, Weuthstraße 14, 15, 11 und 12 nach der Ecke Spittelmarkt und Wallstraße fortführen.

Ueber Mißstände in der Irrenanstalt Dalldorf brachte die „Zeit am Montag“ gestern einen Bericht. Danach seien in einer Versammlung des Personals der genannten Anstalt folgende Klagen erhoben worden: Haus I werde im Durchschnitt mit 140 Patienten und 18 Pflegern belegt. An Schlafstätten sind 14 Zimmer mit 127 Betten vorhanden. Diese Zimmer haben zusammen 2700 Kubikmeter Luftraum. Es kommen mithin auf die Person etwa 22 Kubikmeter, statt 40—60 Kubikmeter, wie die Vorschrift lautet. Die Luft, die darin herrsche, sei oft zum Unkommen. Das Personal müsse sich in denselben Betten waschen, welche von den Patienten, die oft mit ansteckenden Krankheiten befallen sind, benutzt werden. Die größte Mißwirtschaft bestehe jedoch im Badehaufe. Dort bestände sich ein Bassin, das einen Wasserstand von etwa 1,20 Meter enthalte. In diesem bade das Personal von Haus I, der Idiotenanstalt und der Küche. Das Wasser werde jedoch nur einmal in der Woche erneuert! Dall-dorf versorge sich selbst mit Trinkwasser; dieses habe jedoch meistens eine gelblich schmutzige Farbe, sei ungenießbar. Sehe man die Etats durch, so müsse man staunen, was das Personal und die Patienten für gutes Essen erhalten. In Wahrheit sei das Gegenteil der Fall. Das Gemüße sei gewöhnlich nur halb gar gekocht und komme bereits kalt auf den Pflögertisch. Die Wurst sei voller Sehnen und Gebärm. Das Extracessen bestehe meistens aus einer kleisterigen Sauce, kaltem Fleisch und Kartoffeln. Am Donnerstag gebe es gewöhnlich Bratkartoffeln mit Rindfleisch. Das Personal erhalte dazu eine saure Gurke, und dieses nenne man dann Extra-Essen — d. h. außergewöhnlich gut! Die Hälfte des Speises, das gekocht werde, wandere nach der Kolonie in die Schweineställe. Wie befruchtlich hier gewirtschaftet werde, zeige sich darin, daß im Winter 1909 verkaufte Kartoffeln zentnerweise auf den Misthaufen geworfen seien. In der Küche würden Patienten, die mit Syphilis befallen sind, mit Fleischschneiden und dergleichen beschäftigt u. s. w.

In diesen Angaben äußert sich das Nachrichtenamt der Stadt Berlin wie folgt:

Aus einer Versammlung des Pflegepersonals der Irrenanstalt Dalldorf verbreitete eine Zeitungskorrespondenz falsche und übertriebene Klagen über die Zustände in dieser Anstalt. Daß in dem Hause I, welches für die erste Aufnahme bestimmt ist, zuweilen Ueberbelegungen vorkommen, ist richtig. Diese Ueberbelegung findet aber nicht in dem behaupteten Umfang statt und ist unabweisbar, wenn es sich um Kranke handelt, deren Abweisung aus Gründen der Humanität nicht erfolgen kann. Es wird aber unzulässig für eine Verteilung der Kranken Sorge getragen. Daß die Pfleger unter dieser Ueberbelegung mitleiden müssen, folgt daraus, daß man in Dalldorf, der ältesten der Berliner Irrenanstalten entsprechend den damals gestellten Forderungen die Einrichtung getroffen hatte, daß die Pfleger in den Zimmern der Kranken schlafen. In den neueren Anstalten geschieht dies nicht mehr und auch in Dalldorf ist bereits ein Teil der Pfleger in besonderen Wohnräumen im Obergeschosse untergebracht worden. Daß die noch in den Krankenzimmern schlafenden Wärter sich in den Betten waschen müssen, die von anstehend Kranken benutzt werden, ist falsch, anstehend Kranke kommen in die besonderen Räume des Lazarett und haben selbstverständlich ihre besonderen Wasch-gelegenheiten. Das Bassin, über das Klage geführt wird, ist auch noch eine in den anderen Anstalten nicht mehr bestehende, der früheren Irrenpflege entsprechende Einrichtung. Es sind in- zwischen in allen Pavillons Badewannen eingerichtet worden und die Verwaltung ist auf die Benutzung dieses übrigens rings von Wrausebädern umgebenen Bassins nicht angewiesen, die Benutzung wird nicht angeordnet, sondern in das Belieben gestellt. Es wird denn auch nur wenig benutzt, so daß auch hier schon die Ueberbauung des Bassins in Erwägung gezogen ist. Unwahr sind die Angaben über die Beschaffenheit des Trinkwassers. Es wird ständig vom städtischen Untersuchungsamt untersucht, ohne daß sich hierbei über bei den häufigen Revisionen der An-stalt Anstände ergeben hätten. Ueber die Beschaffenheit des Speises sind der Verwaltung keinerlei Klagen zugegangen. Die Bekämpfung, daß syphilitische Patienten in der Küche mit Fleischschneiden beschäftigt würden, ist gleichfalls unwahr. Anstehend Kranke werden selbstverständlich überhaupt in der Küche nicht beschäftigt. Im übrigen werden dort nur weibliche Kranke und diese auch nur mit Reinigungsarbeiten und Kartoffelschälen beschäftigt.

Wir sind im einzelnen nicht unterrichtet, inwiefern die erhobenen Klagen des Personals mit dem Verwaltungsbericht übereinstimmen, haben auch keine Möglichkeit gehabt, eine Nachprüfung der Klagen vorzunehmen. Unserer Verwunderung müssen wir aber Ausdruck geben, wenn die Verwaltung der Irrenanstalt Dalldorf von Klagen des Personals über das Essen keine Kenntnis haben will. Diese Klagen sind leider schon oft erhoben worden und unserer Ueberzeugung nach vollkommen berechtigt. Daß noch keine Abhilfe erfolgt ist, ist schlimm genug.

Töblicher Unfall eines Bankdirektors. Im Bankgebäude des Berliner Kasinovereins, hinter der katholischen Kirche 2, spielte sich am Pfingstmontag früh ein tragischer Vorgang ab. Der dort im dritten Stockwerk wohnende stellvertretende Bankdirektor Adolf Harprecht, der seit 47 Jahren Beamter des Kasinovereins und in letzter Zeit stellvertretender Direktor war, litt an Herzaffektionen. Als er nun vorgestern früh die Jalousien seines Schlafzimmers hochzog und die Fenster öffnete, erlitt er plötzlich einen Krampfanfall. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte in den Garten hinab. Ein von der nächsten Unfallstation herbeigeholter Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen. Harprecht war 66 Jahr alt und hinterläßt zwei Söhne, die beide Bier-gewerkschafter sind.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Sonnabend abend zugezogen. Gegen 10 Uhr verließ die 43jährige Nordwarenhand-lerin Matilde Hahn aus der Luisenstraße 24, an der Ecke der Marien- und Luisenstraße den Hinterperron eines von ihr zur Fahrt nach Hause benutzten Straßenbahnwagens der Linie 57 trotz der Warnung des Schaffners, als sich der Waggon schon in der Anfahrt zur Haltestelle befand. Frau H. kam zu Fall und stürzte so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß sie Bestenfalls liegen blieb. Die Verunglückte erlitt einen schweren Schädelbruch und Bruch des rechten Unterschenkels, sowie erhebliche Hautab-schürfungen und wurde in bedenklichem Zustande in die Charité eingeliefert. — Am 15. Mai, 1. Pfingstfeiertag, abends 8 1/2 Uhr, wurde ein unbekannter Mann, circa 46 Jahre alt, von der Städtischen Elektrischen Straßenbahn an der Berg- und Bernauer-straßeene überfahren. Derselbe wurde blutüberströmt nach dem Lazaruskrankenhause getragen, wo er an einer Kopfverletzung schwer daniederliegt.

Warnung. Bereits im Laufe des vorigen Jahres sind die deutschen Arbeiter in der Presse wiederholt davor gewarnt worden, Beschäftigung bei dem Bau der Madeira-Mamoré-Eisenbahn im Gebiete des oberen Amazonasstroms anzunehmen. Von den Arbeitern, die sich, durch scheinbar günstige Angebote verleitet, im

Derb vorigen Jahren in zwei größeren Transporten aus Deutschland in das Bahngelände begeben hatten, ist eine große Anzahl zu Grunde gegangen. Das äußerst unglückliche Schicksal, sowie zum Teil auch die Verpflegungsverhältnisse im Bahngelände haben in kurzer Zeit die Gesundheit der Leute aufgegeben. Ein großer Teil von ihnen ist den schädlichen Einflüssen des Klimas erlegen; andere sind infolge ihres schlechten Gesundheitszustandes auf lange hinaus arbeitsunfähig geworden. Nach neuen Verichten aus Brasilien hat es den Anschein, als ob die Eisenbahngesellschaft ihre Versuche fortsetzt, Arbeitskräfte für ihr Unternehmen zu gewinnen. Allerdings ist von einer Bedeutung der Anwerbungen auf Deutschland selbst in letzter Zeit nichts mehr bekannt geworden, vielmehr scheinen die Agenten der Gesellschaft zunächst in Argentinien ihre Tätigkeit entwickeln zu wollen. Wie dem auch sei, es kann nicht einkindlich genug vor den Gefahren gewarnt werden, denen deutsche Arbeiter bei dem Bau der Madeira-Mamoré-Bahn ausgesetzt sind. Das Schicksal der im vorigen Jahre dahin ausgereisten Deutschen sollte die Arbeiterschaft davon abhalten, trotz so günstig scheinender Vertragsangebote der für die Eisenbahngesellschaft tätigen Agenten, sich von diesen antworten zu lassen.

Ein Demonstrationzug von Schützenbrüdern bewegte sich am 2. Feiertage unter klingendem Spiel vom Rathaus nach dem Schlesischen Bahnhof, um mit einem Entzug nach Naußdorf zu fahren. An der Markstraße wollte ein Herr, der anscheinend dem besseren Publikum angehörte, eine ungefähr vier Meter breite Rinde des Zuges benutzen, um nach der anderen Seite zu kommen und einen daherkommenden Straßenbahnwagen zu besteigen. Es glückte ihm das auch, aber Schützenbrüder hatten einen Schuttmann auf den Mann aufmerksam gemacht. Dieser holte den Hebelraster vom Straßenbahnwagen herunter und sperrte ihn zur Sache. Einige Angehörige der Gilde meinten: „Das schadet Ihnen gar nichts! Sie haben hier nicht durchzugehen!“

Was die Leute sich eigentlich denken? Und wie kommt der Schuttmann dazu, den Mann zu sperrieren? Dazu hat er doch gar kein Recht. Er sollte im Gegenteil dafür sorgen, daß der Verkehr frei bleibt. Nach Herrn v. Jagow gehört die Straße dem Verkehr. Da haben unsere Genossen am 18. Februar und 8. März ganz anders und zwar aus eigener Initiative dafür gesorgt, daß das Publikum ungehindert die Straße überschreiten konnte. Aber Schützenbrüder scheinen das Privilegium zu haben, den Verkehr stören zu können.

Vor den Augen seiner Geliebten ins Wasser gesprungen und ertrunken ist der 26 Jahre alte Arbeiter Franz Hippe aus der Wiener Straße 45. Der junge Mann hatte seit sechs Wochen ein Verhältnis mit der 20 Jahre alten Kellnerin Frida Stolz, die er in einer Kneipe kennen lernte. In der Nacht zum ersten Feiertage machte er mit ihr und vier seiner Bekannten eine Bierreise. Um 1/2 Uhr nachts verabredete sich das Paar von den Freunden Hippe und ging nach Voghen zu, wo das Mädchen wohnt. Am Luisenstädtischen Kanal verließ sie die Stolz, daß Hippe seinen Freunden Nachricht über sie gesagt habe und erklärte, daß sie aus diesem Grunde an den Feiertagen mit einem anderen ausgehen werde. Darüber kam es denn zu einem heftigen Streit, in dem auf beiden Seiten Schimpfworte fielen. Plötzlich sprang Hippe von der Wassertorbahn in den Kanal. Seine Begleiterin warf ihm den Rettungsboje zu, er stieß ihn jedoch zurück, ging unter und ertrank. Seine Leiche wurde mittags gelandet.

Zehntausende Einbrüche und Diebstähle werden von den Pfingsttagen gemeldet. Die Langfinger benutzten die Gelegenheit, viele während der Feiertage verlassene Geschäfte und Wohnungen gründlich auszuplündern. Am schlimmsten werden immer die ärmeren Leute betroffen, denen vielfach Gegenstände gestohlen wurden, deren Erwerbung ihnen jahrelange Mühe und Arbeit geloset haben.

#### Das Ergebnis der Berliner Flugwoche.

Der Besuch der Berliner Flugwoche in Johannisthal ließ auch an den beiden Pfingstfeiertagen zu wünschen übrig, so daß die Veranstalter mit einem nicht unerheblichen Defizit abschließen dürften. Für die Flugtechnik selbst ist das bedauerlich. Denn innerhalb unserer kapitalistischen Gesellschaft darf die Technik nur dann des Fortschrittes sicher sein, wenn sie auf klingenden Erfolg rechnen kann. An dem, sagen wir einmal nur teilsweisen Gelingen der Flugwoche trug sicherlich nicht nur das recht unglückliche Wetter schuld, sondern auch die Ungeschicklichkeit der Veranstalter. Daß Deutschland, in dem eine Sechsmillionspende für den Grafen Zeppelin zusammenkam, in seinen bestehenden Kreisen so wenig Interesse für die Flugmaschine und ihre Entwicklung bekundet, daß alles in allem nur für 80 000 M. Preise für die Internationale Flugwoche in Johannisthal, die einzige, die in diesem Jahre in Deutschland stattfindet, zusammenkam, ist ein bedenkliches und keineswegs ehrenvolles Zeichen. In Frankreich sind circa 5 Millionen für Preise für die verschiedenen Flugmeetings bereits gesichert, und das demnächst in Budapest stattfindende internationale Flugmeeting zieht circa 1/2 Million an Besuchern an. Das bei den armen Preisen in Johannisthal renommierte Flieger des Auslandes nicht in Betracht kamen, stand von vornherein fest. Man mußte sich deshalb, von einigen unbekanntem Ausländern und dem einzigen Belgier de Caters abgesehen, mit deutschen Fliegern begnügen. Nun hat zwar die Flugwoche in Johannisthal bewiesen, daß auch diese deutschen Flieger, in erster Linie Jeannin, Kapitänleutnant Engelhardt und Frey in ihren Leistungen auch den hervorragenden Ausländern ziemlich ebenbürtig sind, ein Faktum, das beweist, daß der Flugport nicht die Sache einiger Ausgewählter ist, sondern etwas, das von jedem erlernt werden kann; allein die Masse erwartet bei dem Ausbleiben einiger „großer Kanonen“ nur sehr bescheidene Leistungen und blieb der Veranstaltung fern. Das war um so mehr der Fall, als es die Leitung der Veranstaltung an der nun einmal unentbehrlichen Resonanz durch die Presse hatte fehlen lassen. Ein weiterer Fehler war, daß man der Veranstaltung den Charakter des Exklusiv-Sportlichen aufzubringen beliebt hatte, vor allen Dingen damit zu rechnen, daß dem Publikum etwas ins Auge fallendes geboten werden mußte. Den Clou des Flugmeetings bildet allerorten die Weiberung um den Höhenflug. Gerade der Höhenflug beweist ja auch neben dem Dauerflug am augenscheinlichsten, welcher Grad der Beherrschung der Luft durch die Flugmaschinen bereits erreicht ist. In Johannisthal gab es überhaupt keinen Preis für den Höhenflug! Dagegen verlangte man bei dem „Höhenkurvenflug“ allerdings Akrobatikluste, die uns einweilen wirklich noch verfehlt erscheinen. Wenn die Besitzer des Flugplatzes in Johannisthal bei künftigen Veranstaltungen besser abscheiden wollen, werden sie die Veranstaltungen derartig einrichten müssen, daß auch die große Masse auf ihre Kosten kommt. Der Wettbewerb bei Dauer- und Höhenflügen — dem für die Aviation einweilen auch allerwichtigsten — wird bei weitem das lebhafteste Interesse erregen und sollte deshalb die Hauptrolle auf allen Veranstaltungen spielen müssen.

Das Ergebnis der Flugwoche ist folgendes:

Dauerpreis: 1. Preis 10 000 M.: Jeannin (deutscher Harman-Apparat), 2. Std. 11 Min. 2. Preis 2000 M.: Kapitän Engelhardt (Wright), 1. Std. 37 Min. 3. Preis: 1000 M.: Frey (Harman) 50 Min.  
Passagierpreis: 1. Preis 2000 M.: Kapitän Engelhardt, 24 Min. 15 Sek. 2. Preis 1000 M.: Frey, 22 Min. 15 Sek.  
Landungspreis: 1. Preis 4000 M.: de Caters (Voisin), 82,3 Meter von der markierten Landungslinie. 2. Preis 1000 M.: Jeannin, 63,59 Meter.

Meißenpreis: 1. Preis 5000 M.: de Caters, 196,27 Meter mit abgeflistem Motor von einer festgelegten Stelle aus. 2. Preis 2000 M.: Jeannin.

Höhenkonturrenzpreis: 1. Preis 4000 M.: de Caters, 40 Meter drei gesamtzeit unter- bzw. überflogen.

Totalisationspreis für die längste während der ganzen Woche geflogene Zeit: 1. Preis 8000 M.: Jeannin, 6 Std. 13 Min. 2. Preis 2000 M.: Engelhardt.

Tägliche Frühpreise 1000 M. 500 M. gewannen: Engelhardt 2000 M., Jeannin 1500 M., Ehrensen 1000 M., de Caters 2000 M., v. Gorffissen 500 M., Thelen 500 M., Frey 500 M.

Preise für den kleinsten Kreis 7000 M., 8000 M. 1. Preis 7000 M. Jeannin-Berlin, 115 Meter, 2. Preis 8000 M. Frey, 105 Meter.

Ehrenpreis der Stadt Berlin: Jeannin.  
Es gewannen: Jeannin 17 500 M., de Caters 15 000 M., Engelhardt 8000 M., Frey 2500 M., Ehrensen 1000 M., v. Gorffissen, Thelen je 500 M.

Wegen bedeutender Unterzahlungen ist der 35 Jahre alte Bureauvorsteher Georg Krüger aus der Sprengelstr. 83 kündigt. Krüger, der seit fünf Jahren bei einem hiesigen Rechtsanwalt angestellt war, verließ am Tage vor Himmelfahrt seine Frau, mit der er seit acht Jahren kinderlos verheiratet ist, unter dem Vorwande, sich eine neue Stellung ansehen zu wollen. Von diesem Ausgange lehrte er nicht wieder zurück und auch im Geschäft ließ er sich nicht mehr sehen. Nachdem ihm der Rechtsanwalt den Entlassungsbrief gesandt hatte, erschien am nächsten Tage im Bureau eine Frau, die sich erkundigte, wie ihr Ehestandstermin im April ausgefallen sei. Sie zeigte ein mit der Namensunterschrift des Rechtsanwalts versehenes Schriftstück vor, das sie aufforderte, ihre Heiratstrudende noch beizubringen. Sie werde dann von dem Ausfall des Termins benachrichtigt werden. Nun ergab sich, daß der Rechtsanwalt von dieser Scheidungsklage gar nichts wußte. Seine Namensunterschrift war gefälscht. Aber nicht nur auf diesem Schriftstück, sondern auch auf einer Reihe von Quittungen, Krüger hatte allerhand Sachen angenommen, dem Anwalt nichts gesagt und das Geld eingestekt. Die Prüfung der Akten und der Bücher deckte eine ganze Reihe von Unterschlagungen und Fälschungen auf. Wie die Ermittlungen ergeben haben, spielte Krüger den Lebensmann. Er verkehrte viel in den besten Lokalen der Friedrichstadt, fuhr gern Auto und erschien häufig mit kostspieliger Begleitung auf der Rennbahn.

Die Fahrraddiebe treiben es in diesem Frühjahr wieder unheimlich. Im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres sind bereits 150 Fahrraddiebe mehr verurteilt worden als in dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Der Zunahme der Diebstähle entspricht auch die der Festnahme der Diebe. In den Pfingstfeiertagen allein wurden wieder acht dieser Spezialisten festgenommen, ein gewisser Brod in der Denninger, Kerpel in der Eberswalder, Rothom in der Sendel-, Meißner in der Möckernstraße, Lachmann in der Wärdelstraße, Trigalaki und Hellmann in Friedenau, jener in der Stubenrauch-, dieser in der Algenstraße; zuletzt ein Arbeiter Karl Stragowski in der Invalidenstraße. Dieser ist ein alter Bekannter der Strafbehörden. Er hatte in Hohen-Neuendorf ein Rad entwendet und war damit nach Berlin gekommen.

Ein Franzos wurde gestern an der Brommbrücke aus der Spree gelandet. Wie die Ermittlungen ergaben, hat der Leichenteil bereits mehrere Monate im Wasser gelegen. Die Verwesung, die bereits stark vorgeschritten ist, deutet darauf hin. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Leichenteil tatsächlich zu dem seinerzeit aufgefundenen Frauencorpse gehört. Die Fundstelle ist nicht allzuweit von jenem Ort entfernt, an dem seinerzeit der Frauencorpse entdeckt wurde. Vielleicht kam es sich auch um das Bein einer Selbstmörderin handeln.

Strassensperrung. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Kronenstraße von der Friedrichstraße bis zur Kanonierstraße wird behufs Asphaltierung vom 18. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerkzeuge und Reiter gesperrt.

Beim Frühkonzert des Gesangvereins „Solidarität“ in Ludwig's Viktoriagarten, Treptow, ist ein Damenring gefunden worden. Zur Abholung durch die Verliererin liegt derselbe bei Carl Engel, Nizdorf, Weißestraße 24 II, bereit.

Im Thalia-Theater wurde am Sonnabend der Schwank „Gila bei Frauen“ von Alexander Engel und Julius Horst zum ersten Male aufgeführt. In dem Stück spielt eine mit Damenwäsche handelnde Kokotte eine Hauptrolle, die zugleich in der Liebe Stunden gibt, Männern wie Frauen. Die Anglizismen entlockten zwar manchen verständnisvollen Lachen, waren aber im ganzen ohne Einfluß auf die tieferen Schichten der Bevölkerung.

Im Bernhard Hoftheater beherrscht in dieser Woche die erfolgreiche Komödie „Die Schmutzler“ von Dinter den Spielplan.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Berlin. Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr: Übungsbund der 4. Abteilung im neuen Übungslokal in Lichtenberg bei Pödenbagen. Scharwebelstr. 60, nahe der Kronprinzenstraße. Neue Kurssteilnehmer können jetzt schon eintreten. Der Beitrag für den ganzen Kursus beträgt 2 M. Dafür wird ein Lehrbuch geliefert. Außerdem steht eine reichhaltige Bibliothek den Teilnehmern zur Verfügung. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

Aus der Magistratsitzung. Der Magistrat stimmt dem vorgelegten Projekt für den Neubau der zweiten Feuerwache grundsätzlich zu. — In der Angelegenheit betreffend die Bildung von statistischen Bezirken wurde der bei den Akten befindlichen Tabelle mit der Aufgabe zugestimmt, daß der 7. Bezirk die Bezeichnung „Innenstadt“ erhalten soll. — Dem vorgelegten Projekt und Kostenaufschlag für die gärtnerische Ausgestaltung des Wartplatzes wurde zugestimmt. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung wurde mit der Aufgabe genehmigt, daß die Anlagen in diesem Jahre nur soweit ausgeführt werden sollen, als die vorgeschrittene Jahreszeit dies gestattet.

### Hilprepton-Vaumschuleweg.

In der letzten Gemeindevorsteheritzung am Freitag vor den Feiertagen kam Herr Bürgermeister Schablow unter „Mitteilungen“, bei welchen in der Regel eine Debatte nicht beliebt wird, nochmals auf die Verlegung des Raiffeisenweges zu sprechen. Dabei hat er noch dem Amtsblatt erklärt: „Meine Verlegung, in der die Verlegung begründet wurde, ist veröffentlicht worden, aber nur zum Teil, nicht vollständig. Man hat namentlich Punkte, die für die Begründung wesentlich waren, übergangen.“

Diese Behauptung ist gänzlich unzutreffend. Weggelassen sind in der Veröffentlichung lediglich die Angaben von Polizeibeamten und Privatpersonen über angebliche Einzelausschreitungen von Arbeitern, auf Grund deren Herr Bürgermeister Schablow zu der Schlussfolgerung kam, daß die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter zu Ausschreitungen geneigt seien, die Rechte dritter Personen nicht achten usw. Diese Schlussfolgerungen sind wort- und sinngetreu veröffentlicht worden.

Bei den Angaben selbst handelte es sich aber nur um einseitige Darstellungen. In keinem einzigen Falle hat eine geordnete Untersuchung behufs Feststellung des wahren Tatbestandes stattgefunden. Wenn Arbeiter zum Herrn Bürgermeister kamen und ihm erklärten, die und die Beamten haben ungebührliche Newerungen getan oder tabellarische Handlungen vollführt, würde der Herr Bürgermeister sich augenblicklich des alten Spruches erinnern: „Eines Mannes Rede ist keine Rede.“ Er würde den Vorschwerdeführern sofort erklären: „Schön! Das sind Ihre Angaben. Jetzt wollen wir aber auch erst die betreffenden Beamten hören!“ Handelt es

sich aber um Verdächtigungen von Arbeitern, dann wird jede Einschuldigung sofort zur absoluten Wahrheit.

Zu allem Ueberflus sind diese Angaben in den an die Veröffentlichung gemachten Erörterungen kurzerhand als wahr anerkannt worden. Aus dem einfachen Grunde, weil auch dann, wenn sie alle bis auf das Tüpfelchen über dem i richtig wären, der sozialdemokratischen Partei als solcher daraus kein Strich gedreht werden könnte. Denn in allen Korporationen und Gesellschaften gibt es Personen, die als Einzelwesen Ausschreitungen begehen. Klar und scharf ist ausgesprochen worden, daß die Verlegung nur mit dem Nachweis begründet werden konnte, daß die Partei als solche, wo sie als verantwortliche Organisation aufgetreten ist, Ausschreitungen verübt hat usw. Dieser Nachweis war zu führen! Er konnte selbstverständlich nicht geführt werden. Und weil er nicht zu führen war, mußten leere Nebensarten herhalten. Wären die Einzelangaben, auf denen der Herr Bürgermeister seine Schlussfolgerungen aufbaute, mit veröffentlicht und analysiert worden, hätte sich in noch höherem Maße die gänzliche Haltlosigkeit der Verlegung ergeben, und die Kritik hätte noch härter ausfallen müssen.

Wenn der Herr Bürgermeister nebenher noch bemerkte, daß gegen die Verlegung bisher ein Rechtsmittel nicht eingelegt worden sei, und damit zu verstehen gab, daß die Veranstalter die Verlegung wohl selbst für unanfechtbar halten, so ist darauf folgendes zu erklären: Es gibt verschiedene Rechtsmittel. Das Wichtigste ist der Appell an die Öffentlichkeit, an den Rechts- und Gerechtigkeitsinstanz unseres Volkes. Von diesem Rechtsmittel haben wir Gebrauch gemacht und wir sind mit dem erzielten Erfolge mehr als zufrieden. Und wenn in den maßgebenden Kreisen beliebt werden sollte, weiter so zu verfahren und zu verjagen — wir können es aushalten. Denn wir wissen sehr genau, auf welcher Seite Kredit und auf welcher Debet stehen wird, wenn eines Tages die große Schlußbilanz über diese Art der Regiererei aufgemacht werden wird.

### Naußdorf.

Ein aufregender Unglücksfall hat sich vorgestern nachmittags auf dem hiesigen Schützenplatz zugetragen. Die Kaufmannsrau Elisabeth Hartwig hatte mit ihrem dreijährigen Söhnchen eine Lustschaukel bespielt und als diese in starker Bewegung war, rutschte Frau H. ab und stürzte mit dem Kind, das sie auf dem Schoß hielt, in weitem Bogen aus der Schaukel heraus. Die Gebärmutter brach sich den Arm an zwei Stellen, auch das Kind erlitt einen schweren Armbruch. Die beiden Verletzten wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

### Wändorf b. Jossen.

Ein mysteriöser Todesfall beschäftigt zurzeit die Behörde. Am Sonntag früh wurde in einer Scheune der Arbeiter Voh tot aufgefunden. Sanitätsrat Dr. v. Ulfisch aus Jossen hat, wie uns mitgeteilt wird, erklärt, daß der tote an dieser Stelle nicht gestorben ist. Die Frau des Verstorbenen behauptete zunächst, daß V. im angetrunkenen Zustande vom Boden gefallen sei. Da man die Aussagen der Frau jedoch für widersprüchlich hält, wurde sie in Haft genommen.

### Reinickendorf.

Einen entsetzlichen Tod erlitt am Pfingstsonnabend der dreißährige Sohn Paul des in der Berliner Straße wohnhaften Arbeiters Schulz. Der Knabe sah in der Waschküche, während die Mutter wusch, auf einem Stuhl. Als der Kleine zu seiner Schwester laufen wollte, fiel er hin und rief dabei ein auf dem Boden stehendes Gefäß mit heiligem Wasser um, das sich über den Körper des Kindes ergoß. Der Knabe wurde entsetzlich verbrüht und verstarb im Kinderkrankenhaus in der Reinickendorfer Straße, wohin er gebracht wurde, bald nach seiner Entlieferung.

### Spandau.

#### Arbeiter! Parteigenossen!

Der Magistrat hat den Termin der Neuwahlen der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) auf Dienstag, den 24. Mai, festgesetzt. Gewählt wird in der Zeit von vormittags 10 bis 2 Uhr und nachmittags von 4 bis 8 Uhr. Die Arbeiter Spandaus und auch diejenigen, die zwar nicht in Spandau wohnen, jedoch im Ort ihre Tätigkeit ausüben, werden auf diese Wahl aufmerksam gemacht.

Wenn auch im allgemeinen das Interesse und die Anteilnahme an den politischen Wahlen reger ist, als es bei den Gewerbegerichts- und anderen Wahlen zu sein pflegt, so darf andererseits von den Arbeitern nicht vergessen werden, daß diese Wahl nach dem Verhältniswahlsystem stattfindet. Es erhält demnach jede Gruppe gemäß ihrer Stimmzahl die entsprechende Anzahl der Kandidaten. Um eine planmäßige, starke Beteiligung herbeizuführen, wird die Gewerbegerichts-Kommission eine Kontrollmarke herausgeben, die jedem, der sie nach Erfüllung seiner Wahlpflicht verlangt, zum Einleiben in sein Organisationsbuch oder sonstigen Ausweis beihängt wird.

Wahlberechtigt sind alle Arbeiter und Gewerbegehilfen, die am Tage der Wahl das 25. Lebensjahr haben und in dem Bezirk des Gewerbegerichts wohnen oder beschäftigt sind.

Bei Ausübung der Wahl haben sich die Wähler vor dem Wahlvorstande auf Erfordern über ihre Wahlberechtigung auszuweisen. Hierzu genügt für die Arbeitnehmer ein Zeugnis ihres Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, durch welches bestätigt wird, daß der Arbeiter innerhalb des Gewerbegerichtsbezirks in Arbeit steht oder wohnt.

Nichtwahlberechtigt sind solche Arbeiter und Gehilfen, die bei einem Innungsmeister beschäftigt sind und für die ein Innungsschiedsgericht besteht.

Gewählt wird für Arbeitnehmer: a) deren Zunamen mit den Anfangsbuchstaben A bis K beginnt, im Restaurant „Zur Palme“, Ritterstr. 12; b) deren Zunamen mit den Anfangsbuchstaben L bis Z beginnt, im Restaurant „Roter Adler“, Potsdamer Str. 6.

Wir machen nochmals auf die heute Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Böhle, Habelstr. 20, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam, in welcher Gewerbegehilfen Eugen Bräuner über: „Die Bedeutung des Gewerbegerichts und der Wahl“ sprechen wird. Arbeiter, erscheint hierzu in Massen!

Die Gewerbegehilfenkommission Spandau.

J. A.: Karl Rigmann, Bismarckstraße 5.

### Potsdam.

Stadtverordnetenitzung. Zunächst wurden 24 000 M. für den Abzug des südlichen Krankenhauses bewilligt. Abgelehnt wurde die Magistratsvorlage, nach der ein Teil des den Anlassen der Brendel-Eitung zur Verfügung stehenden Gartens zur Vergrößerung einer Konserndienstverkauft werden sollte. Man stellte dem Magistrat anheim, das ganze Grundstück zu verkaufen und dann an anderer Stelle einen geräumigen Neubau aufzuführen. — Den jährlichen Zuschuß an den Verein „Jugendhort“ erhöhte man von 800 M. auf 1400 M. Es wurden 600 M. weniger bewilligt als beantragt waren, weil die Stadtverordneten die Kosten der Aussicht für zu hoch hielten. So werden für Mittagstisch für ärmere Schüler 200 M., für Miets 240 M. und für Verkaufsführung 1440 M. gezahlt, davon allein 600 M. für Oberaufsicht an zwei Stellen. — Wegen den Bebauungsplan der Leipziger Straße sind mehrere Einträge erhoben, von denen der des Stadts. Fredenbagen, der für abzutretendes Gartenland einen unverhältnismäßig hohen Preis fordert und des Militärfiskus (Proviandamt) eine Abiegung der Vorlage notwendig machen. — In der nichtöffentlichen Sitzung verließ man dem bisherigen Leiter des städtischen Wasserwerkes den Titel „Direktor“ und erklärte sich einverstanden, einem Betriebsunterbeamten die Invalidenrente auf die städtische Rente nicht anzurechnen.